



Informationsvorlage Federführend: Fachdienst Finanzen	Vorlagennummer:	2020/783
	Status:	öffentlich
	Datum:	03.11.2020

Beratungsfolge (Zuständigkeit)	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für zentrale Verwaltung und Feuerschutz (Kenntnisnahme)	30.11.2020	Ö
Kreisausschuss (Kenntnisnahme)	14.12.2020	N

Im Budget enthalten:	Ja	Kosten (Betrag in €):	--- €
Mitwirkung Landrat:	Ja	Qualifizierte Mehrheit:	nein
Relevanz			
Gender Mainstreaming	nein	Migration	nein
Prävention/Nachhaltigkeit	nein	Bildung	nein
Klima-/Umwelt-/Naturschutz	nein		

Beteiligungsbericht des Landkreises Peine 2020

Sachdarstellung

Inhaltsbeschreibung:

Gemäß § 151 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) haben die Kommunen einen Bericht über ihre Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und die Beteiligung daran sowie über ihre kommunalen Anstalten zu erstellen und jährlich fortzuschreiben. Der Bericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse und die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft enthalten. Die Einsicht in diesen Bericht ist jeder Person gestattet. Auf die Möglichkeit dazu ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

Gemäß § 136 Abs. 1 NKomVG dürfen Unternehmen von einem Landkreis nur errichtet, übernommen oder wesentlich erweitert werden, wenn und soweit

- der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
- das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit,
- und zum voraussichtlichen Bedarf des Landkreises steht,
- der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Der Beteiligungsbericht enthält Daten zu den vorhandenen Beteiligungen des Landkreises, insbesondere die Informationen über den Unternehmenszweck, die Besetzung der Organe, wirtschaftliche Daten durch Darstellung der Jahresabschlüsse 2019, mögliche Auswirkungen

auf den Kreishaushalt und Auszüge aus den Lageberichten zu den kommenden Wirtschaftsjahren.

Der Beteiligungsbericht ist gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 10 der Kommunalhaushalts- und Kassenverordnung (KomHKVO) Bestandteil des Haushaltsplanes und wird mit diesem vom Kreistag beschlossen. Aufgrund der Wichtigkeit des Beteiligungsberichtes wird er zusätzlich mit dieser Vorlage zur Kenntnis gebracht.

Der Bericht steht im Kreistagsinformationssystem ALLRIS zur Verfügung. Bei Bedarf kann der Bericht auch als Druckexemplar zur Verfügung gestellt werden.

Ziele / Wirkungen:

Entfällt.

Ressourceneinsatz:

Entfällt.

Schlussfolgerung:

Entfällt.

Anlagen

- Beteiligungsbericht des Landkreises Peine 2020



Beteiligungsbericht des Landkreises Peine 2020



Stand der Geschäfts- und Prüfungsberichte: 31.12.2019



Herausgegeben von:

Landkreis Peine

Der Landrat

Fachdienst 13 Finanzen

Burgstraße 1

31224 Peine



Vorwort des Landrates

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

für die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises Peine erfüllt der Landkreis eine Vielzahl von Aufgaben. Zur Erfüllung dieser Aufgaben kann er sich nach dem Nds. Kommunalverfassungsgesetz unter bestimmten Bedingungen an wirtschaftlichen Unternehmen beteiligen. Mit seinen Beteiligungen trägt der Landkreis zur Aufgabenerfüllung, zur Steigerung der Attraktivität des Standortes Peine und zur Lebensqualität seiner Bevölkerung bei.



Der Beteiligungsbericht soll dabei insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse, die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft, die Ertragslage und die Kreditaufnahme enthalten. Dementsprechend können die Beteiligungsberichte jeweils erst nach Vorliegen der Jahresabschlüsse der verschiedenen Unternehmen für das voran gegangene Wirtschaftsjahr erstellt werden. Der Bericht erhöht die Transparenz der wirtschaftlichen Betätigung des Landkreises Peine. Für alle Interessierten ist ersichtlich, in welchen Bereichen und mit welchen Ergebnissen sich die Unternehmen und Einrichtungen des Landkreises engagieren. Der Bericht gibt einen Überblick über die privatrechtlichen Unternehmen und Einrichtungen, an denen der Landkreis beteiligt ist.

Das Wirtschaftsjahr 2019 ist Schwerpunkt des Beteiligungsberichtes, der auch das Vorjahr abbildet. Sofern aktuelle Informationen und geschäftliche Ereignisse von besonderer Bedeutung vorliegen, sind auch diese enthalten. Im Bericht sind die wesentlichen Zahlen dargestellt. Hinzu kommen Informationen über den Unternehmenszweck, wirtschaftliche Daten, die Besetzung der Organe und Auswirkungen auf den Kreishaushalt. Die Auszüge aus den Lageberichten betrachten die kommenden Wirtschaftsjahre. Aktuelle Entwicklungen und Ereignisse die bekannt sind wurden einbezogen und in Ausblicken dargestellt.

Der Beteiligungsbericht 2020 steht allen Interessierten auch im Internet unter www.landkreis-peine.de/Kreis-Politik/Zentrale-Dienste/Finanzen/Finanzwirtschaft zur Verfügung.

Franz Winkler





Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Allgemeines	
1.1 Rechtliche Grundlagen	6
1.2 Beteiligungen im Überblick	8
1.3 Personal	9
1.4 Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe	10
2. Eigengesellschaften und Beteiligungen im Einzelnen	
2.1 Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe AöR	13
2.2 Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	30
2.3 Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft mbH	37
2.4 Avacon AG	48
2.5 Allianz für die Region GmbH	57
2.6 Hannoversche Informationstechnologien AöR	73
2.7 Klimaschutzagentur Hildesheim-Peine gGmbH	87
3. Nachrichtlich	
3.1 Peiner Entsorgungsgesellschaft mbH	89
3.2 Wito consulting gmbH	97



1. Allgemeines

1.1. Rechtliche Grundlagen

Laut § 151 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) haben die Landkreise einen Bericht über ihre Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und die Beteiligung daran sowie über ihre kommunalen Anstalten zu erstellen und jährlich fortzuschreiben. Der Bericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse und die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft enthalten. Auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in diesen Bericht ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

Durch § 151 NKomVG i.V.m. §§ 136 ff. NKomVG ist vorgeschrieben, unter welchen Voraussetzungen sich ein Landkreis wirtschaftlich betätigen darf.

Gemäß § 136 Abs. 1 NKomVG dürfen Unternehmen von einem Landkreis nur errichtet, übernommen oder wesentlich erweitert werden, wenn und soweit

- der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
- das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit,
- und zum voraussichtlichen Bedarf des Landkreises steht,
- der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Diese rechtliche Vorgabe ist bei allen Gesellschaften, die der Landkreis Peine besitzt, bzw. an denen er beteiligt ist, gegeben.

Zu den von diesen Vorschriften erfassten Unternehmen gehören lt. § 136 Abs. 3 NKomVG insbesondere nicht

- solche Einrichtungen, zu denen der Landkreis gesetzlich verpflichtet ist,
- Einrichtungen des Unterrichts-, Erziehungs- und Bildungswesens, des Sports und der Erholung, des Gesundheits- und Sozialwesens, des Umweltschutzes sowie solche ähnlicher Art,
- Einrichtungen, die als Hilfsbetriebe ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs des Landkreises dienen.

An die Gründung und an die Beteiligung von Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts werden durch § 137 Abs. 1 NKomVG weitere Voraussetzungen geknüpft. Unter anderem

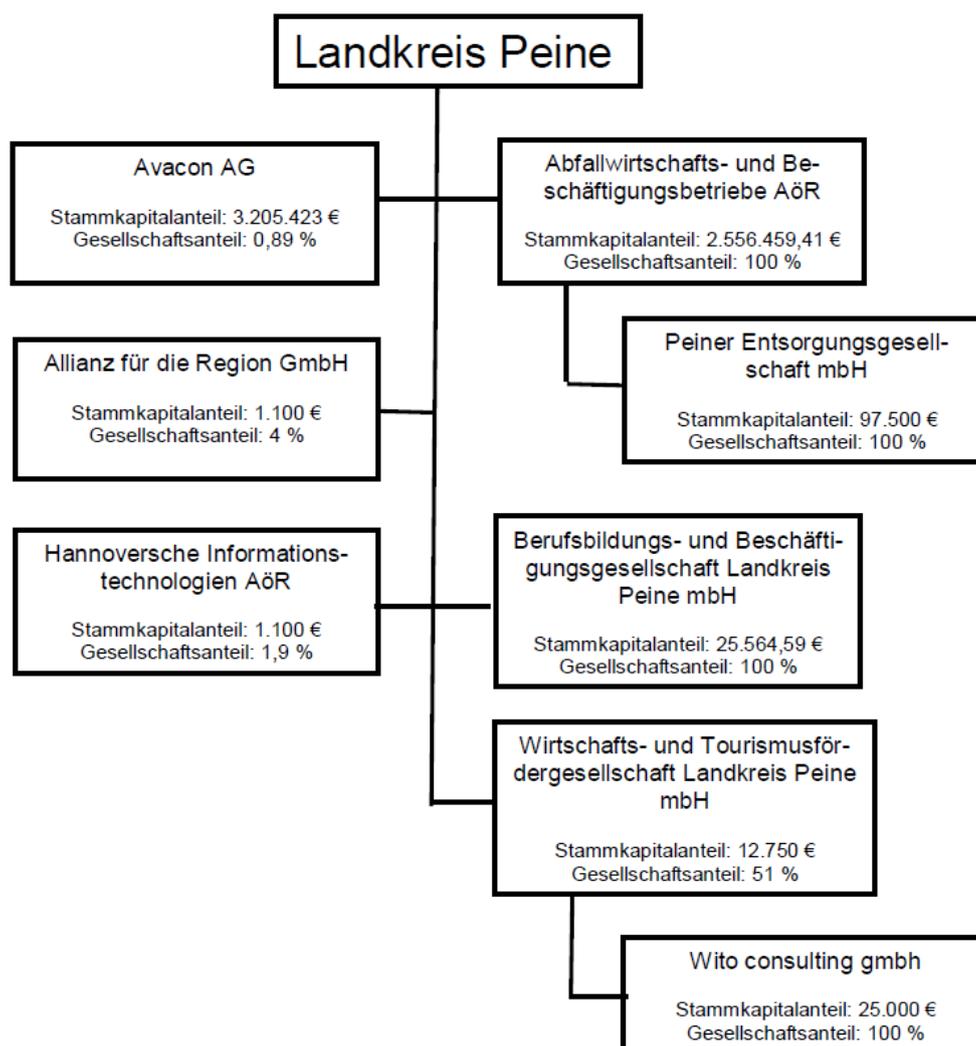
- muss eine Rechtsform gewählt werden, bei der die Haftung des Landkreises auf einen bestimmten Betrag begrenzt ist,



- müssen die Einzahlungsverpflichtungen (Gründungskapital, laufende Nachschusspflicht) des Landkreises in einem angemessenen Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit stehen,
- darf sich der Landkreis nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichten,
- muss durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung sichergestellt werden, dass der öffentliche Zweck des Unternehmens erfüllt wird und dass der Landkreis einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält.



1.2 Beteiligungen im Überblick



Beteiligung	Stammkapital	Anteil LK	Prozentsatz
Avacon AG entspricht	357.615.620 € 144.783.652 Stückaktien	3.205.423 € 1.297.742 Stückaktien	0,89%
Allianz für die Region	27.600 €	1.100 €	4,00%
Hannoversche Informationstechnologien AöR	52.600 €	1.000 €	1,90%
Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe AöR	2.556.459,41 €	2.556.459,41 €	100,00%
Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	25.564,59 €	25.564,59 €	100,00%
Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft mbH	25.000 €	12.750 €	51,00%



1.3 Personal

Die Kreisverwaltung sowie die 100%igen Landkreis-Töchter Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe AöR und Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH beschäftigen insgesamt ca. 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit ist der Landkreis Peine der größte Arbeitgeber im Kreisgebiet.

Die Berufsbilder sind sehr unterschiedlich. Zwar ist der Verwaltungsbereich sehr stark vertreten, doch viele andere Berufsbilder sind vorhanden.

In den unterschiedlichsten Berufen befinden sich derzeit über 40 junge Menschen in der Ausbildung.



Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Abschreibungen

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

Es unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.



Bilanz

Die Bilanz ist eine Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva) zu einem bestimmten Zeitpunkt (Bilanzstichtag). Dabei zeigt das Vermögen die Verwendung der eingesetzten Finanzmittel und das Kapital die Ansprüche der Gläubiger (Fremdkapital) und Unternehmer (Eigenkapital). Das Eigenkapital resultiert aus dem Saldo zwischen Vermögen und Fremdkapital. Es gilt die sogenannte Bilanzgleichung mit Aktiva = Passiva.

Cashflow

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

Investition

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

Jahresergebnis/Bilanzergebnis

Begriff der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Das Jahresergebnis ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt. Zur Ermittlung des Bilanzergebnisses wird der Jahresüberschuss unter Berücksichtigung der Ergebnisverwendung aufgestellt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresergebnisses zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder



Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die Rechnungsabgrenzungsposten dienen der zeitlichen Zuordnung von Erträgen und Aufwendungen und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Auszahlungen bzw. Einzahlungen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

Rückstellungen

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden. Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

Sonderposten

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen)

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Verluste, die nicht durch Verlustrücktrag berücksichtigt sind, können in den dem Verlustentstehungsjahr folgenden Veranlagungszeiträumen vorrangig vor Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden. Ein Abzug ist nur zulässig, wenn die Verluste nicht in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen abgezogen wurden. Als Verlustvortrag ins nächste Jahr übertragen wird der nicht verbrauchte Rest des Verlustvortrags. Der zum Ende des Veranlagungszeitraums verbleibende Verlustvortrag ist gesondert festzustellen



2. Eigengesellschaften und Beteiligungen im Einzelnen

2.1 Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe LK Peine - Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts -

www.ab-peine.de

Stammkapital: 2.556.459,41 €

Beteiligungsverhältnisse: 100 % Landkreis Peine



Handelsregister: Amtsgericht Hildesheim, HRB 100948

Gründungsjahr: 2005

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Anstalt ist gemäß § 2 der Satzung die Wahrnehmung von abfallwirtschaftlichen Aufgaben auf dem Gebiet des Landkreises Peine auf der Grundlage des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes und des Niedersächsischen Abfallgesetzes und weiterer abfallrechtlicher Vorschriften sowie die Schaffung und Durchführung von Arbeits- und Qualifizierungsangelegenheiten zur Förderung von Beschäftigung und des Abbaus von Arbeitslosigkeit im Landkreis Peine.

Besetzung der Organe:

a) Als Vorstand ist bestellt:

Herr Olaf Eckardt

b) Mitglieder des Verwaltungsrates in 2019:

Herr Franz Einhaus (Vorsitzender, Landrat)
Herr Stephan Nitsch (stellv. Vorsitzender, Kreistagsabgeordneter)
Herr Carsten Heuer (Kreistagsabgeordneter)
Herr Hartmut Marotz (Kreistagsabgeordneter)
Frau Doris Meyermann (Kreistagsabgeordnete)
Herr Matthias Möhle (Kreistagsabgeordneter)
Herr Uwe Semper (Kreistagsabgeordneter)
Herr Oliver Westphal (Kreistagsabgeordneter)
Herr Marcus Diedrich (Vertreter der Bediensteten)
Herr Karl-Heinrich Belte (Kreistagsabgeordneter, Grundmandat)
Herr Malte Cavalli (Kreistagsabgeordneter, Grundmandat)

**Interessenwahrung:**

Die Interessenwahrung des Landkreises Peine ist durch die Besetzung des Verwaltungsrates gewährleistet.

Beteiligungen des Unternehmens:

Die Anstalt ist seit dem 01.01.2014 alleinige Gesellschafterin der Peiner Entsorgungsgesellschaft mbH, deren Stammkapital 97.500 € beträgt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erledigung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens wird seit Jahren hinlänglich und in unveränderter Weise verfolgt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Im Jahr 2019 schließen die A+B Landkreis Peine mit einem Gewinn von 67 T€ ab, so dass gegenüber der Planung (-27 T€) eine Verbesserung um rund 94 T€ eingetreten ist. Diese Verbesserung entspricht rund 0,5 % der jährlichen Aufwendungen und liegt damit in einem üblichen Schwankungsbereich.

Die Umsatzerlöse von A+B im Geschäftsjahr 2019 betragen 16.818 T€ und liegen damit etwas unter dem Vorjahreswert. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Benutzungsgebühren in Höhe von 13.847 T€, die damit rund 300 T€ unter dem Wert des Vorjahres liegen. Der Großteil sind Gebühren aus der Restabfall- und Bioabfallentsorgung in Höhe von 12.492 T€, die sich leicht über Vorjahresniveau bewegen. Die sonstigen Umsatzerlöse in Höhe von 2.971 T€ liegen um rund 70 T€ unter dem Vorjahr und enthalten vor allem die Erlöse aus Wertstoffen. Diese sind jedoch mit 1.500 T€ gegenüber dem Vorjahr um über 100 T€ gesunken. Hauptsächlich ist dieses auf rückläufige Preise und Mengen im Bereich Altpapier zurückzuführen. Den reduzierten Erträgen stehen jedoch auch geringere Aufwendungen gegenüber.

Die betrieblichen Aufwendungen betragen 17.080 T€ und liegen damit auf dem Vorjahrswert. Allerdings sind die Aufwendungen für die Deponienachsorge, die von 1.500 T€ auf 705 T€ gesunken, so dass insgesamt eine Steigerung der anderen Aufwendungen um rund 700 T€ zu verzeichnen ist. Die Materialaufwendungen sind um rund 240 T€ auf 11.591 T€ gestiegen. Die Aufwendungen für die Beschaffung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für Waren sind dabei leicht gesunken. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen sind demgegenüber um rund 150 T€ auf 7.145 T€ gestiegen. Insbesondere sind die Aufwendungen für die Verwertung von Grün- und Bioabfall an das Kompostwerk um rund 110 T€ gestiegen. Die Aufwendungen für bezogene Personalleistungen für die vom Landkreis Peine ausgeliehenen Mitarbeiter sind entsprechend der Tarifierhöhung gestiegen. Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 120 T€ auf 2.422 T€ erhöht und ist insbesondere auf die Tarifsteigerungen zurückzuführen. Eine Personalvermehrung hat insgesamt nicht stattgefunden. Die gesamten Personalaufwendungen incl. der Personalgestellungen beanspruchen rund 34,2 % der betrieblichen Erträge und sind ursächlich auf die Personalintensität der Abfall- und Wertstoffeinsammlung zurückzuführen.



Die Bilanzsumme ist um rund 1.200 T€ auf rund 15.464 T€ gestiegen. Als Folge ist auch das Eigenkapital gestiegen. Beide Veränderungen bewegen sich im üblichen Rahmen und können daher vernachlässigt werden.



Bilanzdaten

Bilanz zum 31.12.2019

Aktiva	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	123.593,39	168.962,39
II. Sachanlagen	8.339.018,70	7.746.969,78
III. Finanzanlagen	125.000,00	125.000,00
 B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	72.204,07	91.566,68
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.625.649,68	2.650.346,59
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4.136.148,83	3.440.749,95
 C. Rechnungsabgrenzungsposten	42.269,14	36.366,45
	15.463.883,81	14.259.961,84
	<hr/>	
Passiva	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	2.556.459,41	2.556.459,41
II. Gewinnrücklagen	60.545,61	60.545,61
III. Gewinnvortrag	1.655.290,97	1.579.245,92
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	66.782,40	86.270,89
 B. Rückstellungen	6.606.346,71	6.126.816,87
C. Verbindlichkeiten	4.518.458,71	3.850.623,14
	15.463.883,81	14.259.961,84
	<hr/>	



Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2019

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
1. Umsatzerlöse	16.817.717,19	17.188.284,76
2. Erhöhung des Bestands an fertigen Erzeugnissen	592,84	25.250,85
3. Sonstige betriebliche Erträge	355.697,49	193.683,92
4. Materialaufwand	11.590.998,51	11.355.312,35
5. Personalaufwand	2.422.109,48	2.300.728,02
6. Abschreibungen	796.084,43	759.347,00
7. Aufwendungen für Deponienachsorgeverpflichtungen u. Altlastensanierungen	705.443,17	1.500.000,00
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.256.797,36	1.287.708,15
9. Zinserträge	3.872,10	2.776,32
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	308.626,00	97.491,83
11. Ergebnisse der gewöhnlichen Betriebstätigkeit	97.820,67	109.408,50
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-4.426,69
13. Ergebnis nach Steuern	97.820,67	113.835,19
14. Sonstige Steuern	31.038,27	27.564,30
15. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	66.782,40	86.270,89



Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2019

Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe Landkreis Peine, Peine

- Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts -

Allgemeines

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2019 wurde gemäß § 10 der Satzung über die Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe (A+B) unter Beachtung der Vorgaben der Verordnung über kommunale Anstalten (KomAnstVO Nds) aufgestellt. Für die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden die vorgeschriebenen Formblätter gemäß § 26 EigBetrVO Nds verwendet.

Der für das Wirtschaftsjahr 2019 gemäß § 10 KomAnstVO Nds aufgestellte Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan und dem Vermögensplan. Weitere Teile sind die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung sowie der Stellenplan.

Controlling

Das Controlling erstellt regelmäßige Auswertungen und im Bedarfsfall Einzelkalkulationen, die zum Teil auch dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben werden. Verbesserungen und Verfeinerungen werden regelmäßig vorgenommen, dabei wird auch die Kostenträgerzeitrechnung und -stückrechnung den laufenden Gegebenheiten angepasst.

Einführung des Risikomanagements

Nach den Festlegungen des Haushaltsgrundsätzegesetzes ist der Betrieb als kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts verpflichtet, ein Risikomanagement zu etablieren, welches über die klassischen Instrumente des (Finanz-) Controllings hinausgeht. Im Rahmen des Risikomanagements sind Risiken zu erfassen, zu klassifizieren, Gegenmaßnahmen festzulegen und deren Erfolg zu überwachen.

Als ein besonderes Thema im Kontext des Risikomanagements ist das Tax-Compliance anzusehen. Zu diesem Thema wird mit Unterstützung einer Steuerfachkanzlei ein Tax- Compliance aufgebaut werden. Die Erkenntnisse, die in diesem Zusammenhang gewonnen werden, werden für das weitere Risikomanagementsystem genutzt.

Mittels der Managementinstrumente des Entsorgungsbetriebes werden risikobehaftete Prozesse durch Mitarbeiterschulung, Mitarbeiterinsatz und Mitarbeiterqualifizierung überwacht. Schließlich wird mit Hilfe des finanzwirtschaftlichen Controllingsystems die Gesamtentwicklung des Unternehmens kontrolliert. Zeitgleich wurden bereits Genehmigungskataster erstellt um sicherzugehen, dass behördliche Auflagen vollständig und zeitgerecht umgesetzt werden. Auch der nächste Entwicklungsschritt, eine Übersicht der betrieblichen Dienstanweisungen, ist abgeschlossen worden.



Rechtliche Rahmenbedingungen

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) ist die zentrale Grundlage für die Tätigkeit von A+B als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger. Diese Vorschrift wird ergänzt durch das Verpackungsgesetz (bis 31.12.2018 Verpackungsverordnung) und die Gewerbeabfallverordnung, jeweils Bundesvorschriften. Auf der Ebene des Landesrechtes ist vor allem das Niedersächsische Abfallgesetz (NAbfG) zu nennen. Grundlage der Gebührenkalkulation und -veranlagung ist das Niedersächsische Kommunalabgabengesetz. Diese Vorschriften werden ergänzt und ausgeführt durch die Abfallentsorgungs- und -gebührensatzung von A+B als kommunales Satzungsrecht für das Gebiet des Landkreises Peine. Es bleibt die Herausforderung für A+B, mit der Öffnung des KrWG für gewerbliche Sammlungen dem zunehmenden Konkurrenzdruck Rechnung zu tragen.

Entwicklung des Ident-Systems / EDV

Die Gebührenabrechnung 2019 sowie die Vorauszahlungs-Veranlagung für 2020 konnten wieder mit gutem Erfolg abgewickelt werden. Das Gesamtsystem arbeitet weiterhin stabil.

Zertifizierung

Im Rahmen der Überwachungsvereinbarung wurde in 2011 der Nachweis erbracht, dass der Betrieb die Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebsverordnung und der Entsorgungsgemeinschaft erfüllt und daher nach §§ 56 und 57 KrWG berechtigt ist, die Bezeichnung Entsorgungsfachbetrieb und das Überwachungszeichen der EdDE (Entsorgungsgemeinschaft der Deutschen Entsorgungswirtschaft e.V.) zu führen.

Im Berichtszeitraum wurde das Nachfolgeaudit erfolgreich durchgeführt. Das nächste Audit ist für Oktober 2020 vorgesehen.

Gebührenentwicklung

Der größte Teil der Gebühren wird über die Abfallbehälter (60 l bis 1.100 l) sowie die Bioabfallbehälter (60 l bis 240 l) erhoben. Seit Einführung des Ident-Systems kann der Kunde die Höhe der Gebühr nicht nur durch die verschiedenen Behältergrößen steuern sondern auch durch die Anzahl der Leerungen. Zum 1. Januar 2005 wurde die Abfallentsorgungs- und Gebührensatzung dahingehend verändert, dass im Restabfallbereich 2 Leerungen pro Quartal als Pflichtentleerungen berechnet werden.

Die Entleerungszahlen im Restabfallbereich haben sich insgesamt verringert. Im Bioabfallbereich sind die Entleerungszahlen hingegen insgesamt wieder angestiegen.

Die nachstehende Aufstellung zeigt einen Anstieg der Behälteranzahl bzw. eine Erhöhung des Gesamtvolumens der Behälter.

Wird die Entwicklung der Entleerungszahlen und die des Behälterbestandes zusammen betrachtet, ergibt sich für A+B insgesamt weitgehend eine stagnierende Tendenz. Bei allen Behältergrößen



war eine Erhöhung des Behälterbestandes zu verzeichnen. Die kleinen Restabfallbehälter (60 l und 120 l) wiesen trotz leicht steigender Behälterzahlen leicht rückläufige Entleerungszahlen auf (60 l Rest = -0,51 %, 120 l Rest = -0,88 %). Bei den größeren Restabfallbehältern (240 l, 770 l und 1.100 l) stagnierten die Behälteranzahl und die Entleerungszahlen in etwa auf Vorjahresniveau. Im Bioabfallbereich ergaben sich im Vergleich zu 2018 wieder steigende Entleerungszahlen. Diese sind jedoch weitgehend auf gestiegene Behälterzahlen zurückzuführen, da sich die durchschnittliche Leerungshäufigkeit je Behälter auf niedrigem Vorjahresniveau befand. Ein wesentlicher Faktor dürfte hierbei (analog zu 2018) die sehr trockene und warme Witterung im Sommer 2019 gewesen sein.

Abfallmengen

Gegenüber dem Vorjahr ist die Summe aller Abfälle zur Beseitigung unwesentlich gefallen auf insgesamt 21.490 Mg (Megagramm) (2018: 21.497 Mg) und die Summe aller Abfälle zur Verwertung leicht gestiegen auf 52.646 Mg (2018: 52.053 Mg).

Die Gesamtmenge aller erfassten Abfälle in 2019 erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 74.136 Mg (2018: 73.550 Mg). Damit liegt die spezifische Abfallmenge pro Einwohner in 2019 bei 552 kg (2018: 553 kg).

Für einzelne Abfallarten sind mehr oder weniger starke Veränderungen festzustellen. Bei den Abfällen zur Beseitigung verringerte sich die Menge der Fraktion ‚Hausmüll‘ bei großer Tonnage um - 0,4 % und die Menge der ‚krankenhaus-spez. Abfälle‘ bei kleiner Tonnage um - 8,0 %. Die Sammelmengen bei der ‚Sperrmüllabfuhr durch den öRE‘ erhöhte sich leicht um + 0,7 %. Die Althölzer aus dem Sperrmüll werden durch die Tochtergesellschaft PEG separat erfasst/verwertet und sind in der hier genannten Tonnage nicht enthalten. Gleichzeitig erhöhten sich die Mengen der ‚Sperrmüll-Selbstanlieferung‘ durch die Kundschaft von A+B im Betrachtungszeitraum um + 2,5 %. Die Mengen der ‚hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle‘ sowie der ‚produktionsspez. Abfälle‘ verringerten sich bei jeweils kleiner Tonnage um - 1,5 % bzw. - 26,0 %. Damit nahm die Gesamtmenge aller Gewerbeabfälle um - 12,9 % ab.

Insgesamt hat sich die Menge aller Abfälle zur Verwertung im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Summe um + 1,1 % erhöht. Dabei waren Mehrmengen bei jeweils großer Tonnage bei den Fraktionen ‚Altholz‘ (+ 2,7 %), ‚Leichtstoffverpackungen‘ (+ 1,2 %), ‚Altglas‘ (+ 9,5 %) und ‚Bauschutt‘ (+ 12,8 %) zu verzeichnen.

Mindermengen waren bei den Fraktionen ‚Bioabfall‘ (- 0,8 %) und ‚Altpapier‘ (- 1,8 %) bei jeweils großer Tonnage sowie ‚Metallschrott‘ (- 9,2 %) und ‚Alttextilien und Altschuhe‘ (-16,2 %) bei jeweils mittlerer Tonnage zu verzeichnen.

Der Rückgang bei den Bioabfällen ist in 2019 überwiegend den deutlich geringeren Grünabfallmengen geschuldet. Aufgrund der anhaltend warmen und trockenen Wetterlage war das Pflanzenwachstum ohne zusätzliche Bewässerung stark gehemmt.

Da es im Landkreis Peine keine Bauschuttdeponie mehr gibt und im Kreisgebiet keine freien Kapazitäten in Bauschutt-Recyclinganlagen existieren, werden größere ‚Bauschutt‘-Mengen an



Anlagen in den Nachbarkommunen verwiesen. Besitzer von Bauschutt-Kleinmengen nutzten in 2019 wieder die Möglichkeit der Selbstanlieferung dieser Kleinmengen zu den Wertstoffhöfen im Landkreis Peine. Den hier angenommenen Bauschutt lieferte A+B ganzjährig an die ‚K+S Baustoffrecycling GmbH‘ in Sehnde.

Bei der Abfallfraktion ‚Altkleider & Altschuhe‘ resultiert die Mengenabnahme in 2019 aus der Zunahme der gewerblichen Altkleider-Sammlung. Hier gehen die Gemeinden im Landkreis Peine nach und nach dazu über, die vorhandenen Stellplätze für Altkleider-Container paritätisch auf gewerbliche Sammler und A+B aufzuteilen bzw. alle Stellplätze gegen Entgelt in den Wettbewerb zu stellen. Die beschriebenen Verfahren führen dazu, dass A+B immer mehr Altkleider-Container abziehen muss.

Die Fraktionen ‚Altpapier‘ und ‚LVP‘ liegen bereits seit mehreren Jahren auf einem mengenmäßig hohen Niveau und schwanken in der Regel nur mit kleiner Amplitude. Im Jahr 2019 ist bei der Fraktion ‚Altpapier‘ ein Mengenrückgang gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Dieser ist im Wesentlichen den geringeren Mengen bei der PPK-Tonnensammlung zuzuschreiben.

Gleichzeitig erhöhte sich die Menge an Leichtverpackungen aus dem Gelber Sack geringfügig. Da die Sammlung ganzjährig durch die Fa. Prezero GmbH durchgeführt wurde und den A+B nur die jeweiligen monatlichen Sammelmengen bekannt gegeben wurden, gibt es hier keine Erkenntnisse über die Gründe für die Mengensteigerung.

Nach einer leichten Stagnation des Mengenrückgangs in den Vorjahren erhöhte sich die Menge der Fraktion ‚Altglas‘ im zweiten Jahr in Folge deutlich. Diese Zunahme kann u. a. mit dem Bevölkerungswachstum im Landkreis Peine erklärt werden. Die spez. Sammelmenge erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr auf 24 kg pro Einwohner und Jahr.

Der Trend zur Abfüllung von Getränken in die gegenüber einer Glasflasche leichtere PET-Flasche ist weiterhin ungebrochen. Behältergläser für Obst- oder Gemüsekonserven haben seit jeher einen in etwa gleichbleibenden Marktanteil.

Die Mengen der Schadstoffsammlung haben sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um - 13,0 % verringert. Insbesondere durch den mehrmonatigen Annahmestopp für Dachpappen in den bekannten Entsorgungsanlagen hat sich die entsorgte Menge bei den nicht reaktiven gefährlichen Abfällen (z. Bsp. asbesthalt. Baustoffe, Dachpappe, Isolierstoffe) deutlich reduziert. Trotzdem bestand mehr als die Hälfte aller angelieferten Schadstoffe aus nicht reaktiven gefährlichen Abfällen.

Deponien (Restabfallbehandlung)

Seit dem 01.06.2005 gilt der Entsorgungsvertrag mit der MHKW Rothensee GmbH, Magdeburg. Seit diesem Datum werden Abfälle zur Beseitigung in der Umladestation auf dem Gelände des Abfallentsorgungszentrums Stedum umgeschlagen und per LKW diversen thermischen Abfallbehandlungsanlagen zugeführt. Im Berichtszeitraum wurden 21.490 Mg (Vorjahr: 21.497 Mg) zur thermischen Behandlung geliefert.

Die Deponie Stedum wurde zum 31.05.2005 geschlossen. Ein Weiterbetrieb zur Ablagerung vorbehandelter Abfälle war aufgrund der fehlenden Kombinations-Basisabdichtung rechtlich nicht



möglich. Die formelle Voraussetzung, um die technisch notwendigen Maßnahmen zur Oberflächenabdichtung durchführen bzw. beauftragen zu können, ist durch die Genehmigung gemäß § 14 Abs. 6 Deponieverordnung geschaffen worden. Die vorhandenen Rückstellungen für die Re- kultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen reichten bisher aus, um die Aufwendungen der in den vergangenen Jahren begonnenen Rekultivierungsmaßnahmen zu decken. Weitere Zuführungen - auch aus gebührenrechtlichen Gründen - werden in Zukunft erforderlich sein, um die Finanzierung der erwarteten Aufwendungen zu decken. Aufgrund der Änderung des NAbfG ist es seit 2003 gebührenrechtlich zulässig, noch während der Zeit der Sicherung und Sanierung der Deponie die jährlich notwendigen Aufwendungen in die Gebührenkalkulation einzustellen. Die tatsächliche Finanzierung der Aufwendungen für die Sicherung und Sanierung ist somit sichergestellt. Eine Überprüfung der bisherigen Bedarfsermittlung für die Nachsorgeverpflichtungen der Deponien wurde im Wirtschaftsjahr 2018 vorgenommen. Für die Bauschuttdeponie Wedlenstedt erfolgte im Wirtschaftsjahr 2019 eine weitere Anpassung.

Die Deponien werden kontinuierlich entsprechend der Vorgaben eigen- und fremdüberwacht. A+B steht dabei im engen Kontakt mit den Überwachungsbehörden.

Der Eingangsbereich der Deponie Wedlenstedt wird weiterhin als Wertstoffhof genutzt.

Angaben zum Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2019

Nach dem Abschluss des Wirtschaftsjahres 2019 ergibt sich ein Jahresüberschuss von T€ 67. Ein Jahresfehlbetrag von T€ 27 war geplant. An den Landkreis Peine wurde die Eigenkapitalverzinsung von 10.225,84 € für das Wirtschaftsjahr 2018 abgeführt.

Im Vergleich zum Planergebnis erhöhten sich die Erträge (T€ +58) vor allem durch den ungeplanten Verkauf eines aus dem Leasing übernommenen Fahrzeuges sowie zusätzlicher weiter- belasteten Aufwendungen an die BBg und PEG. Der Aufwand blieb in Summe unter den Planaufwendungen. Einsparungen konnten vor allem im Personalaufwand (T€ - 78) sowie bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ - 218) realisiert werden. Höhere Aufwendungen ergaben sich bei den Abschreibungen (T€ + 176). Dies hat insgesamt dazu geführt, dass gegenüber dem Plan ein um T€ 94 höheres Ergebnis erzielt wurde.

Nachfolgend werden die für die Beurteilung der **Ertragslage** wesentlichen Veränderungen der Ertrags -und Aufwandsposten beschrieben.

Die **Umsatzerlöse** werden im Wesentlichen aus Behältergebühren und Erstattungen aus den Wertstoffsammlungen und Nebenleistungen im Rahmen des Dualen Systems erzielt.

Grundlage der Gebührenerhebung für die Restabfall- und Bioabfallbehälter, für Sonderleistungen der Abfallentsorgung (wie die Abfuhr von Abfallcontainern und die Selbstanlieferung von Abfällen) sowie die Entsorgung von Sonderabfallkleinmengen ist die jeweils geltende Abfallgebührensatzung.

Bei den **übrigen Umsatzerlösen** sind in 2019 negative Abweichungen gegenüber den geplanten Erlösen zu verzeichnen. Wesentliche Ursache hierfür sind gesunkene Erträge beim Altpapier (in



Summe T€ 98). Aufgrund gesunkener Marktpreise (im Schnitt rd. 11,- €/t unter dem Vorjahrespreis) konnten bei der Verwertung des hoheitlichen Altpapiers nur unterplanmäßige Erträge erzielt werden.

Bei der Verwertung von Altkleidern haben sich hingegen positive Planabweichungen von T€ 90 ergeben. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplanes konnte die Jahresmenge an Altkleidern nur geschätzt werden. Ursache hierfür war die ungeklärte Anzahl der von den Gemeinden bereitgestellten Stellplätze auf den Wertstoffinseln. Die Gemeinden des Landkreises Peine haben diese zunehmend in den freien Wettbewerb gestellt, so dass für A+B von dem begrenzten Kontingent nur eine verminderte Anzahl zur Verfügung stand. Im Rahmen der kaufmännischen Vorsicht wurden daher – bedingt durch voraussichtlich niedrigere Mengen – niedrigere Altkleider-Verwertungsmengen und somit niedrigere Erlöse eingeplant. Die tatsächliche Menge an Altkleidern lag in 2019 jedoch über der Planmenge, so dass bei gleichbleibenden Verwertungspreisen gegenüber dem Plan höhere Erträge erzielt werden konnten.

Mindererträge ergaben sich hingegen bei der Verpachtung der Altholzrecyclinganlage an die PEG, so dass eine negative Planabweichung von T€ 53 entstand. Der Pachtbetrag orientiert sich an den bei A+B entstehenden Aufwendungen für die Altholzrecyclinganlage. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Aufwendungen sind die Zinsen der von A+B zur Finanzierung der Altholzrecyclinganlage aufgenommenen Darlehen. Durch Tilgung dieser Darlehen sind die Zinsaufwendungen bei A+B mittlerweile gesunken, so dass diese Aufwandsreduzierung durch eine verminderte Pacht an die PEG weitergereicht werden konnte.

Bedingt durch den ermittelten Überschuss in der Gebührenergabkalkulation 2019 (rd. T€ 236), war eine entsprechende Zuführung zur Gebührengabgleichsrückstellung zu bilden. Dieser Überschuss war nicht geplant, da die Gebührengabkalkulation ein ausgeglichenes Ergebnis aufweisen muss.

Wesentliche Planabweichungen im Bereich der **Umsatzerlöse im Betrieb gewerblicher Art** ergaben sich u. a. bei den Erträgen für die an die PEG verkauften Dieselmotoren. Durch gestiegene Verkaufsmengen (ca. 45.000 Liter mehr als im Vorjahr) lagen bei konstanten Preisen die Erträge um T€ 87 deutlich über dem Planansatz. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass dies weitgehend erfolgsneutral ist, da die gestiegene Menge an Dieselmotor ebenfalls Planabweichungen im Materialaufwand erzeugte.

In 2019 wurden bei A+B entstandene Personalaufwendungen für zusätzlich erbrachte Verwaltungstätigkeiten an die BBG weiterberechnet. Hierzu zählen u. a. die anteiligen Kosten für die Personalstelle BBG. Der Umfang der Weiterberechnung stand zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplanes nicht fest und war daher nicht eingeplant, so dass eine Budgetabweichung in Höhe von T€ 68 entstanden ist.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** lagen nicht auf Planniveau. Im Wesentlichen durch den Verkauf eines aus dem Leasing übernommenen Radladers sind überplanmäßige Erträge in Höhe von T€ 48 entstanden. Hierbei ist zu beachten, dass es sich um einen Einmaleffekt handelt.

Der **Materialaufwand** entwickelte sich in Summe weitgehend planmäßig. Bei einzelnen Aufwandspositionen ergaben sich jedoch Planüberschreitungen bzw. Planunterschreitungen. Wie zu den Umsatzerlösen ausgeführt, gab es eine Planüberschreitung bei den Dieseleinkäufen (T€ 75).



Bei den Fremdreparaturen des Fuhrparks vom Betriebshof in Oberg ergab sich eine Budgetüberschreitung in Höhe von T€ 65. Wesentlicher Grund hierfür ist die Nachrüstung von Abbiegeassistenzsystemen für alle LKW des Fuhrparks in Oberg, die nicht schon bereits ab Werk mit solchen Systemen ausgestattet sind. Die diesbezüglichen Aufwendungen beliefen sich auf T€ 51. Eine solche Nachrüstaktion war im Wirtschaftsplan nicht dotiert. Um schweren Unfällen vorzubeugen, haben sich die Unternehmensleitung und der Verwaltungsrat jedoch für eine solche Maßnahme entscheiden und hierfür nachträglich entsprechende Mittel bereitgestellt. Für den Fuhrpark des Abfallentsorgungszentrums Stedum galt dies ebenso. Hier war das Volumen (T€ 19) aufgrund einer geringeren Anzahl an Fahrzeugen allerdings deutlich geringer.

Bedingt durch außerplanmäßige Fahrzeugmieten gab es bei den Aufwendungen für Fremdfahrzeuge eine Budgetüberschreitung in Höhe von T€ 53 zu verzeichnen. Um die Logistik in einigen Entsorgungsgebieten zukünftig effizienter zu gestalten, wurde zu Testzwecken ein LKW-Sammelfahrzeug mit 4-Achs-Technik angemietet. Derartige Fahrzeuge sind länger und haben dementsprechend ein größeres Abfallsammelvolumen. Bei einigen Entsorgungsgebieten gibt es mit den üblichen 3-Achs-Sammelfahrzeugen derzeit teilweise die Notwendigkeit, während einer Sammeltour bereits zwischenzeitlich das volle Sammelfahrzeug zu entleeren und die Sammeltour im Anschluss wieder fortzusetzen. Dies ist logistisch nicht optimal und kostenintensiv. Durch den Einsatz von größeren 4-Achs-Fahrzeugen soll dies im Idealfall vermieden werden. Um aber einer Fehlinvestition vorzubeugen, wurde ein 4-Achs-Sammelfahrzeug für mehrere Monate angemietet und im Echtbetrieb eingesetzt. Getestet werden sollte u. a. das Handling des längeren Fahrzeugs in engen Straßen und die Auslastung des Abfallsammelvolumens. Der Test verlief positiv, so dass die Anschaffung von zwei derartigen Fahrzeugen bereits im Wirtschaftsplan 2020 vorgesehen ist. Die Mietaufwendungen für das Testfahrzeug beliefen sich auf T€ 23. Ein weiterer Budgetabweichungsgrund war die zwischenzeitliche Anmietung eines Sattelzuges als Ersatz für ein durch einen Brand beschädigtes Fahrzeug.

Wie bereits im Vorjahr führte die anhaltende trockene Witterung im Sommer 2019 im Wesentlichen zu einer reduzierten Bioabfallmenge. Die daraus entstandenen geringeren Aufwendungen für die Entsorgung des Bioabfalls haben sich jedoch durch einen ebenfalls daraus entstandenen schlechteren Mengenstaffelpreis gleichzeitig wieder erhöht. In Saldo entstand bei der Entsorgung des Bioabfalls eine Planüberschreitung von T€ 62.

Bei der Entsorgung von Bauschutt wurde das Budget um T€ 51 überschritten. Bedingt durch die allgemein verknappenden Entsorgungsmöglichkeiten für Bauschutt war in 2019 ein deutlicher Preisanstieg für die Entsorgung von Bauschutt zu verzeichnen. So stieg für A+B der Entsorgungspreis pro t innerhalb des Jahres um über 300 %. Zusätzlich gab es bei A+B zeitgleich auch einen Mengenanstieg (ca. 20 % gegenüber dem Vorjahr) an Bauschutt. Beide Effekte führten zu der oben angeführten Budgetabweichung, wobei der Preisanstieg deutlich mehr zum Tragen kam als der Mengenanstieg.

Aufgrund gesunkener Restabfallmengen konnte das Budget für die Entsorgung des Restabfalls im Müllheizkraftwerk Rothensee um T€ 67 unterschritten werden.

Die an die DSD-Systembetreiber auszukehrenden Erlösbeteiligungen für die seitens A+B verwerteten



DSD-PPK-Mengen sind in Folge der allgemein gesunkenen PPK-Verwertungspreise ebenfalls gesunken. Hieraus ergab sich eine Budgetunterschreitung in Höhe von T€ 65.

Das Budget bei den Leasingaufwendungen musste nicht ausgeschöpft werden, wodurch gegenüber dem Planansatz eine Aufwandsersparnis von T€ 340 eintrat. Die Abweichung resultiert vor allem aus zeitlichen Verschiebungen (Verschiebung ins nächste Wirtschaftsjahr) von geplanten Neuzugängen von geleaste Fahrzeugen. Des Weiteren wurden aufgrund der vertraglichen Regelungen einige geleaste Vermögensgegenstände aktiviert.

Die Bezüge der Beschäftigten werden aufgrund des Tarifvertrags öffentliche Dienste (TVöD) gezahlt. Neben durchschnittlich 58 eigenen Beschäftigten (2018: 55) wird für die Erfüllung der Aufgaben unverändert das ehemalige Personal des Abfallwirtschaftsbetriebes vom Landkreis Peine eingesetzt. Die Aufwendungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in dem Posten Materialaufwand gesondert gezeigt.

Die **Personalaufwendungen und bezogenen Personalleistungen** verliefen planmäßig.

Die **Abschreibungen** lagen deutlich über Plan. Bedingt durch die Aktivierung von einigen Leasinggegenständen entstand eine Planabweichung von T€ 176.

Eine Planüberschreitung gab es bei den Aufwendungen für **Deponienachsorge und Altlastensanierung**. Durch Überprüfung der bisherigen Bedarfsermittlung für die Nachsorgeverpflichtungen der Deponien war eine höhere Zuführung zur Deponierückstellung notwendig. Hieraus ergab sich eine Planabweichung in Höhe von T€ 55.

Im Bereich der **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind vor allem bei den Beratungs-, Prüfungs- und Gutachterkosten geringere Aufwendungen als geplant entstanden (T€ 133). Ein wesentlicher Faktor hierfür sind geringere Aufwendungen für die allgemeine EDV-Betreuung durch externe Dienstleister als geplant.

Die Fort- und Weiterbildungsaufwendungen für Angestellte lagen T€ 51 unter Plan. Im Gegensatz zum Vorjahr waren u. a. deutlich weniger Fortbildungen im Bereich der eingesetzten ERP- Software „eGecko“ notwendig. Der Fortbildungsaufwand in 2018 war insbesondere durch die Einführung von neuen Modulen (z. B. Personalinformationssystem und ein Auswertungsmodul für das Controlling) bzw. durch die Umstellung von bestehenden Modulen auf ein neues Release (Fakturierung) erhöht. Derartige Erweiterungen/Umstellungen gab es in 2019 nicht.

Bedingt durch die Anpassung bei den Deponierückstellungen erhöhten sich auch die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen. Dies führte bei den **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** zu einer Planabweichung von rd. T€ 97.

Vermögens- und Finanzlage

Gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag erhöhte sich die Bilanzsumme um € 1,2 Mio auf € 15,5 Mio.



Das **Anlagevermögen** von € 8,6 Mio (Vorjahr € 8,0 Mio) nimmt 55,5 % (Vorjahr 56,4 %) der Bilanzsumme ein. Hiervon entfallen auf Grundstücke und Bauten € 6,0 Mio sowie auf Fahrzeuge und Abfallbehälter € 1,5 Mio.

Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen von € 1,3 Mio wurden aus eigenen Mitteln und mit € 0,9 Mio über Leasingverträge finanziert.

Zahlungsschwierigkeiten sind zu keinem Zeitpunkt aufgetreten. Außer den in der Bilanz ausgewiesenen flüssigen Mitteln bestehen kurzfristige Forderungen aus einem verzinslich gewährten Kassenkredit an die PEG sowie aus einer Tagesgeldanlage.

Der Anteil des Eigenkapitals an der höheren Bilanzsumme verringerte sich von 30,0 % auf 28,1 %.

Die im Vorjahr dotierten **Steuerrückstellungen** werden vollständig verbraucht.

Unter den **sonstigen Rückstellungen** werden die Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen für die stillgelegten Deponien in Stedum, Schwicheldt und Wedtlenstedt mit T€ 5.191 (Vorjahr T€ 4.434) erfasst. Im Berichtsjahr wurden T€ 173 (Vorjahr T€ 239) verbraucht bzw. ertragswirksam aufgelöst sowie Zuführungen von T€ 930 (davon Aufzinsung von T€ 225) vorgenommen. Die Gebührenausgleichsrückstellung verringerte sich zum Bilanzstichtag im Saldo durch die Entnahme der Gebührenüberdeckungen aus dem Wirtschaftsjahr 2016 von T€ 522 sowie durch die Zuführung der Gebührenüberdeckung des Wirtschaftsjahres 2019 von T€ 236 auf T€ 562 (Vorjahr T€ 849). Des Weiteren sind Rückstellungen für Urlaubs-, Gleitzeit- und Altersteilzeitverpflichtungen, für ausstehende Rechnungen sowie für den Jahresabschluss dotiert.

Umweltschutzmaßnahmen

Die Überwachung der stillgelegten Deponien wird kontinuierlich fortgeführt.

Im Zuge der Sicherung des Deponiekörpers in Stedum wird das angefallene Sickerwasser im Kreislauf geführt. Diese Maßnahme soll prognostisch dazu beitragen, mögliche Schadstoffe aus dem Deponiekörper schneller zu entfernen. Gelingt die Umsetzung des Konzeptes, wird nach verhältnismäßig kurzer Zeit ein umweltneutrales Bauwerk hergestellt.

Durch das umgesetzte Löschwasserrückhaltungskonzept wird dafür Sorge getragen, dass im Falle des Einsatzes von Löschmitteln auf dem Betriebsgrundstück in Stedum keine negativen Beeinträchtigungen von Nachbargrundstücken zu erwarten sind.

Die ehemalige Sickerwasserkläranlage in Equord wird formal stillgelegt und zurückgebaut. Hierfür wird ein Abstimmungsprozess mit den zuständigen Behörden initiiert.

Die Sickerwasserentsorgung der Altdeponie Schwicheldt ist neu zu konzeptionieren. Dabei ist die Frage des Umschlages des Sickerwassers in Transportfahrzeuge maßgebend. Die Behandlung des Sickerwassers der Altdeponie Schwicheldt soll in der Sickerwasserkläranlage Heinde des Abfallzweckverbandes Hildesheim, Bad Salzdetfurth, erfolgen.

Im Zuge der Planungen für die Endprofilierung der ehemaligen Bauschuttdeponie Wedtlenstedt ist



festgestellt worden, dass eine definierte Bauverbotszone für eine über das Deponiegrundstück geführte Gasleitung überbaut worden ist. Der Deponiekörper und die schon erstellte Erdabdeckung werden neu gestaltet, damit die Bauverbotszone eingehalten werden kann.

Vorschau auf das Wirtschaftsjahr 2020 und zukünftige Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken

Im Wirtschaftsjahr 2020 sind Investitionen von T€ 4.443 geplant. Diese Investitionen setzen sich im Wesentlichen aus den folgenden Maßnahmen zusammen:

- Erwerb von Grundstücken mit Bauten (Neubau Wertstoffhof Stedum)
- Erwerb von Anlagen der Abfallbeseitigung
- Erwerb von Betriebs- und Geschäftsausstattung
- Erwerb von EDV-Programmen und Lizenzen
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau (Planungskosten Neubau Verwaltungsgebäude)

Für die Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Rekultivierung der Deponien stehen, wird im Wirtschaftsjahr 2020 mit einem Mittelabfluss von T€ 533 gerechnet.

Die Finanzierung der Investitionen sowie der Aufwendungen für die Rekultivierung soll aus eigenen Mitteln sowie über Darlehensaufnahme erfolgen.

Unter Beachtung des NKAG arbeitet A+B ohne Gewinnerzielungsabsicht, d.h. mittelfristig sind die aus den gebührenpflichtigen Bereichen erzielten Gebührenüber- und -unterdeckungen auszugleichen. Bei seit dem 01.01.2015 unveränderten Gebühren wird für das Wirtschaftsjahr 2020 mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 65 gerechnet.

Die Erkenntnisse des Controllings werden in die Vorschläge zur Gebührenkalkulation einbezogen und im Verwaltungsrat zur Diskussion gestellt. Im Rahmen der Vorgaben des NAbfG und des NKAG (z.B. ökologische Aspekte und Äquivalenzprinzip) müssen künftig die möglichen Zielkonflikte zwischen betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten auf der einen und Fragen der Gebührengerechtigkeit und der besonderen Berücksichtigung von sozialen Belangen auf der anderen Seite aufgelöst werden. Dennoch kann festgestellt werden, dass es in 2019 gelungen ist, die Gebührensätze abermals stabil zu halten. Diese gelten somit für 2019 im fünften und für 2020 dann im sechsten Jahr unverändert.

Des Weiteren ist daran zu arbeiten, das hohe Maß an Kundenzufriedenheit weiter auszubauen. Es wird künftig eine immer größere Herausforderung werden, in Anbetracht der Folgen des demographischen Wandels, insbesondere der veränderten physischen Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das Dienstleistungsangebot aufrecht zu erhalten. Im Zusammenhang mit dieser Problematik prüft A+B intensiv die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der BBg, um bestimmte Dienstleistungen der Daseinsvorsorge so zu erledigen, dass langzeitarbeitslose Menschen eine Beschäftigungsperspektive finden.



Unkalkulierbar und somit risikobehaftet bleibt die Menge der zu entsorgenden Abfälle über die Abfallbehälter. Nach wie vor ist der im Umlauf befindliche Behälterbestand dadurch gekennzeichnet, dass die kleineren 60 l und 120 l Behälter dominieren. Das durch den Landkreis Peine seinerzeit eingeführte Ident-System verstärkt dieses Kundenverhalten. Diese Tendenz verliert seine Gültigkeit auch nicht durch kurzfristige Behälterzuwächse im gesamten Sortiment, wie es zuletzt zu beobachten war. Auf die Risiken aus gewerblichen Sammlungen bzw. die Zulassung derselben durch den Gesetzgeber wurde an anderer Stelle hingewiesen.

Aufgrund des Brandereignisses in 2013 war die planerische Überarbeitung des Standortkonzeptes Stedum weiterhin prägend. Das von dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig unter Auflagen genehmigte Konzept wurde weiterhin abgearbeitet.

Ein zentraler Punkt des Brandschutzkonzepts ist die Errichtung eines Löschwasserrückhaltebeckens. Dieses sowie eine neue Müllumschlageinrichtung wurden in 2019 abgeschlossen.

Die wirtschaftliche Verwertung von bestimmten Stoffströmen wird sich in absehbarer Zeit verschlechtern. Die zu erzielenden Erlöse für die Verwertung von Altkleidern, Altpapier oder Kunststoffen werden aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage auch im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zurückgehen. Die entsprechenden Deckungsbeiträge sind somit rückläufig; auf der anderen Seite stehen die besonderen Aufwendungen, da die genannten Stoffströme gesondert erfasst werden müssen.

Durch die in 2020 in Deutschland ausgebrochene Corona-Pandemie ist auch A+B betroffen. Die in diesem Zusammenhang getroffenen behördlichen Anordnungen wurden umgesetzt. Die Mitarbeiter, die für die Leerung der Abfallbehälter zuständig waren, wurden in Gruppen eingeteilt, um mögliche Sozialkontakte zu reduzieren, um im Infektionsfall eines Mitarbeiters lediglich überschaubare Mitarbeitergruppen in Quarantäne stellen zu müssen. Planerisch war somit immer gewährleistet, dass die Kerndienstleistungen vollzogen werden konnten. Die Wertstoffhöfe mussten zumindest zeitweilig geschlossen werden, um Besucher und Mitarbeitende vor einem Infektionsrisiko zu schützen. Später wurde der Wertstoffhof in Stedum und die Grünannahmestelle des Biogenen Zentrum in Mehrum unter Berücksichtigung einer individuellen Terminvergabe an die Kunden wieder geöffnet. Mit zunehmender Dauer der Pandemie und der allgemeinen Lockerung von Maßnahmen konnten auch weitere Wertstoffhöfe wieder für den Besucherverkehr geöffnet werden.

In der Verwaltung von A+B wurde die Tätigkeit teilweise in das Home-Office verlegt. Dadurch konnte die Verwaltung unter Berücksichtigung von ausreichenden Sicherheitsabständen im Verwaltungsgebäude in Peine weiterarbeiten. Während des landesweiten Betretungsverbotes von öffentlichen Gebäuden war auch die Verwaltung von A+B für den Besucherverkehr gesperrt.

Für alle Bereiche von A+B wurden Hygienepläne erstellt, die mit der zuständigen Betriebsärztin und der Verwaltung des Landkreises Peine abgestimmt worden sind. Die Öffentlichkeit wurde über die Tageszeitungen und den eigenen Internetauftritt regelmäßig über die ergriffenen Maßnahmen informiert. Die telefonische Erreichbarkeit des Unternehmens war nicht zu jeder Zeit zufriedenstellend. Bei dieser Frage wird zukünftig organisatorisch und technisch gegenzusteuern



sein.

Zum Zeitpunkt der Berichterstellung sind Corona Pandemie bedingte Ausgaben von weniger als 0,5 % des Wirtschaftsplanvolumens zu verzeichnen. Die geplante Erlösseite konnte durch die Aufrechterhaltung der Behälterabfuhr stabil gehalten werden, da die geplanten Erlöse mittels Ident-System realisiert werden konnten.



2.2 Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft LK Peine mbH

www.bbg-peine.de

Stammkapital: 25.564,59 €



Beteiligungsverhältnisse: 100 % Landkreis Peine

Handelsregister: Amtsgericht Hildesheim, HRB 100936

Gründungsjahr:1988

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Schaffung von Arbeits- und Qualifizierungsgelegenheiten vorrangig für (langzeit-) arbeitslose Personen auf der Grundlage der Möglichkeiten des Sozialgesetzbuches II und III durch Vorhalten verschiedener Arbeitsmarktinstrumente und die operative Umsetzung von Arbeitsmarktmaßnahmen. Zweck ist nicht die wirtschaftliche Gewinnoptimierung oder die kontinuierliche Steigerung eines Unternehmensgewinns. Wirtschaftliche Erlöse durch unternehmerische Tätigkeit stocken öffentliche bereitgestellte Arbeitsmarktmittel kostendeckend auf und führen zu einer effizienten Nutzung für den Landkreis Peine. Diese Unternehmensstrategie ermöglicht und sichert die Gemeinnützigkeit.

Besetzung der Organe:

a) Als Geschäftsführer sind bestellt:

Herr Olaf Eckardt
Herr Mike Maczollek

b) Mitglieder des Aufsichtsrates in 2019:

Herr Matthias Möhle (Vorsitzender, Kreistagsabgeordneter)
Frau Doris Meyermann (stellv. Vorsitzende, Kreistagsabgeordnete)
Herr Malte Cavalli (Kreistagsabgeordneter)
Herr Franz Einhaus (Landrat)
Frau Dr. Kathrin Esser-Mönning (Kreistagsabgeordnete)
Frau Rebecca Mittal (Kreistagsabgeordnete)
Herr Arnim Plett (Kreistagsabgeordneter, bis 26.02.2019)
Herr Georg Raabe (Kreistagsabgeordneter, ab 01.03.2019)
Herr Andreas Salzmann (Arbeitnehmervertreter)
Herr Uwe Semper (Kreistagsabgeordneter)
Herr Oliver Westphal (Kreistagsabgeordneter)



Interessenwahrung:

Die Interessenwahrung des Landkreises Peine ist durch die Besetzung des Aufsichtsrates gewährleistet.

Allgemeines:

Die BBg ist eine gemeinnützige Unternehmung des Landkreises Peine, die seit 1989 die Aufgaben verfolgt, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote vornehmlich für langzeitarbeitslose Bürger und Bürgerinnen des Landkreises Peine vorzuhalten.

Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich der Aufgaben- und Wirkungsbereich der BBg nur wenig verändert. Die BBg ist stark abhängig von der Verfügbarkeit externer Fördermittel. Im Rahmen der auch hier stattfindenden Spezialisierung findet das Unternehmen seinen Arbeitsschwerpunkt in bekannten Gebieten. Zu diesen gehören abfallwirtschaftliche Dienstleistungen wie die Betreuung des zentralen Wertstoffhofs im Landkreis Peine, die Haushaltsentrümpelung, die Reinigung von Wertstoffinseln, die zusätzliche Gestaltung kommunaler Grünanlagen und die Pflege und Wartung schulischer EDV-Angebote. Diese Themen untergliedern sich wiederum in konkrete Projekte wie der Mitarbeit an einem Sozialen Kaufhaus, dem Recyceln und Wiedernutzbarmachen von E-Schrott bis hin zur Abgabe von Spielzeugen und Büchern, Holzausstattungen für Kindergärten und einiges mehr.

Beratend ist die BBg vor allem in der Schul- und Ausbildungsbegleitung junger Menschen und der allgemeinen und beruflichen Integration von Flüchtlingen tätig.

Zweck des Unternehmens ist nicht die wirtschaftliche Gewinnoptimierung oder die kontinuierliche Steigerung eines Unternehmensgewinns. Das Unternehmen benötigt wirtschaftliche Erlöse durch unternehmerische Tätigkeit als steuerlicher Zweckbetrieb allein dazu, um öffentlich bereitgestellte Arbeitsmarktmittel möglichst bis zur Kostendeckung aufzustocken und damit einer möglichst effizienten Nutzung für den Landkreis Peine zuzuführen.

Darstellung des Geschäftsverlaufs:

In Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und dem Fachdienst Arbeit des Landkreises Peine hat die BBg ihre unter der Abteilungsbezeichnung Jugend und Beruf (JuB) zusammengefassten Beratungsaktivitäten zur Betreuung und Aktivierung von Schülern und ausbildungssuchenden Jugendlichen kontinuierlich fortsetzen können und in 2019 mit 8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgreich weiter in das regionale Beratungsangebot implementiert.

Die Einzelmaßnahmen/Projekte im Bereich JuB sind: „Pro Aktiv Center“, „Wegweiser Primus“ und „Jugend Stärken im Quartier“.

Der Ausbildungsverbund für unterstützungsbedürftige Auszubildende wurde im Ausbildungsjahr 2019 mit bis zu 42 Auszubildenden durchgeführt. Mit dem Projekt ISA (Integration statt Ausgrenzung) sowie den gemeinsam mit der Kreis-handwerkerschaft durchgeführten Projekt „Willkommenslotse“ werden neben dem Verbundsystem



zusätzliche Ausbildungspotentiale gehoben. Ergänzt wurde das Dienstleistungsangebot in 2019 – wie schon in den Vorjahren – durch das Projekt „bAP“ (betriebliches Ausbildungsmanagement Peine) als beratende Institution für Klein- und Kleinstbetriebe zum Thema Ausbildung sowie dem Projekt „gldA“ (gesellschaftliche Integration durch Arbeit) mit dem Schwerpunkt Ausbildung und Beschäftigung von Flüchtlingen.

Mit drei Fachkräften unterstützt die BBg erfolgreich die EDV-Infrastrukturen der vom Landkreis Peine getragenen Schulen.

Als Träger arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen bietet die BBg darüber hinaus vor allem Qualifizierungs- und Beschäftigungsstellen im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten nach der Systematik des SGB II an. Alle möglichen Varianten von der sozialversicherungspflichtigen Entgeltvariante bis zur Mehraufwandsentschädigung werden dabei genutzt.

In der Qualifizierungs- und Beschäftigungswerkstatt wurden 112 Maßnahmen-Teilnahmeplätze vorgehalten, die von 174 Teilnehmenden genutzt wurden. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wurden von 14 Anleitern und Anleiterinnen betreut und qualifiziert.

Im Bereich der Grünpflege (25), dem Betrieb des Wertstoffhofs (5) in Stedum sowie der Elektrogerätedemontage (4), der Fahrradwerkstatt (2) und dem Sozialkaufhaus (4) sind insgesamt 40 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eingesetzt worden, die außerhalb von speziellen Förderkonzepten unter Inanspruchnahme individualisierter Förderungen (z.B. Eingliederungszuschuss) oder ohne Zuschussleistungen beschäftigt worden sind. 24 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen waren hier im Rahmen von Fördermaßnahmen nach § 16i SGB II tätig.

Die arbeitsmarktpolitische Aufgabenstellung war damit insgesamt weiter stabil wie auch die Verfügbarkeit von Fördermitteln für die Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Menschen.

Die Akquisition zusätzlicher Fördermittel konzentriert sich auf betreuende und infrastrukturenschaffende Maßnahmen, häufig im Bereich Jugendarbeitslosigkeit und Integration von geflüchteten Menschen, in den Arbeitsmarkt mit zahlenmäßig geringen Auswirkungen auf die bei der BBg zur Verfügung stehenden Stellen.

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2019**

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
1. Umsatzerlöse	1.351.204,47	1.319.525,59
2. Zuschüsse	2.473.053,90	2.241.014,90
3. Sonstige betriebliche Erträge	521.298,96	915.784,98
4. Materialaufwand	998.910,01	986.869,94
5. Personalaufwand	2.924.552,95	2.939.542,43
6. Abschreibungen	51.096,86	40.579,13
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	310.939,67	304.960,32
8. Zinserträge	12,00	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.403,39	2.412,10
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-393,65	-568,45
11. Ergebnis nach Steuern	59.060,10	202.530,00
12. Sonstige Steuern	8.446,40	10.586,55
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	50.613,70	191.943,45



Lagebericht

Ertragslage

Unter Einbeziehung der Ausgleichszahlung des Landkreises Peine für das Geschäftsjahr 2019 (T€ 400) schließt das Geschäftsjahr 2019 der BBg mit einer zum Vorjahr um T€ 132 verringerten Gesamtleistung von rund € 4,3 Mio.

Die als Zweckbetrieb „Regiopolis-Peine“ durchgeführten EDV-Dienstleistungen gegenüber öffentlichen Stellen und Einrichtungen, insbesondere der vom Landkreis Peine getragenen Schulen, haben mit T€ 176 (Vorjahr T€ 147) zum Umsatz beigetragen.

Der Materialaufwand ist um T€ 12 auf insgesamt T€ 999 gestiegen. Auch in diesem Jahr ragen vor allem die Fremdleistungen der PEG in Höhe von T€ 345 für Entsorgungsdienstleistungen (z.B. Altholz) heraus. Durch den Betrieb des Wertstoffhofs Stedum ist hier größtenteils eine Weiterberechnung an die A+B möglich. In Höhe von T€ 212 (Vorjahr T€ 210) sind Mietaufwendungen für die Unterbringung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen enthalten.

Der Personalaufwand ist aufgrund leicht gesunkener Mitarbeiterzahlen um T€ 16 auf T€ 2.924 gesunken.

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen sind zwar leicht gestiegen, blieben mit T€ 51 aber auf niedrigem Niveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen blieben in 2019 mit T€ 311 (Vorjahr T€ 305) auf Vorjahresniveau.

Das Geschäftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 51 (Vorjahr T€ 192). Es enthält die Ausgleichszahlung des Landkreises Peine für das Geschäftsjahr 2019 in Höhe von T€ 400.

Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 wurde mit einer Gesamtleistung von T€ 4.019 und einem Jahresfehlbetrag von T€ 380 kalkuliert. Dieser Ansatz wurde um T€ 326 bzw. 431 übertroffen. Dies resultiert vor allem daraus, dass der Wirtschaftsplan ohne die Ausgleichszahlung des Landkreises Peine in Höhe von T€ 400 aufgestellt wurde.

Vermögens- und Finanzlage

Die Investitionen von T€ 110 in das Anlagevermögen (Vorjahr: T€ 11) wurden aus eigenen Mitteln und in Höhe von T€ 41 durch neu aufgenommene, langfristige Darlehen finanziert.

Die Eigenkapitalquote an der um T€ 357 auf T€ 2.176 gestiegenen Bilanzsumme verringerte sich um 5,0 %-Punkte auf 40,2 %. Die Fremdverschuldung durch Darlehen bei Kreditinstituten erhöhte sich zum Bilanzstichtag um T€ 24. Das Anlagevermögen ist durch Eigenkapital und langfristige Darlehen langfristig finanziert. Die Zahlungsfähigkeit war während des Berichtsjahres und danach jederzeit gegeben.



Risikobericht

Das Geschäftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 51. Dieses Ergebnis enthält die ergebniswirksame Ausgleichszahlung des Landkreises Peine für das Geschäftsjahr 2019 in Höhe von T€ 400.

Das Ziel eines nahezu ausgeglichenen Jahresergebnisses wurde damit erreicht. Kurzfristig eintretende bestandsgefährdende Risiken sind zurzeit nicht erkennbar.

Prognosebericht

Durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie ist die BBg stark betroffen. Im März des Geschäftsjahres 2020 wurden große Teile der Fördermaßnahmen temporär geschlossen, die Mitarbeitenden mussten in Kurzarbeit gehen, die Sachfixkosten liefen bei wegbleibenden Einnahmen weiter. Zwar wurden ab Juni 2020 die Fördermaßnahmen wieder weitergeführt, die Teilnehmerplätze konnten aber auch wegen der anzuwendenden Hygienepläne nicht mehr vollständig besetzt werden.

Der genehmigte Wirtschaftsplan 2020 der BBg schließt unter Berücksichtigung der vom Landkreis Peine zu gewährenden Ausgleichszahlung (T€ 400) mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Durch die im Risikobericht angeführten Auswirkungen der Pandemie muss mit einem negativen Jahresergebnis gerechnet werden, dessen Höhe aufgrund der anhaltenden Pandemiesituation nicht gesichert prognostiziert werden kann.

Größere Investitionen sind nicht veranschlagt, da sie bei der Neuaufnahme von Projekten nur schwer planbar sind. Gegebenenfalls anfallende Investitionen werden in den Aufsichtsratssitzungen zur Sprache gebracht.

Die BBg hat damit begonnen, ihre interne Führungsstruktur durch Stärkung der zweiten Führungsebene umzustrukturieren. Der Prozess gestaltet sich angesichts der unruhigen Gesamtsituation etwas schwieriger als erwartet, wird aber erfolgreich sein



2.3 Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft mbH

www.wito-gmbh.de

Stammkapital: 25.000 €

w;to

Wirtschafts- und
Tourismusfördergesellschaft
Landkreis Peine mbH

Beteiligungsverhältnisse: 51 % Landkreis Peine

Handelsregister: Amtsgericht Hildesheim, HRB 101559

Gründungsjahr: 2003

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Durchführung aller Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft und der Entwicklung des Arbeitsmarktes im Landkreis Peine, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dienen. Die Förderung der Wirtschaft soll neben der intensiven Begleitung und Betreuung ansässiger Unternehmen insbesondere durch die Neuansiedlung von Gewerbe und Industriebetrieben, die Unterstützung bei der Neugründung von Unternehmen sowie durch unternehmensnahe Bildungs- und Qualifizierungsangebote erfolgen. Darüber hinaus sollen Maßnahmen und Aktivitäten zur Vermarktung und gezielten Positionierung des Wirtschaftsstandortes Landkreis Peine initiiert und durchgeführt werden. Weiterhin sollen der Fremdenverkehr und die touristische Entwicklung im Landkreis gefördert und durch gezielte Angebote und Aktivitäten aktiv weiterentwickelt werden.

Gesellschafter:

Gesellschafter der wito gmbh sind: der Landkreis Peine (51%), die Stadt Peine (14%), die Gemeinde Ilsede (5,84%) sowie die Gemeinden Edemissen, Hohenhameln, Lengede, Vechelde und Wendeburg mit jeweils 5,832 %.

Besetzung der Organe:

a) Als Geschäftsführer ist bestellt:

Herr Matthias Adamski

b) Mitglieder des Aufsichtsrates

Herr Franz Einhaus (Landrat - Vorsitzender)
Herr Henning Heiß (Erster Kreisrat Landkreis Peine)
Herr Frank Bertram (Bürgermeister Gemeinde Edemissen)
Herr Lutz Erwig (Bürgermeister Gemeinde Hohenhameln)
Herr Otto-Heinz Fründt (Bürgermeister Gemeinde Ilsede)
Frau Maren Wegener (Bürgermeisterin Gemeinde Lengede)
Herr Klaus Saemann (Bürgermeister Stadt Peine)
Herr Ralf Werner (Bürgermeister Gemeinde Vechelde)
Herr Gerd Albrecht (Bürgermeister Gemeinde Wendeburg)
Herr Frank Hoffmann (Kreistagsabgeordneter)



Herr Stephan Nitsch (Kreistagsabgeordneter)
Herr Carsten Rieck (Kreistagsabgeordneter)
Herr Michael Senft (Vorstand Sparkasse Hildesheim Goslar Peine)

Interessenwahrung:

Die Interessenwahrung des Landkreises Peine ist durch die Besetzung des Aufsichtsrates gewährleistet. Der Landkreis Peine wird in der Gesellschafterversammlung von Herrn Landrat Einhaus vertreten.

Beteiligungen des Unternehmens:

Zum 05.12.2008 hat die wito gmbh die "wito consulting gmbh" mit einem gezeichneten Kapital von 25.000 € gegründet und sämtliche Anteile übernommen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die formulierten Aufgaben werden erfolgreich umgesetzt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Das Jahresergebnis 2019 fällt mit 0 € ausgeglichen aus.

Der Wirtschaftsprüfer attestiert der wito, dass sich die einzelnen Geschäftsbereiche inhaltlich positiv entwickeln. Die Ertragslage konnte durch die Gesellschafterzuschüsse ausgeglichen gestaltet werden. Die Gesellschaft ist jedoch von den Zuschüssen der Gesellschafter wirtschaftlich abhängig.

Die Umsatzerlöse sind gegenüber 2018 gesunken, da die Auslastung der Gebläsehalle gesunken ist und die Auswirkungen eines Untreuefalles zu berücksichtigen waren. Insgesamt lagen die Gesamterträge lediglich um rund 4.000 € unter dem Wert aus der Wirtschaftsplanung.

Auch im Bereich der Aufwendungen sind insgesamt nur geringe Abweichungen von 4.000 € gegenüber dem Wirtschaftsplan 2019 zu verzeichnen gewesen. Nähere Erläuterungen sind daher entbehrlich.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Bilanzsumme um rund 1,6 Mio. € gesunken. Dieser Unterschied ist vor allem auf die Auszahlungen an die Gemeinden aus dem sogenannten 5-Mio-€-Programms des Landkreises Peine zurückzuführen. Auf der Aktivseite haben sich dadurch die flüssigen Mittel reduziert. Demzufolge haben sich auf der Passivseite die Verbindlichkeiten ebenfalls verringert.

Für das Jahr 2019 haben sich daher Gewinn- und Verlustrechnung sowie Bilanz im Rahmen der Erwartungen entwickelt.



Bilanzdaten

Bilanz zum 31.12.2019

Aktiva	31.12.2019 €	31.12.2018 €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	10.097,00	17.775,00
II. Sachanlagen	120.393,00	156.201,00
III. Finanzanlagen	25.000,00	25.000,00
 B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	32.079,93	12.260,03
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.091.100,46	292.919,95
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.766.225,67	4.097.717,46
 C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.165,20	1.672,58
	3.048.061,26	4.603.546,02
	3.048.061,26	4.603.546,02
Passiva	31.12.2018 €	31.12.2018 €
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnrücklagen	291.789,32	291.789,32
III. Gewinnvortrag	21.470,58	47.494,25
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	-26.023,67
 B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
C. Rückstellungen	51.181,93	43.038,97
D. Verbindlichkeiten	2.658.619,43	4.221.760,43
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	486,72
	3.048.061,26	4.603.546,02
	3.048.061,26	4.603.546,02



Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2019

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
1. Umsatzerlöse	728.936,22	876.236,15
2. Sonstige betriebliche Erträge	984.065,90	1.280.359,35
3. Materialaufwand	324.067,21	439.125,94
4. Personalaufwand	842.265,04	961.067,29
5. Abschreibungen	59.267,92	78.900,30
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	486.193,85	702.627,47
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.202,45	2.372,33
8. sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	683,00	661,00
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapier des Umlaufvermögens	0,00	0,00
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	693,95
11. Ergebnis nach Steuern	1.727,55	-24.108,12
12. Sonstige Steuern	1.727,55	1.915,55
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	-26.023,67

Lagebericht:

Allgemeines

Das Jahr 2019 war das 17. Geschäftsjahr der Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft Landkreis Peine mbH (im Folgenden kurz wito gmbh). Insbesondere die Aufarbeitung der durch den Veruntreuungsfall in 2018 entstandenen Aufgabenstellungen sowie die mit dem Strategiewechsel einhergehenden Personalwechsel im Tätigkeits-



bereich „Wirtschaftsförderung“ prägten das Jahr. Insgesamt konnten die Herausforderungen sehr gut bewältigt werden, die wito gmbh entwickelte sich positiv. Im Folgenden wird auf einzelne Aspekte näher eingegangen.

Der durch die Veruntreuung der Buchhalterin verursachte Schaden konnte nach derzeitigem Stand vollumfänglich aufgeklärt werden. Vor dem Arbeitsgericht wurde ein finanzieller Vergleich erzielt, letztlich mit dem Ergebnis, dass von der Verursacherin eine Schadenssumme von 180 TE eingeräumt wurde. Der Großteil der Summe, rund 155 TE, wurde über die Eigenschadenversicherung sowie über die Auflösung der arbeitgeberfinanzierten Altersvorsorge der Verursacherin gedeckt. Den Restbetrag zahlt die Verursacherin seit Juli 2019 in monatlichen Raten zu 500 Euro.

In 2020 ist zu erwarten, dass die wito gmbh noch nach §130 und §30 OWiG wegen der Aufsichtspflichtverletzung im Rahmen des Veruntreuungsfalles der Buchhalterin mit einer Geldbuße in unbekannter Höhe belegt wird, es ist offen, ob und wenn ja, wann, hierzu eine Verhandlung stattfindet. Die Arbeitsstelle der Buchhalterin wurde nicht neu besetzt, ihre Aufgaben werden seitdem von der zweiten Bürokraft, die seit 2010 in der wito gmbh tätig ist, in Zusammenarbeit mit einem externen Steuerbüro wahrgenommen. Die Personalbuchhaltung wurde komplett an das Steuerbüro abgegeben. Für einfachere Bürotätigkeiten wurde eine Hilfskraft in Teilzeit eingestellt.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung wurde für die in 2018 entlassene Diplomkauffrau eine Wirtschaftsgeographin mit Schwerpunkt „Wirtschaftsförderung“ eingestellt. Mitte 2019 kündigte der zweite für den Bereich Wirtschaftsförderung zuständige Mitarbeiter, für die freie Stelle konnte ein Bankbetriebswirt gewonnen werden, der am 01.01.2020 die Arbeit aufnahm. Mit diesen beiden Personalien ist die wito gmbh im Tätigkeitsbereich Wirtschaftsförderung sehr gut aufgestellt und kann seinen mit dem Aufsichtsrat erarbeiteten Aufgaben ausgezeichnet nachkommen.

Die Gebläsehalle hat sich weiter positiv entwickelt, die Deckungsbeiträge, die entscheidende Kennzahl für die Halle, haben sich auf einem deutlich höheren Niveau gegenüber den Jahren vor 2017 stabilisiert.

Im Tourismusbereich wurde die attraktive Freizeitgestaltung und Naherholung für die Bürger und Bürgerinnen des Peiner Landes anhand verschiedener Themenschwerpunkte weiter ausgebaut.

So hat die wito 2019 erfolgreich Betriebe in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk zeit-Orte unterstützt, sich im Peiner Land mit dem KinderFerienLand Niedersachsen-Logo zertifizieren zu lassen. Es wurden drei Freibäder mit dem Zertifikat „KinderFerienLand Niedersachsen“ ausgezeichnet. Weiterhin wurde zur Qualitätssteigerung eine Befragung zur Kundenzufriedenheit und Bewertung von Touren mit dem Online-Umfrage-tool QuestionPro eingeführt. Die wito hat das kostenfreie Angebot „Radler-Pass im Peiner Land“ neu aufgelegt und verteilt, als Anreiz zur Entdeckung der Region sowie zur Vermarktung der bestehenden Radrouten und der Ausflugsorte bzw. den Radlerpass-Stationen. Die beschilderten Radrouten wurden instandgehalten und die Netzwerkarbeit zum Thema Rad (RGB, EWH) ausgebaut. Die Disc Golfanlagen und diverse Familien- und Ausflugsangebote hat die wito 2019 erfolgreich vermarktet sowie – angepasst an aktuelle Trends - neue Touren ausgearbeitet und angeboten, z. B. zu den Themenschwerpunkten Kindergeburtstage (z. B. Fahrsicherheitstraining „Kids Car



Drive“ in Broistedt), Natur und Landleben (Imkerworkshop, Kleine Bienenforscher, Hof- und Gartenidylle), Industrie/Kultur (Peine Geschichte, Vermittlungskonzept).

Im Bereich der Tourismusförderung wurde das Internetportal mit SEO weiter optimiert: In der Folge hat sich die Anzahl der Nutzer, die 2019 über die organische Suche auf die Website www.tourismus-peine.de gekommen sind, um 21,3 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhöht.

Neben dem Internetportal, den Social-Media Kanälen (Facebook, Instagram) und Flyern wurde die Bevölkerung und überregionale Interessengruppen mit umfangreicher PR und Gewinnspielen über das vielfältige Angebot des Peiner Landes informiert (Vernetzung mit Partnern). Im Social Media-Bereich hat sich die Anzahl der Reaktionen (Likes, Kommentare, geteilte Inhalte etc.) im Vergleich zu 2018 deutlich erhöht. Die Marketingaktivitäten wurden weiter ausgebaut, so wurde auch die Hauptbroschüre „AusflugsFalter“ neu aufgelegt. Neue regionale Messen und Veranstaltungen bildeten eine Plattform, die Peiner Angebote im Umland zu bewerben.

Der Schüleraustausch im Rahmen der Partnerschaft des Landkreises Peine mit der chinesischen Großstadt Nanchang entwickelte sich weiterhin positiv. Die Zusammenarbeit mit den 4 Landkreis-Gymnasien und der BBS sowie der Partnerschule aus Nanchang hat inzwischen einen nachhaltigen Charakter erreicht und strahlt quasi als Vorbild auf andere Partnerschafts-Projekte aus.

2019 wurde die sechste Schüler-Austauschrunde im September mit dem Besuch der 25-köpfigen chinesischen Schulgruppe im Landkreis erfolgreich gestartet. Im Dezember wurde das 10-jährige Partnerschaftsjubiläum mit Nanchang gefeiert. Aus Anlass dieses Jubiläums wurde der Empfang einer 6-köpfigen Delegation angeführt vom Vize-Präsidenten der CPPCC Nanchang Zhou Zhian und einer 9-köpfigen Künstlerdelegation des Kulturbüros und der Künstlerakademie Nanchang organisiert.

Aus Anlass des 30-jährigen Jubiläums mit Heinola koordinierte die verantwortliche Mitarbeiterin den Besuch einer 8-köpfigen Delegation in der finnischen Partnerstadt des Landkreises. Der Austausch des Ratsgymnasiums Peine mit dem Gymnasium in Heinola entwickelte sich kontinuierlich weiter, die geplanten gegenseitigen Besuche fanden im Februar und April statt.

Die jeweiligen Partnerschaftsvereine, in denen die wito gmbh verantwortlich mitwirkt (Vorsitzende, Kassiererin), trugen zur Finanzierung der Aktivitäten bei.

Für den gastronomischen Betrieb am Eixer See konnte ein geeigneter Nachfolger mit einem für den Standort geeigneten Konzept gefunden werden. Hier zeichnet sich eine auf Dauer angelegte Pachtsituation an. Im Herbst 2019 wurde deutlich, dass die Holzterrasse, die für einen nachhaltig wirtschaftlichen Betrieb entscheidend ist, marode ist und erneuert werden muss. Der Landkreis stellt dafür 100 TE brutto zur Verfügung, diese Mittel sollen mit zu beantragenden LEADER-Mitteln aufgestockt werden.

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die wito gmbh ist ein rein kommunales Unternehmen. Die Gesellschafter sind der Landkreis Peine, die Stadt Peine sowie die Gemeinden im Landkreis. Die Finanzierung



der Aufgaben und Projekte erfolgt über Zuschüsse der Gesellschafter, Sponsorenbeiträgen und Einnahmen aus wirtschaftlicher Geschäftstätigkeit.

Wesentliche Geschäftsfelder bilden die Wirtschaftsförderung, die Strukturentwicklung, die Förderung des Tourismus, der Naherholung und eines „lebenswerten Landkreises“, mit Einschränkungen das Standortmarketing sowie die Vermarktung und der Betrieb der Eventlocation „Gebälsehalle“. Weitere Aufgaben sind die Verwaltung und der Betrieb des Naherholungsgebiets Eixer See, die Betreuung und Umsetzung der Partnerschaften des Landkreises Peine, Ausschnitte aus den Bereichen Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sowie die regionale und überregionale Interessenvertretung des Landkreises.

Im Rahmen dieser Aufgaben geht die wito gmbh Kooperationen mit regionalen, überregionalen und internationalen Partnern ein bzw. arbeitet in Vereinen und Verbänden sowie Arbeitsgruppen mit. Alle Aufgaben und Aktivitäten zielen darauf ab, die positive Entwicklung des Landkreises Peine in den unterschiedlichsten Themenfeldern voran zu treiben.

Die Gesellschaft verfügt über einen Aufsichtsrat, in dem mehrheitlich Vertreter des Landkreises und der Kommunen vertreten sind. Die operative Leitung erfolgt über einen Geschäftsführer.

Die wito gmbh agiert unter den gegebenen Rahmenbedingungen erfolgreich. Sie ist auf Grund ihrer speziellen Ausrichtung und Aufgabenstellungen nicht gewinnorientiert ausgerichtet, das finanzielle Ziel ist ein ausgeglichenes Ergebnis. Der Großteil der Kosten ist durch Zuschüsse und Sponsorengelder gedeckt, lediglich im Bereich der Gebälsehalle ist ein Deckungsbeitrag im niedrigen sechsstelligen Bereich zur Kostendeckung des Betriebs der Halle zu erzielen.

Wirtschaftsbericht

Ertragslage

Zuschüsse und die Einnahmen aus Sponsorengeldern bilden, neben den Umsätzen der Gebälsehalle, die finanzielle Basis der wito gmbh.

Die Umsatzerlöse und betrieblichen Erträge waren in 2019 mit 1.713 TE deutlich unter denen des Vorjahrs mit 2.157 TE. 2018 war deutlich höher, da es in dem Jahr Einmal Effekte im Zuge des Veruntreuungsfalls sowie wegen korrigierter Buchungen aus den Vorjahren gab. Zudem wurden in 2018 556 TE Umsätze mit der Gebälsehalle generiert, in 2019 nur 446 TE. Die geringeren Hallenumsätze hatten jedoch keinen Einfluss auf den erzielten Deckungsbeitrag in diesem Tätigkeitsbereich. Die Erlöse und Erträge bewegten sich im Jahr 2019 wieder auf dem als normal anzusehenden Niveau von 2017.

In 2019 entwickelten sich die Personalkosten niedriger als im Vorjahr. Das lag zum einen daran, dass die Position eines Wirtschaftsförderers ein halbes Jahr nicht besetzt werden konnte. Zum anderen konnten die Personalkosten gesenkt werden, da mit dem Weggang der veruntreuenden, gut bezahlten Bilanzbuchhalterin in Vollzeit nur eine Bürokräft in Teilzeit eingestellt wurde. Aufgaben, die die Buchhalterin bis 2018 wahr-



genommen hat, wurden an ein Steuerbüro ausgegliedert. Die Beratungs- und Buchführungskosten stiegen dementsprechend. In der Summe entwickelten sich die Aufwendungen wie geplant.

Insgesamt ist die Ertragslage als gut zu bezeichnen, da die Zuschüsse nicht komplett zur Deckung der Aufwendungen verwendet werden mussten. Ursächlich für diesen Einmaleffekt sind insbesondere nicht geplante periodenfremde Erträge und die geringeren Personalkosten.

Finanzlage

Der Cashflow aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist mit -1.314 TE in 2019 negativ (Vorjahr: -1.006 TE).

Das Jahresergebnis fällt 2019 ausgeglichen aus, Entnahmen aus der der Kapitalrücklage sind nicht zu tätigen.

Da die wito gmbh erhebliche liquide Mittel für kommunale Projekte vorhält, war die Liquidität in 2019 sehr gut.

Vermögenslage

Die Vermögenswerte der wito gmbh basieren in erster Linie auf dem Equipment und der Technik der Gebläsehalle sowie der IT- und Büroinfrastruktur eines typischen Dienstleistungsunternehmens. Primär In diese Vermögenswerte wurde 2019, allerdings in geringerem Ausmaß als in den Vorjahren, investiert.

Bei dem unter: „II.2 sonstige Vermögensgegenstände“ ausgewiesenen Konto 1291 handelt es sich um eine risikolose, kurzfristig liquidierbare Finanzanlage bei der Allianz Versicherung. Diese wurde auf Empfehlung der Hausbank getätigt, um sonst anfallende Negativzinsen zu vermeiden.

Einem großen Teil des Umlaufvermögens bzw. dem Guthaben bei Kreditinstituten und der Finanzanlage bei der Allianz stehen Verbindlichkeiten gegenüber den kommunalen Gesellschaftern entgegen. Die Mittel werden den Gesellschaftern nach Abschluss kommunaler Investitionsprojekte ausgezahlt. In 2019 wurden den kommunalen Gesellschaftern 1,7 Mio. Euro ausgezahlt, die Bilanzsumme verringert sich dementsprechend.

Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens

Insgesamt betrachtet ist die Lage des Unternehmens als sehr gut zu bezeichnen, die finanzielle Lage ist bis einschließlich 2021 gesichert.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Risiken und Chancen

Falschberatungen im Bereich Fördermittel- und Unternehmensberatung sowie fehlerhaftes Handeln des Personals u.a. im Bereich der Geschäftstätigkeit rund um die Gebläsehalle könnten grundsätzlich zu Regressforderungen führen.



Internes Risikomanagement, regelmäßige Schulungen und Weiterbildungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Zusammenarbeit mit Fachfirmen, die allgemeinen Geschäftsbedingungen, entsprechende Verträge mit unseren Kunden sowie Versicherungen reduzieren die potentiellen Risiken auf ein übliches Maß.

Ein wesentliches, wirtschaftliches Risiko resultiert aus dem Pachtvertrag der Gebläsehalle. Deren Umsätze entwickeln sich erfahrungsgemäß in Abhängigkeit

von der konjunkturellen Lage und sind somit für die wito gmbh nur bedingt beeinflussbar. Bei Einbruch der Konjunktur wäre mit einem deutlichen Rückgang der Umsätze und in Folge der Deckungsbeiträge zu rechnen. Genau dieses ist zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts eingetreten, die Umsätze der Halle sind in Folge der Coronakrise 2020 eingebrochen. Wann wieder normale Veranstaltungen stattfinden können, ist völlig offen. Allein für 2020 wird von einem zusätzlichen Zuschussbedarf von ca. 120 TE ausgegangen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Zuschüsse entsprechend erhöht werden.

Des Weiteren könnten Bauerhaltungs-, Energie- und andere Betriebskosten ggf. Dimensionen annehmen, die weder durch Einsparungen noch durch Erhöhung der Einnahmen durch Geschäfte mit Dritten ohne weiteres ausgeglichen werden können.

Augenmerk wird insbesondere auf die Zahlungsfähigkeit bei Kunden und Dienstleistern aus dem Bereich der Gebläsehalle gelegt. Ein striktes Forderungsmanagement kommt konsequent zum Einsatz. Die Zusammenarbeit mit einem Inkasso-Unternehmen ergänzt die internen Maßnahmen.

Regelmäßig diskutieren die Finanzbehörden eine Umsatzbesteuerung von Zuschüssen öffentlicher Aufgabenträger an ihre Töchter. Sollte es hier zu einer Umsatzbesteuerung kommen und die Zuschüsse des Landkreises mit 19% MwSt. belegt werden, wäre eine Unterfinanzierung der wito gmbh im 6-stelligen Bereich die Folge.

Die Höhe des Sponsorings der Sparkasse HGP in Höhe von jährlich 131TE netto wird derzeit nicht diskutiert, jedoch ist davon auszugehen, dass vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Lage des Bankensektors in den kommenden Jahren neu verhandelt wird.

Die kommunalen Gesellschafter haben ihre Zuschüsse für bis einschließlich 2021 erhöht. Hier besteht das Risiko, dass die Zuschüsse 2022 ff. wieder auf das alte Niveau zurückfallen, eine Unterfinanzierung wäre die Folge.

Die wito gmbh wird aller Voraussicht nach in 2020 nach §130 und §30 OWiG wegen der Aufsichtspflichtverletzung im Rahmen des Veruntreuungsfalles der Buchhalterin mit einer Geldbuße in unbekannter, noch zu verhandelnder Höhe belegt werden.

Die wito gmbh hält liquide Mittel vor, die der Co-Finanzierung kommunaler Projekte dienen. Ende 2019 stehen den Gesellschaftern noch 2.332 TE (sein Kto. 1666, Verb.geg.GmbH-Ges. – 1 Jahr) zu. Nach Abruf der verbliebenen Mittel durch die Kommunen könnte es zu Liquiditätsengpässen bei der wito gmbh kommen.



Prognose

Bis einschließlich 2021 ist die finanzielle Gesamtlage der wito gmbh unter der Berücksichtigung der unter 3.1 genannten Risiken gesichert, es ist mit ausgeglichenen Ergebnissen zu rechnen. Auch eine Kürzung der Sponsoringbeiträge könnte in einem bestimmten Rahmen durch Einsparungen kompensiert werden, das hätte jedoch eine Einschränkung des Handlungsspielraumes zur Folge.

Die Umsätze und das Ergebnis werden sich in der Zukunft weitestgehend auf dem erreichten Stand einpendeln. Die Ausrichtung, in möglichst allen Geschäftsfeldern Deckungsbeiträge zu erzielen, wird weiterverfolgt werden, stößt aber an natürliche und politisch-strukturelle Grenzen.

Der Geschäftsbereich „Gebälsehalle“ hat sich in den letzten Jahren unter Deckungsbeitragsgesichtspunkten positiv entwickelt und auf einem guten Niveau stabilisiert. Die Stabilisierung ist eng verbunden mit einer neuen Mitarbeiterin im Team der Gebälsehalle, Ziel ist es, diese Mitarbeiterin zu halten und an die wito gmbh zu binden. In wie fern das unter den gegebenen Bedingungen – das Gehalt der Mitarbeiterin muss die Gebälsehalle letztlich selbst erwirtschaften – gelingt, bleibt abzuwarten. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts sind die Umsätze der Halle im Zuge der Corona-Krise und des Verbots der Durchführung von Veranstaltungen eingebrochen. Wann wieder ein Normalbetrieb möglich ist, ist von der wito gmbh nicht zu beeinflussen und somit völlig offen. Es ist jedoch auszugehen, dass der Landkreis die Zuschüsse in kosten deckendem Ausmaß erhöht.

Auch bei der Baubetreuung der Halle bei notwendigen Bauerhaltungsmaßnahmen gerät die wito gmbh an fachliche und zeitliche Grenzen. Erschwerend kommt die hohe Auslastung potentieller externer Partner, insbesondere von Architekten, hinzu, die schlichtweg kein Interesse an einer Baubetreuung haben. Hier ist mittelfristig an einer gemeinsamen Lösung mit der Gemeinde zu arbeiten.

Die wito gmbh orientiert sich bei den Gehältern am TVöD. Die zu erwartenden tariflichen Steigerungen sind in einem bestimmten Rahmen bei den Personalkosten eingeplant und bis einschließlich 2021 gedeckt.

Die Aufgabenstellungen der wito gmbh sind eng mit dem Aufsichtsrat und somit mit der Politik des Landkreises abgestimmt. Diese Aufgaben sind mit dem geplanten Mitarbeiterstamm und dessen Qualifikationen gut zu erfüllen, die zeitlichen Ressourcen sind ausgelastet. Die Übernahme neuer, zeitlich anspruchsvoller Aufgaben würde zwangsweise entweder mit der Abgabe anderer Aufgaben einhergehen oder das Personal müsste aufgestockt werden. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts steht beides nicht zur Diskussion.

Ab Ende 2020 muss erneut über die Finanzierung der wito gmbh für die Jahre 2022 diskutiert und spätestens Ende 2021 entschieden werden. Es gilt zu

vermeiden, dass die Aufgabenstellungen und die Finanzierung der wito gmbh Diskussionsinhalt des ab Ende 2020 zu erwarteten Wahlkampfes wird.

Vor dem Hintergrund der gescheiterten Fusionsbemühungen des Landkreises mit anderen Gebietskörperschaften rückt die Stärkung und zukunftsorientierte Positionierung



des Peiner Landes in den Fokus. Hier ist es das Ziel der wito gmbh, gemeinsam mit dem Landkreis Peine, den Kommunen, der Politik und allen anderen Playern des Peiner Landes zusammen zu arbeiten um gemeinsam für einen lebenswerten, wirtschaftlich gesunden und zukunftsfesten Landkreis zwischen den starken Städten Hannover und Braunschweig zu arbeiten.

Die erfolgreich gestarteten Aktivitäten, die Unternehmen mit Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtung zu vernetzen, werden an Bedeutung gewinnen, zumal ab 2020 der Technologietransferbereich der TU Braunschweig und der Ostfalia erheblich personell aufgestockt wird.



2.4 Avacon AG

www.avacon.de



Stammkapital: 357.615.620 €

Beteiligungsverhältnisse: 0,89 % Landkreis Peine

Handelsregister: Amtsgericht Braunschweig, HRB 100769

Gründungsjahr: 1999

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung, Förderung, Gewinnung, Speicherung, Fortleitung und Verteilung von elektrischer Energie, Gas, Wasser, Dampf und Wärme, zur Abwasserbehandlung und -entsorgung sowie von Entsorgungsanlagen, der An- und Verkauf von elektrischer Energie, Gas und Wasser sowie Dampf und Wärme, die Betätigung auf dem Gebiet der Informationsverarbeitung und der Telekommunikation, die Erbringung von Dienstleistungen aller Art in den vorgenannten und in damit zusammenhängenden Geschäftsfeldern, die Vornahme aller sonstigen Geschäfte, die mit der Betätigung in den vorgenannten Geschäftsfeldern zusammenhängen oder geeignet sind, diese zu fördern.

Aktien des Landkreises Peine:

Der Landkreis Peine hält 3.205.423 € am Stammkapital. Dies entspricht 1.297.742 Stückaktien. Der Wert beträgt 19.050.852,56 €. Er beruht auf dem zuletzt für Aktienverkäufe zugrunde gelegten Wert von 14,68 € je Aktie.

Gesellschafter:

Private Gesellschafter der Avacon AG sind
Die E.ON Beteiligungen GmbH (40 %) und
die Bayernwerk AG (21,5 %).

Der Anteil der kommunalen Aktionäre beträgt 38,5 %.

Besetzung der Organe:

Der Vorstand besteht aus
Herrn Marten Bunnemann (Vorsitzender und Finanzvorstand),
Herrn Frank Aigner (bis 29.02.2020 Personalvorstand und Arbeitsdirektor),
Frau Julia Kranenberg (ab 01.03.2020 Personalvorständin und Arbeitsdirektorin) und
Herrn Dr. Stephan Tenge (Technikvorstand).



Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Dr. Thomas König

Aufsichtsratsvorsitzender
Mitglied des Vorstands der E.ON SE
Chief Operating Officer – Networks

Jan Rücker

stv. Aufsichtsratsvorsitzender
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats /
Vorsitzender des Betriebsrats Hannover Süd
Avacon Netz GmbH

Ulrich Mäde

stv. Aufsichtsratsvorsitzender
Oberbürgermeister der Hansestadt Lüneburg

Cord Bockhop

Landrat des Landkreises Diepholz

Uwe Bornholdt

stv. Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats /
Vorsitzender des Betriebsrats Lüneburg
Avacon Netz GmbH

Cesareo Fernandez Fernandez

Mitglied des Betriebsrats Salzgitter
Avacon Netz GmbH

Dirk Heidmann

stv. Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats /
Vorsitzender des Betriebsrats Genthin/Barleben
Avacon Netz GmbH

Kathrin Kemper

Gewerkschaftssekretärin der
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirk Region Süd-Ost-Niedersachsen

Ralf von Kittlitz

Mitglied des Betriebsrats der
Celle-Uelzen Netz GmbH

Dr. Ingo Luge

Aufsichtsrat und Unternehmensberater

Dr. Alexander Montebaur

Vorsitzender des Vorstands der E.DIS AG

Sigrid Nagl

Geschäftsführerin / HR Director der
E.ON Country Hub Germany GmbH

Dr. Jörg Nigge

Oberbürgermeister der Stadt Celle

Anike Ostrowski

Geschäftsführerin der
KBA Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH
an der AVACON AG

Dirk Reimers

Gewerkschaftssekretär der
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirk Hannover/Leine-Weser

Christiana Steinbrügge

Landrätin des Landkreises Wolfenbüttel

Rolf Sunderbrink

Teamleiter Unternehmenscontrolling
Avacon AG

Annette Walter

Corporate Headquarter Integrator
E.ON SE

Jens Wilker

Sachbearbeiter Betrieb Verteilnetze
Avacon Netz GmbH

Melina Wulf

Gewerkschaftssekretärin der
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirk Region Süd-Ost-Niedersachsen

Interessenwahrung:

Der Landkreis Peine wird in der Hauptversammlung und im Beirat von Herrn Landrat Einhaus vertreten.



Beteiligungen des Unternehmens:

Zum Jahresende 2019 verfügte die E.ON Avacon AG über umfangreiche Beteiligungen an operativ tätigen Unternehmen, die sich im Einzelnen aus den Informationen über das Geschäftsjahr 2019 ergeben.

Aus der nachstehenden Übersicht sind die konsolidierten Mehrheitsbeteiligungen mit einem Geschäftsanteil oberhalb von 50 % zu entnehmen.

Unternehmen	Geschäftsfelder	Beteiligung
Avacon Beteiligungen GmbH*, Helmstedt	Strom, Gas, Wasser, Wärme, Abwasser, Telekommunikation	100 %
Avacon Connect GmbH, Laatzen	Telekommunikation	100 %
Avacon Natur GmbH, Sarstedt	Wärme- und Kälteversorgung, Stromerzeugung und Contracting	100 %
Avacon Netz GmbH, Helmstedt	Netzgeschäft Strom und Gas, Infrastrukturdienstleistungen	100 %
LandE GmbH**, Wolfsburg	Strom, Gas, Wasser, Wärme	69,57 %
Purena GmbH, Wolfenbüttel	Wasser, Abwasser	94,06 %
SVO Holding GmbH***, Celle	Strom, Gas, Wasser, Wärme	50,10 %
WEVG Salzgitter GmbH & Co. KG, Salzgitter	Strom, Gas, Wasser, Wärme	50,22 %

* hält Beteiligung an der Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG (26,67 %)

** hält Mehrheitsbeteiligung an LSW Holding GmbH & Co. KG (57 %)

*** hält Mehrheitsbeteiligungen an Celle-Uelzen Netz GmbH (94,90 %) und SVO Vertrieb GmbH (100 %)

Insgesamt sind 28 Beteiligungen vorhanden gewesen, bei denen der Anteil auf das Grund-/Stamm- oder Kommanditkapital bei mehr als 1.000.000 € liegt: Aus der nachstehenden Übersicht sind diese finanziell umfangreichsten Beteiligungen zu entnehmen:



gravierende Beteiligungen über 1 Mio. € Stammkapital

	Stammkapital T€	Anteil %
Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG, Magdeburg	50.000	26,67
Avacon Natur GmbH, Sarstedt	2.000	100,00
Biogas Steyerberg GmbH, Steyerberg	1.500	100,00
Bürgerwindpark Bardowick Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Bardowick	3.392	15,00
Bürgerwindpark Häcklingen-Melbeck Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG, Mmelbeck	1.586	10,00
Windenergie Leinetal GmbH & Co. KG, Freden	1.900	26,17
Avacon Netz GmbH, Helmstedt	250.000	100,00
Celle-Uelzen Netz GmbH, Celle	24.968	2,56
e. Kundenservice Netz GmbH, Hamburg	4.472	16,58
Energiewerke Isemhagen GmbH, Isemhagen	2.200	49,00
GasLINE Telekommunikationsnetzges. Dt. Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen	41.000	5,00
LandE GmbH, Wolfsburg-Fallersleben	20.130	69,57
Gasversorgung im Landkreis Gifhorn GmbH, Gifhorn	2.301	95,00
Oebisfelder Wasser und Abwasser GmbH, Oebisfelde	1.050	49,00
Lüneburger Wohnungsbau GmbH, Lüneburg	12.000	3,05
Purena GmbH, Wolfenbüttel	22.977	94,06
Harzwasserwerke GmbH, Hildesheim	38.500	20,80
Landwehr Wassertechnik GmbH, Schöppenstedt	1.023	100,00
Stadtnetze Neustadt a. Rbge. GmbH & Co. KG, Neustadt a. Rbge.	4.100	24,90
Stadtwerke Blankenburg GmbH, Blankenburg (Harz)	1.540	30,00
Stadtwerke Burgdorf GmbH, Burgdorf	3.000	49,00
Stadtwerke Garbsen GmbH, Garbsen	17.800	24,90
Stadtwerke Wolfenbüttel GmbH, Wolfenbüttel	8.200	26,00
Stadtwerke Wolmirstedt GmbH, Wolmirstedt	2.500	49,40
Stadtwerke Wunstorf GmbH und Co. KG, Wunstorf	2.000	15,00
Celle-Uelzen Netz GmbH, Celle	24.968	94,90
Überlandwerk Leinetal GmbH, Gronau	2.560	48,00
WEVG Salzgitter GmbH & Co. KG, Salzgitter	18.189	50,22



Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erledigung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens wird seit Jahren hinlänglich und in unveränderter Weise verfolgt. Der Unternehmenszweck rechtfertigt die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Peine, die nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit und zum voraussichtlichen Bedarf steht.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Die Ertragslage stellt sich für das Jahr 2019 wie folgt dar:

In Mio. €	2019	2018	Veränderung
Umsatzerlöse	10,8	12,0	-1,2
Sonstige Erträge	3,7	9,1	-5,4
Materialaufwand	0,1	0,0	0,1
Personalaufwand	10,5	13,4	-2,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7,1	9,7	-2,6
Finanzergebnis	192,0	165,5	26,5
	188,8	163,5	25,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	49,1	61,8	-12,7
Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss	139,7	101,7	38,0

Die Umsatzerlöse sanken im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Mio. € auf 10,8 Mio. € aufgrund der Verringerung des Dienstleistungsumfangs.

Die sonstigen Erträge verminderten sich um 5,4 Mio. € auf 3,7 Mio. €. Der Rückgang beruht im Wesentlichen auf dem Wegfall positiver Einmaleffekte des Vorjahres, die zum einen die Zuschreibung des anteiligen Unternehmenswertes an der Überlandwerk Leinetat GmbH (-4,5 Mio. €) und zum anderen Buchgewinne aus dem Verkauf des UBS Euroinvest Immobilienfonds (-0,8 Mio. €) umfassten. Zusätzlich gingen im Geschäftsjahr 2019 die Erträge aus der Inanspruchnahme der Archivierungsverpflichtungen zurück (-0,7 Mio. €). Gegenläufig wirkten aperiodische Erträge (+0,6 Mio. €).

Der Personalaufwand verringerte sich um 2,9 Mio. € auf 10,5 Mio. €. Der Rückgang ist im Wesentlichen zurückzuführen auf Mitarbeiterübertragungen von Avacon auf andere Gesellschaften der Avacon-Gruppe. Hieraus resultieren zum einen niedrigere Aufwendungen für Löhne und Gehälter (-2,1 Mio. €) sowie geringere Aufwendungen für Soziale Abgaben (-0,4 Mio. €). Der ebenfalls mit den Mitarbeiterübertragungen im Zusammenhang stehende Rückgang der Anzahl von Anwartschaften im Berichtsjahr führte darüber hinaus zu einer Verminderung der Aufwendungen für Altersversorgung (-0,4 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken im Geschäftsjahr 2019 gegenüber Vorjahr um 2,6 Mio. € auf 7,1 Mio. €. Wesentliche Ursachen für den Rückgang waren sowohl der Wegfall des im Vorjahr einmalig erfassten Aufwands für



Beratungsleistungen im Rahmen der Wachstumsinitiative „groove“ (-0,7 Mio. €), geringere Aufwendungen zur Förderung von Innovations-, Forschungs- und Entwicklungsleistungen gegenüber der Avacon Natur GmbH (-0,2 Mio. €) sowie gesunkene Aufwendungen für Mieten und Pachten (-0,2 Mio. €).

In Mio. €	2019	2018	Veränderung
Beteiligungsergebnis	194,9	163,2	31,7
davon Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	159,5	125,5	34,0
davon Erträge aus anderen Beteiligungen	35,5	37,7	-2,2
davon Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0,1	0,0	0,1
Zinsergebnis	-2,9	2,3	-5,2
Finanzergebnis	192,0	165,5	26,5

Das Finanzergebnis, bestehend aus dem Beteiligungs- und Zinsergebnis, erhöhte sich insgesamt um 26,5 Mio. € auf 192,0 Mio. €.

Der Anstieg des Beteiligungsergebnisses um 31,7 Mio. € gegenüber Vorjahr auf 194,9 Mio. € wird größtenteils durch die gestiegene Gewinnabführung der Avacon Netz GmbH (+32,2 Mio. €) begründet. Der Ergebnisbeitrag aus den sonstigen Beteiligungen lag bei 35,5 Mio. € und damit um 2,2 Mio. € unter Vorjahresniveau. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus verminderten Beteiligungserträgen der WEVG Satzgitter GmbH & Co. KG (-1,5 Mio. €) sowie der GasLine GmbH & Co. KG (-1,2 Mio. €). Gegenläufig stieg der Beteiligungsertrag der Energiewerke Isernhagen GmbH gegenüber Vorjahr an (+0,4 Mio. €). Darüber hinaus ergab sich aus dem im Geschäftsjahr neu abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrag mit der Avacon Connect GmbH eine Verlustübernahme in Höhe von 0,1 Mio. €.

Das Zinsergebnis verringerte sich um 5,2 Mio. € auf -2,9 Mio. €. Die Minderung wurde hauptsächlich hervorgerufen durch gesunkene Zinserträge aus Steuern (-7,8 Mio. €). Gegenläufig wirkten Kurssteigerungen und gestiegene Erträge der im Rahmen des CTA erfolgten Fondsanlagen (+2,9 Mio. €) bei nahezu gleichbleibenden Aufwendungen aus der Diskontierung von Pensionsrückstellungen (-0,1 Mio. €).

Insgesamt erzielte Avacon nach Abzug der Steuern in Höhe von 49,1 Mio. € einen Jahresüberschuss in Höhe von 139,7 Mio. €.

Die Minderung der Steuerbelastung um 12,7 Mio. € auf 49,1 Mio. € resultiert aus dem Rückgang der steuerlichen Bemessungsgrundlage der Avacon Netz GmbH im Vergleich zum Vorjahr. Dies begründet sich überwiegend durch den Wegfall von Sondereffekten der steuerlichen Bewertung der CTA-Fondsanlagen sowie durch die Veränderungen aus diversen abweichenden steuerlichen Rückstellungsbewertungen. Gegenläufig wirkte bei Avacon unter anderem der Wegfall der steuerlichen Sondereffekte des Vorjahres aus der Veräußerung des LAS-Fonds sowie aus Beteiligungsbewertungen.

Im Geschäftsjahr wurde ein Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von -65,8 Mio. € (Vorjahr 86,6 Mio. €) erzielt. Der Anstieg ist auf die Verbesserung des operativen Ergebnisses zurückzuführen. Demgegenüber wurde ein Cashflow aus Investitionstätigkeit von 168,6 Mio. € (Vorjahr 200,2 Mio. €) erzielt. Die Entwicklungen



sind zum einen auf den Entfall einmaliger Zinszahlung aus der Betriebsprüfung in Höhe von 11,6 Mio. € aus dem Jahr 2018 zurückzuführen und zum anderen auf die Einzahlung in die Kapitalrücklage der Avacon Natur GmbH in Höhe von 12,8 Mio. €.

Zum Bilanzstichtag befand sich Avacon in einer kurzfristigen Geldaufnahme bei der E.ON SE in Höhe von 33,1 Mio. € (Vorjahr Geldanlagen in Höhe von 166,2 Mio. €). Die kurzfristigen Geldanlagen/ -aufnahmen im Rahmen des E.ON-Konzern Cash-Poolings erfolgten zu marktüblichen Konditionen. Die Liquidität war durch die Teilnahme am E.ON-Konzern Cash-Pooling während des gesamten Geschäftsjahres gewährleistet, ohne dass langfristige Verbindlichkeiten aufgenommen werden mussten. Es besteht bei der E.ON SE eine hinreichende Kreditlinie.

Die Hauptversammlung hat am 07.05.2020 beschlossen, aus dem Bilanzgewinn von 177,5 Mio. € auf Basis des dividendenberechtigten Kapitals zum 31. Dezember 2019 einen Betrag von 130,9 Mio. € (0,91€ je dividendenberechtigte Aktie) auszuschütten. Der verbleibende Betrag in Höhe von 46,6 Mio. € ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Das Unternehmen befindet sich in einer soliden Lage. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat in der der Hauptversammlung eine positive Prognose für die kommenden Jahre gestellt.



Bilanzdaten

Bilanz zum 31.12.2019

Aktiva	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen	28	32
II. Finanzanlagen	1.404.150	1.385.593
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	65.067	234.888
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	472	450
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
D. Unterschied Vermögensrechnung	1.026	51
	1.470.743	1.621.014

Passiva	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	357.616	357.616
II. Eigene Anteile	-2.275	-2.349
III. Kapitalrücklage	349.451	349.451
IV. Gewinnrücklagen	426.096	425.729
V. Bilanzgewinn	177.500	168.704
C. Rückstellungen	80.508	90.509
D. Verbindlichkeiten	81.847	231.354
E. Rechnungsabgrenzungsposten		
	1.470.743	1.621.014



Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2019

	31.12.2019 T€	31.12.2018 T€
1. Umsatzerlöse	10.842	11.990
2. Sonstige betriebliche Erträge	3.689	9.110
3. Materialaufwand	59	6
4. Personalaufwand	10.483	13.362
5. Abschreibungen	20	14
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.083	9.716
7. Finanzergebnis (aus Beteiligungen)	191.974	165.478
8. Ergebnis vor Steuern	188.860	163.480
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	49.176	61.821
10. Ergebnis nach Steuern/Jahresüberschuss	139.684	101.659
11. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	37.817	67.045
12. Eigene Aktien (Ertrag aus Wegfall der offenen Absetzung durch Veräußerung)	366	0
13. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	366	0
aus der Veräußerung eigener Aktien	366	0
aus dem Jahresüberschuss		
14. Sonstige Steuern		
15. Bilanzgewinn	177.501	168.704



2.5 Allianz für die Region GmbH

www.allianz-fuer-die-region.de

Stammkapital: 27.600 €

Beteiligungsverhältnisse: 4 % Landkreis Peine

Handelsregister: Amtsgericht Braunschweig, HRB 9371

Gründungsjahr: 2002, Umfirmierung 2005

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind Projektmanagement und -umsetzung, Marketing sowie Forschung und Wissensmanagement für die Region, die aus den Städten Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg und den Landkreisen Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel gebildet wird. Zu diesem Zweck wird die Gesellschaft über Aktivitäten in den Bereichen Fachkräftesicherung und -gewinnung, Regionalmarketing, Wirtschaftsförderung und Ansiedlung sowie Mobilität auf eine Stärkung der regionalen Wirtschaft und die Förderung nachhaltigen Wirtschaftswachstums hinwirken, und hierdurch bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Diese Aktivitäten beschreiben zugleich den öffentlichen Zweck der Gesellschaft.



**Gesellschafter:**

	EUR	%
Wolfsburg AG	2.600,00	9,41
VW Financial Services Aktiengesellschaft	2.400,00	8,69
Salzgitter AG	1.100,00	3,99
Öffentliche Sachversicherung Braunschweig	1.100,00	3,99
Arbeitgeberverband Braunschweig	1.100,00	3,99
IG Metall Deutschland	1.100,00	3,99
Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg	2.400,00	8,69
Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg	1.100,00	3,99
Stadt Braunschweig	3.700,00	13,40
Stadt Salzgitter	1.100,00	3,99
Stadt Wolfsburg	1.100,00	3,99
Landkreis Gifhorn	1.100,00	3,99
Landkreis Goslar	1.100,00	3,99
Landkreis Helmstedt	1.100,00	3,99
Landkreis Peine	1.100,00	3,99
Landkreis Wolfenbüttel	1.100,00	3,99
Regionalverband Großraum Braunschweig	1.100,00	3,99
IHK Braunschweig	550,00	1,98
IHK Lüneburg - Wolfenbüttel	550,00	1,98
Madsack Mediengruppe Ostniedersachsen	350,00	1,26
BZV Medienhaus	750,00	2,72
	27.600,00	100,00

In 2018 konnten mit der Madsack Medien Ostniedersachsen GmbH & Co. KG und die BZV Medienhaus GmbH zwei neue Gesellschafter gewonnen werden, welche ab dem 1. Januar 2019 dem Gesellschafterkreis beigetreten sind.



Besetzung der Organe:

a) Geschäftsführer der Allianz für die Region GmbH sind:

- Herr Dr. Frank Fabian
- Herr Dr. Oliver Syring.

Gesamtprokura gemeinsam mit einem Geschäftsführer wurde erteilt an:

- Herrn Manfred Günterberg
- Herrn Thomas Krause.

b) Der Aufsichtsrat setzt sich derzeit wie folgt zusammen:

- Herr Ulrich Markurth (Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Vorsitzender),
- Herr Gunnar Kilian (Volkswagen AG, Vorstandsmitglied),
- Herr Frank Fiedler (Finanzvorstand Volkswagen Financial Services AG) (bis 28.02.2019),
- Herr Jürgen Brinkmann (Vorstandsvorsitzender Volksbank Braunschweig-Wolfsburg),
- Herr Gerhard Döpkins (Vorstandsvorsitzender Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg) (bis 31.08.2019),
- Herr Knud Maywald (Vorstandsvorsitzender Öffentliche Sachversicherung)
- Herr Wolfgang Niemsch (Vorstandsvorsitzender Arbeitgeberverband Region Braunschweig e.V. sowie geschäftsführender Gesellschafter der Ianico-Maschinenbau Otto Niemsch GmbH)
- Herr Michael Kieckbusch (Vorstand Salzgitter AG),
- Herr Bernd Osterloh (Vorsitzender des Gesamt- und Konzernbetriebsrates der Volkswagen AG),
- Herr Frank Klingebiel (Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter),
- Gerhard Radeck (Landrat des Landkreises Helmstedt),
- Herr Franz Einhaus (Landrat des Landkreises Peine),
- Herr Dr. Andreas Ebel (Landrat des Landkreises Gifhorn),
- Herr Thomas Brych (Landrat des Landkreises Goslar),
- Frau Christiana Steinbrügge (Landrätin des Landkreises Wolfenbüttel),
- Herr Klaus Mohrs (Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg),
- Herr Detlef Tanke (Vorsitzender der Versammlung Regionalverband Großraum Braunschweig)
- Aline Henke (Präsidentin IHK Lüneburg-Wolfsburg) (bis 24.01.2019)
- Wolfgang Räschke (1. Bevollmächtigter IG Metall Salzgitter-Peine) (bis Januar 2019)
- Stefan Gratzfeld, Vorstand Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg (ab 14.08.2019)
- Claas Schmedtje, Geschäftsführer BZV Medienhaus (ab 14.08.2019)
- Eva Stassek, Vorstandsvorsitzende Netzwerk Allianz für die Region e.V. (ab 19.09.2019)
- Helmut Streiff, Präsident Industrie- und Handelskammer Braunschweig (ab 14.08.2019)
- Dr. Frank Wosthoff, Leiter Unternehmenskommunikation Volkswagen Financial Services AG (ab 14.08.2019)



Interessenwahrung:

Der Landkreis Peine wird im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung von Herrn Landrat Franz Einhaus vertreten.

Beteiligungen des Unternehmens:

Die Finanzanlagen beinhalten folgende Beteiligungen:

- PROSPER X GmbH, Braunschweig
- DLAC Dienstleistungsagentur Chemie GmbH, Braunschweig

Gegenstand der im Jahr 2007 gegründeten PROSPER X GmbH, Braunschweig, (vormals CARLECTRA GmbH, Gifhorn) ist die Anbahnung und Umsetzung von Projekten und die Bereitstellung von Beratungs- und Servicedienstleistungen in den Bereichen Fahrzeugentwicklung, Verkehr & Mobilität und Energiewesen.

Die in 2006 gegründete DLAC Dienstleistungsagentur Chemie GmbH, Braunschweig, erbringt Dienstleistungen im Bereich der Chemikaliensicherheit.

Die Anteile an der paläon GmbH, Schöningen, wurden im Vorjahr aufgrund struktureller Schwierigkeiten der Gesellschaft komplett in Höhe von TEUR 93 wertberichtigt. Im Geschäftsjahr wurden die Anteile veräußert. Es wurde ein Erlös von TEUR 13 erzielt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erledigung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens wird seit Jahren hinlänglich und in unveränderter Weise verfolgt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Wirtschaftsplan für 2019 wurde ein Überschuss von TEUR 8 geplant. Das Ergebnis weist demgegenüber einen Fehlbetrag von TEUR 8 aus. Bei einem Umsatz von jährlich mehr als 6 Mio. € ist diese Verschlechterung zu vernachlässigen.

Als Folge einer Fokussierung des Produktportfolios und Straffung von Aktivitäten sind die Umsätze gegenüber dem Vorjahr vermindert. Dies wird durch reduzierte Materialaufwendungen und sonstige betriebliche Aufwendungen kompensiert.

Was die weitere Perspektive und Entwicklung der Allianz für die Region GmbH angeht, kann insgesamt eine positive Prognose gestellt werden. Die Umsetzung von Projekten sowie die Entwicklung von nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen bleiben weiterhin abhängig davon, dass die Gesellschafter den vereinbarten Grundkonsens und die vereinbarte Finanzierung auch in möglicherweise wirtschaftlich angespannter Situation tragen.

Im Geschäftsjahr 2020 sind auf konservativer Basis Einnahmen inklusive Projekteinnahmen in Höhe von TEUR 6.876 bei einem Jahresüberschuss von TEUR 6 geplant.



Bilanzdaten

Bilanz zum 31.12.2019

Aktiva		31.12.2019	31.12.2018
		€	€
A.	Anlagevermögen		
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	162.376,00	382.179,00
II.	Sachanlagen	114.669,00	126.100,00
III.	Finanzanlagen	183.070,60	183.070,60
B.	Umlaufvermögen		
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	740.926,63	1.170.581,67
II.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	652.472,72	440.536,26
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	42.374,76	24.521,80
D.	Aktiver Unterschiedbetrag aus der Vermögensrechnung	19.009,60	6.655,99
		1.914.899,31	2.333.645,32
Passiva		31.12.2019	31.12.2018
		€	€
A.	Eigenkapital		
I.	Stammkapital	27.600,00	27.600,00
II.	Gewinnvortrag	977.987,78	976.296,68
III.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 8.357,92	1.691,10
B.	Rückstellungen	410.485,31	431.021,58
C.	Verbindlichkeiten	507.184,14	545.940,96
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	-	351.095,00
		1.914.899,31	2.333.645,32



Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2019

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
1. Umsatzerlöse	6.265.032,75	7.153.324,71
2. Sonstige betriebliche Erträge	107.783,67	61.015,06
3. Materialaufwand	2.253.166,68	2.654.696,10
4. Personalaufwand	2.951.428,59	2.897.861,08
5. Abschreibungen	246.309,05	236.031,47
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	953.973,05	1.336.662,09
7. Erträge aus Beteiligungen	19.000,00	12.186,76
8. Zinserträge	6.950,79	80,90
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	441,02	93.818,22
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	928,00	4.477,37
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,98	0,00
12. Ergebnis nach Steuern/Jahresüberschuss	-7.478,20	3.061,10
13. Sonstige Steuern	879,72	1.370,00
14. Jahresüberschuss	-8.357,92	1.691,10



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 der Allianz für die Region GmbH

Grundlage des Unternehmens

Der Südosten von Niedersachsen mit den Städten und Landkreisen Braunschweig, Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine, Salzgitter, Wolfenbüttel und Wolfsburg ist Industrie- und Forschungsregion, Dienstleistungs- und Freizeitregion, Bildungs- und Kulturregion zugleich. Der Standort verknüpft traditionelle Wirtschaftszweige mit neuen Branchen, innovative Forschungsschwerpunkte mit vorhandenen Stärken. Die Allianz für die Region GmbH bündelt Kräfte aus Politik und Verwaltung sowie Wirtschaft und Wissenschaft und schafft so wichtige Voraussetzungen für eine starke Region. In zahlreichen Initiativen ebnet sie den Weg, um Leben, Arbeit und Wirtschaft noch attraktiver zu gestalten. Dafür organisiert und realisiert das Unternehmen gemeinsam mit Partnern Projekte und Programme in neu definierten Aktionsfeldern. In der Aufsichtsratssitzung vom 12.12.2018 wurde die neue strategische Ausrichtung der Allianz für die Region GmbH vorgestellt und beschlossen. Ziel der neuen Strategie ist unter anderem die Fokussierung der Tätigkeiten der Allianz für die Region GmbH. Künftig sollen die Aktionsfelder „Fachkräfte“ und „Mobilität“ noch stärker in den Fokus genommen werden. Auch die Außendarstellung und Vermarktung der Region sowie Wirtschaftsförderung und Ansiedlung sollen zukünftige Aktionsfelder darstellen

Regionale Zusammenarbeit – Allianz für die Region GmbH und Wolfsburg AG

Die Wolfsburg AG ist Gesellschafter der Allianz für die Region GmbH. Vorrangige strategische Ziele dieses Engagements sind die Weiterentwicklung der Lebensqualität sowie die Sicherung beziehungsweise Schaffung von Arbeitsplätzen in den Städten Braunschweig, Wolfsburg und Salzgitter sowie den Landkreisen Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel. Synergieeffekte aus der Zusammenarbeit beider Unternehmen werden als Wachstumsmotor für die regionale Entwicklung und die eigene unternehmerische Tätigkeit genutzt.

Beide Gesellschaften sind wirtschaftlich und rechtlich eigenständig. Gemeinsam engagieren sie sich mit zahlreichen Partnern über politische und kommunale Grenzen hinweg, um eine stabile Basis für die regionale Entwicklung und das regionale Zusammenwachsen zu schaffen. Die Arbeitsorganisation orientiert sich dabei in beiden Gesellschaften konsequent an den genannten Handlungsfeldern. Die Geschäftsleitung der Allianz für die Region GmbH wurde 2019 in Personalunion durch die Mitglieder des Vorstandes der Wolfsburg AG, Dr. Frank Fabian und Herrn Oliver Syring (Geschäftsführer) sowie Herrn Manfred Günterberg und Herrn Thomas Krause (Prokuristen) ausgeübt.

Um die Region weiterhin als zukunftssicheren und dauerhaft wettbewerbsfähigen Standort weiterzuentwickeln, gilt es, Antworten auf neue Herausforderungen zu finden.



Das betrifft insbesondere die aus dem demografischen Wandel resultierenden Fachkräfteengpässe sowie die mit der digitalen Transformation einhergehenden Veränderungen und neuen Anforderungen an Unternehmen, Arbeitnehmer, Bildung und Mobilität und andere Lebensbereiche. Vor diesem Hintergrund hat sich die Allianz für die Region GmbH im Jahr 2018 mit der Integration und Fokussierung dieser Themen in der Unternehmensstrategie beschäftigt. Außerdem wurde ein Prozess zur Anpassung des Aktivitätsportfolios sowie der Organisationsstruktur und Unternehmenskultur angestoßen. Dies hat zur Folge, dass die Handlungsfelder Freizeit, Gesundheit und Energie in der bisherigen Form zu Beginn des Geschäftsjahres 2019 eingestellt wurden. Das Handlungsfeld Bildung sowie einzelne Projekte wurden in die neue Unternehmensstrategie überführt.

Die Aktionsfelder im Überblick:

Aktionsfeld „Fachkräfte sichern und gewinnen“

Voraussetzung für einen innovativen Wirtschafts- und attraktiven Lebensstandort sind prosperierende Unternehmen mit sicheren und innovativen Arbeitsplätzen. Zentrales Anliegen ist dabei die Fachkräftegewinnung, -bindung und -sicherung. Die Allianz für die Region GmbH verantwortet umfassende Entwicklungs- und Beratungsleistungen in eigener Trägerschaft und in Kooperation mit regionalen Partnern. Seit August 2015 ist die Allianz für die Region GmbH vom Land Niedersachsen als Geschäftsstelle für das Fachkräftebündnis SüdOstNiedersachsen akkreditiert, die Projekte zur Verbesserung regionaler Strukturen, Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitslosen und Beschäftigten zur Fachkräftesicherung berät, plant, entwickelt und realisiert. Zur Bewältigung des immer größer werdenden Fachkräftemangels in kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) bietet die Allianz für die Region GmbH Beratung von Doppelkarrierepaaren, Qualifizierungsmodule zur Erlangung des Qualitätssiegels „Zukunftgeber“, Beratung und Unterstützung von ausländischen Fach- und Führungskräften, Unterstützung von Betrieben mit dem Wunsch ausländische Mitarbeiter einzustellen und zu integrieren und entwickelt und erprobt Konzepte zur Unterstützung der ‚Stillen Reserve‘ und Alleinerziehender im ALG-II-Bezug beim Übergang in den Arbeitsmarkt.

Berufsorientierung:

In allen acht Gebietskörperschaften laufen verstetigte und systematische Berufsorientierungsprogramme, die gemeinsam mit den regionalen Arbeitsagenturen, den Schulträgern und z.T. Sponsoren aus der Wirtschaft betrieben werden. Insgesamt nehmen ca. 13.000 Schülerinnen und Schüler aus über 90 Schulen teil, dies entspricht ca. 53% der Zielgruppe. Darüber hinaus sind über 1000 Betriebe der Region im Rahmen von Betriebspraxistagen, Techniktagen und Berufsorientierungsmessen eingebunden.



promotion school:

Schülerwettbewerb als Angebot, um die schulische Ausbildung der veränderten Arbeitswelt anzupassen. Fokus: Unternehmerische Bildung & Entrepreneurship-Kompetenz (selbstständig & eigenverantwortlich). In den letzten 15 Jahren setzten sich über 7.200 Schülerinnen und Schüler mit dem Thema Design Thinking und Geschäftsmodellentwicklung auseinander und entwickelten dabei mehr als 2.000 (digitale) Geschäftsmodelle.

Aktionsfeld „Wirtschaft fördern und Ansiedlung unterstützen“

Mittelständische Unternehmen wurden auch 2019 erfolgreich bei der Suche nach einem geeigneten Nachfolger unterstützt und im Nachfolgeprozess begleitet. Digitalisierung und die damit verbundenen Veränderungen für Unternehmen im Bereich ihrer Prozesse, Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle sind zu einem beherrschenden Thema geworden. Das internationale Kooperationsprojekt GrowIn 4.0 dient dem transnationalen Austausch und der bedarfsgerechten Entwicklung, Erprobung und Bereitstellung innovativer Angebote zur Unterstützung des Digitalisierungsprozesses in kleinen und mittleren Unternehmen.

Die Gewerbeflächenentwicklung und –vermarktung ist nach wie vor eine grundlegende Aufgabe zur Entwicklung unserer Region. Für das Gewerbegebiet „Barmke-Autobahn“ im Landkreis Helmstedt wurde erfolgreich ein rechtskräftiger und marktfähiger Bebauungsplan entwickelt sowie diverse Unternehmen für eine Ansiedlung analysiert. Diese Gespräche wurden 2019 intensiviert und das Gelände wird aktuell für eine logistische Nutzung vorbereitet.

Auch im Jahr 2019 war die Allianz für die Region GmbH auf eine der größten B2B Messen für Investitionen und Immobilien, der Expo Real, vertreten und hat die Region mit Ihren Gewerbeflächen vermarktet. Erstmals gab es hierzu im Schulterchluss mit den Landkreisen unserer Region sowie der Stadt Salzgitter die Vermarktungsbroschüre „Gewerbegebiete in der Region Braunschweig- Wolfsburg“.

Im Landkreis Peine, genauer im Gewerbegebiet GigaPark+ (ehemals Ilseder Hütte), sind die Planungen für einen Starterhof II weiter vorangeschritten und es werden hierzu erste Investorenansprachen getätigt.

Für die Samtgemeinde Badeckenstadt im Landkreis Wolfenbüttel wurde 2018 eine Gewerbeflächenpotenzialanalyse erstellt. In diesem Rahmen wurde eine als landwirtschaftlich betriebene Ackerfläche an der A39/Westerlinde als bester Standort für eine Entwicklung als Gewerbefläche identifiziert. Nach intensiven Gesprächen mit den beiden Eigentümern der Flächen, wurde mit der Eigentümerin für das Schlüsselgrundstück keine Einigung erzielt. Eine weitere Entwicklung für diese Fläche scheidet damit nach aktueller Sachlage aus und es wird nach einer Alternative gesucht.

Aktionsfeld „Region vermarkten“

Im Aktionsfeld „Region vermarkten“ werden innovative Kommunikationsstrategien zur Positionierung der lebenswerten und wirtschaftsstarken Region Braunschweig-Wolfsburg entwickelt und durch unser einheitliches Regionalmarketing gesteuert. Hinter



dem Aktionsfeld steht ein einzigartiger Zusammenschluss der Wirtschaft und Wissenschaft sowie der öffentlichen Hand.

In 2019 standen die Kampagne für IT-Fachkräfte, die redaktionellen Arbeiten an dem Regionalportal und den Social Media-Kanälen sowie die Anpassungen der App „Die Region“ und deren Vermarktung im Mittelpunkt der Arbeit.

Das Regionalportal wird redaktionell laufend überarbeitet und monatlich um ein bis zwei klassische Beiträge erweitert. Hinzu kommen saisonale Artikel und Teaserkarten zu „Veranstaltungshighlights der Region“, ein wöchentlich wechselnder Veranstaltungstipp auf der Startseite, acht bis zehn Blogbeiträge/ Kooperationsblogs pro Monat sowie ca. 16 Facebook-Posts pro Monat. Über google- Ads und Anzeigen in den sozialen Medien werden die Inhalte des Portals einer breiten Zielgruppe zugänglich gemacht.

Mit Kampagne und Portal erfolgte im November 2017 der offizielle Startschuss für die Marke „Die Region“, die Ergebnis des eng vom Kernteam begleiteten Marken- und Strategieprozesses war, und unter deren inhaltlichem Dach alle Marketingaktivitäten bündelt. Zur weiteren Etablierung der Marke „Die Region“ wurden 2019 weitere Maßnahmen ergriffen:

- PR-wirksame Auftritte von „Die Region“ bei diversen regionalen Veranstaltungen.
- Release der App „die Region Braunschweig-Wolfsburg“:
- Pressegespräch bei der Braunschweigischen Stiftung
- Bewerbung der App über Kampagnen in Kooperation mit dem BZV Medienhaus und Madsack
- Tageszeitung Eckfeldanzeige
- Internet-Bannerwerbung auf News38 / BZ / Radio 38
- News Wall
- Erstellung Soundlogo für die Marke „die Region Braunschweig-Wolfsburg“
- Wetterpatronat im Radio
- Radiospot

Schwerpunktaufgabe war außerdem die Ausarbeitung und Umsetzung einer zweiten Fachkräfte- Kampagne. Ziel ist, dass die Region unter den relevanten Fachkräfte-Zielgruppen als attraktive Berufsregion nachgefragt wird. Der Fokus liegt auf Online-Marketing (bezahlte Anzeigen auf verschiedenen Kanälen/Medien). Als zweite Zielgruppe werden Fachkräfte in der Pflege im gesamten Bundesgebiet angesprochen. Für die Kampagne werden besondere Landing-Pages erstellt, auf denen neue und besondere Inhalte und Beiträge zum Thema „Leben und Arbeiten in der Region“ mit Fokus auf Unternehmen in der Branche „Pflege“ erstellt.



In 2020 sollen bereits begonnene Aktivitäten fortgesetzt und neue Aktionen umgesetzt werden. Der modulare Aufbau des Projektes ermöglicht dabei die Umsetzung in Abhängigkeit der von Gesellschaftern und weiteren Kapitalgebern bereitgestellten Mittel.

Aktionsfeld „Mobilität gestalten“

Die Allianz für die Region GmbH ist von Dezember 2016 bis November 2019 Konsortialpartner in dem vom Land Niedersachsen geförderten Innovationsnetzwerk „Allianz für intelligente Mobilität in Niedersachsen“. Im Juni 2019 wurde beim Land Niedersachsen eine Projektskizze für das Anschlussprojekt „Allianz für intelligente und vernetzte Mobilität“ eingereicht, die im Oktober 2019 positiv beschieden wurde. Die Allianz für die Region GmbH ist in dem von Dezember 2019 bis Juni 2022 laufenden Förderprojekt wieder Konsortialpartner. Bei einem Gesamtfördervolumen in Höhe von 374.000 € beträgt das Fördervolumen der Allianz für die Region GmbH 128.000 €.

Wir sind die Zentrale Steuerungseinheit beim Ausbau des Netzwerkes ITS mobility (größtes Netzwerk für intelligente Mobilität in Norddeutschland mit mehr als 200 Mitgliedern), das als Ausgründung der Allianz für die Region GmbH seinen Standort in Braunschweig hat.

Beim ITS Weltkongress 2019 in Singapur hat die Allianz für die Region GmbH einen Gemeinschaftsstand mit sieben Mitausstellern organisiert. Die Volkswagen AG fungierte dabei als zentraler Partner und nutzte den Gemeinschaftsstand exklusiv für seine Präsentation.

Im Jahr 2019 wurden in Zusammenarbeit mit zentralen Partnern 13 Fachveranstaltungen durchgeführt. Darüber hinaus ist die Allianz für die Region GmbH im Forschungsverbundprojekt „Forschungsparkhaus am Forschungsflughafen in Braunschweig“ als assoziierter Partner engagiert. Das Kernziel des Projektes liegt in der Standardisierung für Parkvorgänge in unterschiedlichen Automatisierungsgraden. Das vom BMVI geförderte Projekt hat ein Gesamtvolumen von 4,5 Mio. Euro und ein Fördervolumen von 2,6 Mio. Euro.

Im April 2019 hat die Allianz für die Region GmbH als Konsortialführer in einem Verbund aus zahlreichen regionalen Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft eine Projektskizze „Region of Mobility 2050 - Die Mobilitätsregion BS-WOB im Wandel“ im Rahmen der BMVI-Richtlinie „Automatisiertes und vernetztes Fahren“ eingereicht. Die Projektskizze hat es aufgrund vielfacher Überzeichnung leider nicht in die nächste Runde geschafft, bildet aber eine ausgezeichnete Blaupause für zukünftige Beteiligungen an ähnlichen Förderrichtlinien.



Wirtschaftsbericht

Ertragslage

Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung haben sich durch die Fokussierung des Projektportfolios und Straffung von Aktivitäten die Umsätze und sonstigen betrieblichen Erträge auf 6.373 T€ vermindert (2018: 7.214 T€). Hierin spiegelt die konsequente Umsetzung des Geschäftsauftrages wider, sich gezielt für die Entwicklung der Region zu engagieren, um sie zur bundesweiten Referenzregion für Arbeit und Lebensqualität zu entwickeln.

Die projektbezogenen Einnahmen 2019 in den Aktionsfeldern Fachkräfte sichern & gewinnen, Wirtschaft fördern & Ansiedlung unterstützen, Region vermarkten und Mobilität gestalten belaufen sich auf 4.384 T€.

Kompensiert wurden die verminderten Umsätze durch Einsparungen in den Bereichen der Materialaufwendungen, der sonstigen betrieblichen Aufwendungen und im Vertrieb.

Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. (2019: 2.951 T€, 2018: 2.898 T€). Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer betrug einschließlich studentischer Hilfskräfte 69 Personen.

Im Rahmen des Geschäftsjahres konnte das geplante Ergebnis von 8 T€ nicht erreicht werden und die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2019 mit einem Verlust von - 8 T€ ab.

Finanzlage

Als Public-Private-Partnership-Modell ist die Gesellschaft zu 100% von externen Finanzierungsquellen abhängig. Diese ergeben sich aus Zuwendungen und Gesellschaftern sowie der Einwerbung von Drittmitteln aus der öffentlichen Förderkulisse.

Aufgrund des gewählten Geschäftsmodelles bestehen zum Bilanzstichtag Forderungen aus Fördermitteln im Wesentlichen gegen Gesellschafter. Die Gesamtforderungen sind von 1.152 T€ im Vorjahr auf 717 T€ Ende 2019 gesunken, bleiben damit aber infolge der Abhängigkeit von den Projekten auf einem weiterhin hohen Niveau.

Der Bankbestand zeigt zum 31.12.2019 ein Guthaben in Höhe von 652 T€. Die ausgewiesene Liquidität dient der Sicherstellung des laufenden Geschäfts. Diese Liquidität ist unabdingbar, um handlungsfähig zu bleiben, denn durch die Akquirierung der Fördermittelprojekte und der einhergehenden Abruffinanzierung geht die Allianz für die Region GmbH in finanzielle Vorleistung. Zusätzlich ist aufgrund dieser Nachschüssigkeit der relative hohe Forderungsstand zu berücksichtigen, sodass die finanzielle Situation der Gesellschaft als gut bezeichnet werden kann.



Zur Finanzierung der Gesellschaft trägt insbesondere das Eigenkapital mit 997 T€ (Eigenkapitalquote von 52,1%; im Vorjahr: 43,1%) bei. Mangels Ausschüttungen tragen im Wesentlichen die aus der Vergangenheit thesaurierten Gewinne zur Stärkung des Eigenkapitales bei.

Die Verbindlichkeiten ergänzen die Finanzierung und resultieren vor allem aus eingekauften Leistungen, um die Projekte erfolgreich abzuwickeln.

Die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 10 T€ gestiegen. Im Wesentlichen sind die gesamten Abschreibungen geprägt durch die Abschreibungen auf den Internetauftritt „die-region.de“.

Vermögenslage

Das geringe Sachanlagevermögen mit 115 T€ erklärt sich überwiegend mit den angemieteten Räumlichkeiten einschließlich der Büroausstattung. Dieser Ansatz ist gewählt, um eine hohe Flexibilität der Gesellschaft sicherzustellen. Gegenüber dem Geschäftsjahr 2018 ist das gesamte Anlagevermögen auf 460 T€ gesunken (2018: 691 T€). Dies liegt im Wesentlichen in der Abschreibung des Regionalportals „die-region.de“ begründet.

Daneben ist die Gesellschaft an den folgenden Unternehmen beteiligt, deren wirtschaftliche Entwicklung kurz erläutert wird:

paläon GmbH

Die Allianz für die Region GmbH hat im Laufe des Geschäftsjahres 2019 die Anteile an der paläon GmbH an die Stadt Schöningen zum Nennwert der Anteile verkauft.

PROSPER X GmbH

Die PROSPER X GmbH konnte ihren Umsatz in 2019 mit über 3,8 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr (3,3 T€) steigern. Nach der in 2019 erfolgten Ausschüttung (für das Geschäftsjahr 2018) i.H.v. je 5 T€ an die fünf Gesellschafter (mit je 20 % Geschäftsanteilen) wird daher auch für das abgeschlossene Geschäftsjahr 2019 eine Ausschüttung erwartet. Im Geschäftsjahr 2018 wurde die Carlectra GmbH in PROSPER X GmbH umbenannt. Die PROSPER X GmbH schließt 2019 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 167 T€ ab.

Dienstleistungsagentur Chemie GmbH

Die Dienstleistungsagentur Chemie GmbH (DLAC) schließt 2018 mit einem Jahresumsatz von 470 T€ ab und setzt dabei ihre stabile Entwicklung (2015: rd. 195 T€; 2016: rd. 232 T€; 2017: rd. 203 T€) fort. Im Geschäftsjahr 2018 konnte die DLAC einen Jahresüberschuss i.H.v. 141 T€ (2017: 14 T€) erwirtschaften und eine Ausschüttung an



die Gesellschafter i.H.v. 14 T€ erfolgte. Auch für 2019 wird ein positives Ergebnis erwartet. Durch Erhöhung des Stammkapitals auf 25.002 € verfügen nunmehr alle drei Gesellschafter über je 8.334 Anteile im Nennbetrag von 1,- €.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen liegen mit 717 T€ weiterhin auf einem hohen Niveau (2018: 1.152 T€). Die Rückstellungen von 410 T€ sind im Vergleich zum Vorjahr (431 T€) auf gleichem Niveau verblieben.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um 9 T€ gestiegen. Auch hier resultiert das Ergebnis aus der Abhängigkeit der Projektstätigkeiten sowie der damit verbundenen Dienstleistungsabrechnung für einzelne Projekte zum Stichtag.

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr um 419 T€ auf 1.915 T€ gesunken.

Gesamtaussagen zur wirtschaftlichen Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2019 wurde gegenüber dem Wirtschaftsplan ein leicht negatives Ergebnis erzielt. Insgesamt ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von -8 T€. Der Gewinnvortrag 2019 beträgt 978 T€ (Vorjahr 976 T€). Die ausgewiesene Liquidität dient der Sicherstellung des laufenden Geschäfts und ist unabdingbar, um handlungsfähig zu bleiben.

Bedingt durch das Geschäftsmodell, welches in Projekten und Maßnahmen eine Vorfinanzierung erfordert, ist in der Aufsichtsratssitzung vom 20.11.2017 die Möglichkeit zur kurzfristigen Aufnahme von Geldern über eine Kontokorrentlinie von bis zu 2,0 Mio. € vom Aufsichtsrat genehmigt worden. Dadurch ist es der Gesellschaft in Zukunft möglich, im Vorgriff auf zugesagte Einnahmen Projekte und Maßnahmen in größerem Maße vorzufinanzieren und den Zeitraum bis zum Mittelrückfluss zu überbrücken.

Zusammenfassend ist das Geschäftsjahr als ein zufriedenstellendes Jahr zu bezeichnen, da durch strategische Neuausrichtung und Fokussierung der Projektaktivitäten die Ziele, Arbeitsplätze und Lebensqualität in der Region zu stärken, intensiver verfolgt werden können.

Risiko- und Chancenbericht

Bei der Bewertung der Umfeldrisiken für die Allianz für die Region GmbH ist die Ausrichtung im Rahmen des Public-Private-Partnership-Modells (Non-Profit Ansatz) in besonderer Weise zu berücksichtigen.

Die in der Aufsichtsratssitzung 2012 beschlossene Umfirmierung der projekt REGION BRAUN- SCHWEIG GmbH in die Allianz für die Region GmbH hervorgegangene Gesellschaft wurde auch im vergangenen Geschäftsjahr in der Zielausrichtung durch den Aufsichtsrat bestätigt. Mit der operativen Umsetzung als Projektgesellschaft sowie der



engen Verzahnung, unter Beachtung von arm's length, mit dem Gesellschafter Wolfsburg AG konnten Synergien geschaffen werden.

Das Bekenntnis der Gesellschafter, ihre Finanzierungszusage unbefristet – mit jährlicher Kündigungsoption – zu erteilen, wurde als weitere risikominimierende Maßnahme umgesetzt. Seit dem 01.01.2019 sind die Madsack Medien Ostniedersachsen GmbH & Co. KG und die BZV Medienhaus GmbH als neue Gesellschafter dem Gesellschafterkreis eingetreten.

Hierdurch und durch die breite Einbindung der Partner generiert die Allianz für die Region GmbH eine gute Ausgangssituation, um Projekte nach dem Handlungsgebot der Wirtschaftlichkeit zu realisieren und auch die Risiken zu minimieren.

Zu diesen Risiken zählt, dass die Allianz für die Region GmbH mögliche kommunale Haushalts- sperren einkalkulieren muss oder sich die Finanzierung einzelner Projekte über Drittmittel verzögern kann. Aus Sicht der Geschäftsführung kann diesem Risiko mit der vorhandenen Liquiditätsreserve begegnet werden und durch den Charakter der Projektgesellschaft mit Maßnahmen entgegengewirkt werden. Für das Geschäftsjahr 2019 sind entsprechende Fälle nicht eingetreten.

Im Übrigen achtet die Geschäftsleitung stets darauf, dass Projekte mit Förderung erst begonnen werden, wenn die entsprechende Zusage vorliegt.

Im Zuge eines gemeinsamen Regionalmarketings hat die Allianz für die Region GmbH im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat eine Hauptfunktion zur Realisierung dieses Projekt übernommen. Dieses bedarf der Refinanzierung durch weitere Einnahmen. Die finanziellen Risiken wurden bereits durch Maßnahmen einer zugesagten zusätzlichen Refinanzierung abgesichert. Durch die Organisation als modulares Projekt kann bei finanziellen Risiken durch die Gesellschaft gegengesteuert werden.

Die bewährte enge Verbindung der Allianz für die Region GmbH und der Wolfsburg AG bietet erhebliche Chancen, die Region im Wettbewerb der Standorte um u.a. Kapital, Nachwuchs, Unternehmen gut zu positionieren. Gleichbleibendes Ziel ist, die Region in der neuen Schwerpunktsetzung durch ausgewählte Best-Practice-Projekte als ‚Referenzregion für Arbeit und Lebensqualität‘ zu positionieren.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung der COVID-19 Pandemie ist die tatsächliche Entwicklung des Geschäftsjahres 2020 aktuell schwer prognostizier- und quantifizierbar. Langfristige Einschränkungen aufgrund des Corona-Virus könnten allerdings negative Auswirkungen auf die Finanzierung von Projekten und damit auf die prognostizierte Vermögens- Finanz- und Ertragslage haben. Die Auswirkungen auf den Geschäftsjahresverlauf werden durch die internen Kontrollsysteme und das Controlling eng begleitet und die Geschäftsführung laufend unterrichtet.



Prognosebericht

Die Wirtschaftsplanung der Allianz für die Region GmbH weist in 2020 ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Die bestehende Liquidität wird weiterhin zur Sicherung der operativen Tätigkeit der Allianz für die Region GmbH bestehen bleiben. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 04.12.2019 dem Wirtschaftsplan 2020 zugestimmt und der Gesellschafterversammlung empfohlen, den Wirtschaftsplan 2020 zu beschließen.

Was die weitere Perspektive und Entwicklung der Allianz für die Region GmbH angeht, kann insgesamt eine positive Prognose gestellt werden. Die Umsetzung von Projekten sowie die Entwicklung von nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen bleiben weiterhin abhängig davon, dass die Gesellschafter den vereinbarten Grundkonsens und die vereinbarte Finanzierung auch in möglicherweise wirtschaftlich angespannter Situation tragen. In Abstimmung mit dem Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung in 2019 eine Überprüfung und Fokussierung des Projektportfolios begonnen, welche die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020 umsetzen wird.

Die Finanzplanung für 2020 basiert einnahmeseitig weiterhin auf Gesellschafter- und sonstigen Beiträgen. Im Geschäftsjahr 2020 sind auf konservativer Basis Einnahmen inkl. Projekteinnahmen in Höhe von 6.876 T€ bei einem Jahresüberschuss von 6 T€ geplant. Inwieweit diese Planungen tatsächlich eintreffen ist aufgrund der COVID-19 Pandemie noch nicht prognostizierbar.



2.6 Hannoversche Informationstechnologien AöR

www.hannit.de

Stammkapital: 53.600 €



Beteiligungsverhältnisse: 1,86 % Landkreis Peine

Steuernummer: 25/202/34495

Gründungsjahr: 2011 (vorher Eigenbetrieb der Stadt Hannover)

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft unterstützt die öffentliche Verwaltung ihrer Träger im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung und der Informations- und Kommunikationstechnik vornehmlich bei der Wahrnehmung ihrer hoheitlichen Aufgaben. Dieses umfasst insbesondere die Entwicklung, Programmierung, Bereitstellung und Pflege der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK). Die Anstalt wird die Speicherung und Verarbeitung von personen- und sachbezogenen Daten insbesondere im Rahmen von Fachanwendungen der öffentlichen Verwaltung sicherstellen.

Die Hannoverschen Informationstechnologien AöR (HannIT) wurden zum 01.01.2000 als Eigenbetrieb des Landkreises Hannover gegründet. Zum 01. November 2001. Ist der Eigenbetrieb auf die Region Hannover übergegangen.

Um das Unternehmen für die zukünftig anstehenden Aufgaben noch besser aufzustellen und auf Erfordernisse des Marktes flexibler und schneller reagieren zu können, wurde der Eigenbetrieb im Wege der Gesamtrechtsnachfolge zum 01.07.2011 in eine gemeinsame kommunale Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) umgewandelt.

Gesellschafter:

Gesellschafter der Anstalt sind niedersächsische Landkreise, Städte und Gemeinden.

Besetzung der Organe:

Vorstand: Dirk Musfeldt (bis 15.04.2020)

Derzeit werden die Geschäfte der Anstalt bis zur Neubesetzung des Vorstands durch die Stellvertreter Frau Monika Bär und Herr Rainer Schnese geführt.

Der Verwaltungsrat besteht aus jeweils einer Vertreterin bzw. einem Vertreter der Mitgliedsgemeinden und -landkreise sowie der Beschäftigtenvertretung der HannIT. Vorsitzende des Verwaltungsrates war bis 30.06.2019 die Erste Regionsrätin der



Region Hannover, Frau Cora Hermenau. Seit 01.07.2019 ist Vorsitzende Frau Helga Diers, Fachbereichsleiterin der Landeshauptstadt Hannover.

Am 31.12.2019 setzte sich der Verwaltungsrat wie folgt zusammen:

- die Region Hannover, vertreten durch Cora Hermenau,
- die Stadt Barsinghausen, vertreten durch Marc Lahmann,
- die Stadt Burgdorf, vertreten durch Silke Vierke,
- die Stadt Burgwedel, vertreten durch Axel Düker,
- die Stadt Celle, vertreten durch Thomas Betram,
- die Stadt Diepholz, vertreten durch Michael Klumpe,
- die Stadt Garbsen, vertreten durch Dr. Christian Grahl,
- die Stadt Gehrden, vertreten durch Cord Mittendorf,
- der Landkreis Hameln-Pyrmont, vertreten durch Andreas Pachnicke,
- die Landeshauptstadt Hannover, vertreten durch Helga Diers,
- die Stadt Hemmingen, vertreten durch Claus-Dieter Schacht-Gaida,
- der Landkreis Hildesheim, vertreten durch Rainer Gollnick,
- die Stadt Hildesheim, vertreten durch Silvia Sauer,
- die Gemeinde Hohenhameln, vertreten durch Lutz Erwig,
- die Gemeinde Isernhagen, vertreten durch Arpad Bogya,
- die Stadt Laatzen, vertreten durch Jürgen Köhne,
- die Stadt Langenhagen, vertreten durch Mirko Heuer,
- die Stadt Lehrte, vertreten durch Frank Prüße,
- die Stadt Neustadt a. Rbge., vertreten durch Maic Schillack,
- die Stadt Pattensen, vertreten durch Heike Hessenkamp,
- der Landkreis Peine, vertreten durch Bernd Leunig,
- die Stadt Ronnenberg, vertreten durch Stephanie Harms,
- die Stadt Seelze, vertreten durch Jörg Mehlaue,
- die Stadt Sehnde, vertreten durch Olaf Kruse,
- die Stadt Springe, vertreten durch Christian Springfeld,
- die Gemeinde Uetze, vertreten durch Werner Backeberg,
- die Gemeinde Wedemark, vertreten durch Christian Bruns,
- die Gemeinde Wennigsen, vertreten durch Christoph Meineke,
- die Stadt Wunstorf, vertreten durch Hendrik Flohr,
- die Gemeinde Edemissen, vertreten durch Frank Bertram,
- die Gemeinde Ilsede, vertreten durch Otto-Heinz Fründt,
- die Stadt Peine, vertreten durch Klaus Saemann,
- die Gemeinde Wendeburg, vertreten durch Gerd Albrecht.

und aus der Beschäftigtenvertretung der hannIT, vertreten durch Jörg Gilgen, Melanie Jung, Andre Kling, Christian Nachtigall, Sascha Nikolaizik und Marco Puschmann.

Interessenwahrung:

Der Landkreis Peine wird daher im Verwaltungsrat von Herrn Bernd Leunig vertreten.



Beteiligungen des Unternehmens:

Die HannIT ist mit 25 % (10.000 €) an der GovConnect GmbH Hannover beteiligt. Das Stammkapital des Unternehmens beträgt 40.000 €.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erledigung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens wird seit Jahren hinlänglich und in unveränderter Weise verfolgt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

HannIT schließt das Wirtschaftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 198 ab. Im hoheitlichen Bereich wurde ein Verlust von T€ 147 erwirtschaftet; der BgA trägt mit einem Gewinn von T€ 345 zum Jahresergebnis bei. Insgesamt konnte der Umsatz gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Das Geschäft der HannIT wird unverändert durch Leistungsaustausch mit den Trägerkommunen bestimmt, der einen Anteil von 91,7 % des Umsatzes ausmacht. Darin spiegelt sich das Geschäftsmodell der Anstalt, das eine klare Fokussierung auf die Unterstützung der Trägerverwaltungen vorsieht. Die Möglichkeit vergaberechtsfreier Inhouse-Geschäfte mit der HannIT, welche die Kernleistungen der erbrachten IT-Services ergänzt, stößt wegen der Entlastung der trägerinternen Vergabestellen nach wie vor auf großes Interesse. Zum Jahresende 2019 kamen mit den Gemeinden Edemissen, Ilsede und Wendeburg sowie die Stadt Peine hinzu, so dass aus dem Landkreis Peine lediglich Lengede und Vechelde keine Träger der Gesellschaft sind.

Die Umsatzerlöse werden durch das Trägergeschäft bestimmt. Insgesamt konnte der Umsatz gegenüber dem gesteigert werden. Die Erlöse aus Dienstleistungen aus auslaufenden Fachverfahren, PC-Services und sonstigen Dienstleistungen sind gestiegen. Ferner ist der Umsatz aus dem Verkauf von Hard- und Software im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Diese Umsatzsteigerung verdeutlicht, dass es für die Trägerkommunen attraktiv ist, die günstigen Konditionen der HannIT zu nutzen und durch den Verzicht auf eigene Vergabeverfahren die Beschaffungsprozesse zu vereinfachen.

Im durchschnittlichen Personalbestand ist mit insgesamt 154 Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr (insgesamt 137 Beschäftigte) erneut ein Anstieg zu verzeichnen. Auch dieses ist ein Anzeichen für die gestiegene Inanspruchnahme durch die Trägerkommunen. Als Folge ist jedoch auch eine deutliche Steigerung der Personalaufwendungen festzustellen.

Der Wert der Sachanlagen ist durch Investitionen deutlich gegenüber dem Vorjahr gestiegen. ein Investitionsrückgang zu verzeichnen. Hier sind Beschaffungen im Kompetenz-Center Anwendungsbereitstellung, Datenbank und Storage sowie anteilige Kosten für die Beschaffung einer Jugendamt-Software betroffen. In der Folge erhöhen sich die Abschreibungen.

**Bilanz zum 31.12.2019**

Aktiva	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.506.171,27	1.688.556,84
II. Sachanlagen	5.910.962,80	4.724.528,08
III. Finanzanlagen	206.750,00	206.750,00
 B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	18.910,59	32.762,16
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.830.600,26	4.032.130,07
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.197.842,16	1.867.068,73
 C. Rechnungsabgrenzungsposten	381.886,17	398.544,17
	14.053.123,25	12.950.340,05
	<hr/>	<hr/>
Passiva	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	53.600,00	53.600,00
II. Kapitalrücklage	2.645.615,94	2.645.615,94
III. Gewinnrücklage	1.671.115,67	1.671.115,67
IV. Gewinnvortrag	4.172.694,33	2.955.026,29
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	197.501,79	1.217.668,04
 B. Rückstellungen	991.596,34	1.049.383,48
 C. Verbindlichkeiten	3.476.790,18	2.132.734,63
 D. Rechnungsabgrenzungsposten	840.209,00	1.225.196,00
	14.049.123,25	12.950.340,05
	<hr/>	<hr/>



Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2019

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
1. Umsatzerlöse	23.341.509,86	21.726.228,42
2. Sonstige betriebliche Erträge	170.795,56	134.670,62
3. Materialaufwand	8.952.513,35	8.505.488,40
4. Personalaufwand	9.100.345,40	7.700.469,57
5. Abschreibungen	2.872.686,25	2.415.379,43
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.337.310,81	1.830.379,66
7. Erträge aus Beteiligungen	10.000,00	0,00
8. Zinserträge	0,00	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	940,54	493,00
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	61.007,28	191.020,94
11. Ergebnis nach Steuern/Jahresüberschuss	197.501,79	1.217.668,04



Lagebericht des Vorstandes für das Wirtschaftsjahr 2019

Vorbemerkungen

Die Hannoversche Informationstechnologien wurden zum 1. Juli 2011 im Wege der Gesamtrechtsnachfolge aus dem vormaligen Eigenbetrieb der Region Hannover in eine gemeinsame kommunale Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) umgewandelt.

Die Anstalt unterstützt die öffentliche Verwaltung ihrer Träger im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung sowie der Informations- und Kommunikationstechnik vornehmlich bei der Wahrnehmung ihrer hoheitlichen Aufgaben. Weitere Einzelheiten regelt die Anstaltssatzung.

Träger der AöR sind neben der Region Hannover, der Landeshauptstadt Hannover und den weiteren 21 regionsangehörigen Städten und Gemeinden die Stadt Celle, der Landkreis und die Stadt Hildesheim, der Landkreis Hameln-Pyrmont, die Stadt und der Landkreis Peine, die Gemeinden Hohenhameln, Edemissen, Ilsede und Wendeburg sowie die Stadt Diepholz.

Der Geschäftsbetrieb gliedert sich in einen hoheitlichen Bereich und in einen so genannten Betrieb gewerblicher Art (BgA).

Geschäftsverlauf

hannIT schließt das Wirtschaftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 198 ab. Im hoheitlichen Bereich wurde ein Verlust von T€ 147 erwirtschaftet; der BgA trägt mit einem Gewinn von T€ 345 zum Jahresergebnis bei. Insgesamt konnte der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 7,4 % gesteigert werden.

Der vom Verwaltungsrat beschlossene Wirtschaftsplan 2019 wurde im Berichtsjahr im Rahmen der jährlichen Planüberprüfung an die aktuellen Erkenntnisse angepasst. Nach der Neuplanung ergab sich ein Jahresüberschuss von T€ 155 (vorher: Jahresfehlbetrag von T€ 956). Die Veränderung wurde dem Verwaltungsrat erläutert und beschlossen. Das danach deutlich über dem ursprünglichen Plan liegende Jahresergebnis ist im Wesentlichen auf tatsächlich niedrigere Personalaufwendungen zurückzuführen, da geplante Einstellungen überwiegend erst im zweiten Halbjahr 2019 erfolgten. Dagegen konnte der geplante Umsatz in Höhe von T€ 22.975 tatsächlich um T€ 366 übertroffen werden.

Das Geschäft der hannIT wird unverändert durch Leistungsaustausch mit den Trägerkommunen bestimmt, der einen Anteil von 91,7 % (Vorjahr: 90,8 %) des Umsatzes ausmacht. Darin spiegelt sich das Geschäftsmodell der Anstalt, das eine klare Fokussierung auf die Unterstützung der Trägerverwaltungen vorsieht. Die Möglichkeit vergaberechtsfreier Inhouse-Geschäfte mit der hannIT, welche die Kernleistungen der erbrachten IT-Services ergänzt, stößt wegen der Entlastung der trägerinternen Vergabestellen nach wie vor auf großes Interesse. Die Voraussetzungen der in § 108 Abs. 4 GWB normierten Möglichkeit einer öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit, auf welche die Vorschriften des öffentlichen Vergaberechts nicht angewendet werden, werden im Berichtsjahr unverändert erfüllt.

Die Struktur der Kundenbeziehungen zeigt sich auch an dem hohen Umsatzanteil für laufende Verfahren, PC-Service und Telefonie (85,1 % nach 83,2 % im Vorjahr), die auf Grundlage langfristiger Verträge erbracht werden.

Auch in diesem Jahr war hannIT im Rahmen der Mitgliederversammlungen des Niedersächsischen Städtetages sowie des Niedersächsischen Städte- und



Gemeindebundes auf den Gemeinschaftsständen des Partnerunternehmens GovConnect GmbH vertreten. Der bei den Kommunen allgemein wachsende Bedarf an externer Unterstützung im Bereich der Informationstechnik wurde bei diesen Gelegenheiten erneut deutlich.

Gemeinsam mit ihren Trägern, Kunden und Geschäftspartnern hat hannIT im Berichtsjahr eine Vielzahl von Projekten umgesetzt und erfolgreich zukunftsweisende Lösungen erarbeitet. Hervorzuheben sind insbesondere:

- Einführung eines strukturierten Projektmanagements bei hannIT mit Begleitung durch ein Beratungsunternehmen;
- Einführung von DMS/enaio im Landkreis Hameln-Pyrmont und in der Stadt Hemmingen sowie Upgrade und Modulerweiterung der enaio-Umgebung für die Stadt Neustadt am Rübenberge;
- Einführung vom Modul Bewerber3 der Personalmanagementsoftware LOGA wie auch
- Einführung des Moduls Doku3 für die Region Hannover;
- Einführung der Zeitwirtschaft LOGA bei der Region Hannover und der Stadt Laatzen;
- Einsatz des newsystem-Moduls eRechnungsmanager bei der Stadt Langenhagen;
- Ablösung der Sozialhilfesoftware durch Einführung von PROSOZ für die Region Hannover sowie regionsangehörige Kommunen;
- Einführung der Jugendwesensoftware LogoData im Fachbereich Jugend der Regionsverwaltung;
- Implementierung von synCASE im Sozialpsychiatrischen Dienst der Region Hannover, weitere Einführung von Äskulab21 für das Gesundheitswesen der Region Hannover;
- Ausstattung des Campus der Region Hannover mit einer neuen WLAN-Zugangstechnologie;
- Umsetzung des Telekommunikations-Projektes mit Rollout von etwa 50 IP-Telefonendgeräten im Neubau der Förderschule auf der Bult sowie die
- technische und wirtschaftliche Untersuchung und Bewertung für die Anmietung von Rechenzentrumsflächen beziehungsweise der Verlagerung von Systemen, um die beabsichtigte Zertifizierung nach BSI-Grundschutz des Rechenzentrums der hannIT zu ermöglichen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen von T€ 4.885 (Vorjahr: T€ 2.989) enthalten die für das operative Kerngeschäft der AöR notwendigen Beschaffungen von Soft- und Hardware. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Investitionsvolumen bei den Sachanlagen überplanmäßig erhöht. Ursächlich für diese Entwicklung sind die im Berichtsjahr realisierte Beschaffungen im Kompetenz-Center Anwendungsbereitstellung, Datenbank und Storage sowie anteilige Kosten für die Beschaffung von Software in den Bereichen Jugend-, Personal- und Sozialwesen mit einem Gesamtvolumen von T€ 1.524. Die Beschaffung von Hardware wie Druckern, ThinkPads und Monitoren schlägt sich im Berichtsjahr mit T€ 2.210 nieder.

Die Abschreibungen belaufen sich auf insgesamt T€ 2.873 (Vorjahr: T€ 2.415); auf den BgA entfallen T€ 43 (Vorjahr: T€ 38). Das Abschreibungsvolumen ist Infolge der getätigten Investitionen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2019 beträgt insgesamt T€ 8.624 (Vorjahr: T€ 6.620); davon entfallen T€ 297 (Vorjahr: T€ 291) auf den BgA. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt damit 61,4 %.



Das Anlagevermögen war zum Jahresende vollständig durch Eigenkapital vor Ergebnisverwendung gedeckt (Anlagendeckungsgrad 101,4 %).

Entwicklung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund T€ 202 erhöht.

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung vom 3. Juni 2019 beschlossen, den Jahresüberschuss 2018 von T€ 1.218 in voller Höhe auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2019 beläuft sich auf T€ 14.053 (Vorjahr: T€ 12.950). Durch die Erhöhung der Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote vor Ergebnisverwendung gegenüber dem Vorjahr um 3,8 Prozentpunkte auf 62,2 % verringert.

Entwicklung der Rückstellungen

Die Rückstellungen haben sich im Wirtschaftsjahr 2019 leicht reduziert. Steuerrückstellungen konnten reduziert werden. Die Entwicklung der sonstigen Rückstellungen ist maßgeblich geprägt durch Überstunden von T€ 503 (Vorjahr: T€ 401) und Resturlaub von T€ 216 (Vorjahr: T€ 223) sowie Leistungsentgelt nach § 18 TVöD von T€ 81 (Vorjahr: T€ 81).

Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind mit T€ 2.478 stichtagsbezogen höher als im Vorjahr ausgefallen (+T€ 1.020). Alleine für drei Kreditoren im Bereich Lizenzen und Hardware sind aufgrund später Rechnungsstellung zusammen Verbindlichkeiten von T€ 1.361 bilanziert (Vorjahr: 429 T€).

Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge haben sich erhöht. Die Umsatzerlöse werden durch das Trägergeschäft bestimmt. Insgesamt konnte der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.616 bzw. 7,4 % gesteigert werden. Diese äußerst positive Entwicklung ist im Wesentlichen auf zwei Bereiche zurückzuführen:

Die Dienstleistungsumsätze sind um insgesamt T€ 1.593 gestiegen. Die Erlöse aus Dienstleistungen resultieren maßgeblich aus laufenden Fachverfahren T€ 13.193 (Vorjahr: T€ 11.814, +11,7 %), PC-Services T€ 5.018 (Vorjahr: T€ 4.709, +6,6 %) und sonstigen Dienstleistungen T€ 440 (Vorjahr: T€ 535, -17,8 %).

Ferner hat der Umsatz aus dem Verkauf von Hard- und Software im Vergleich zum Vorjahr nur leicht um T€ 101 (-3,9 %) abgenommen. Diese Umsätze zeigen, dass es für die Trägerkommunen weiterhin attraktiv ist, die günstigen Konditionen der hannIT zu nutzen und durch den Verzicht auf eigene Vergabeverfahren die Beschaffungsprozesse zu vereinfachen.

Die Veränderung der sonstigen betrieblichen Erträge basiert vornehmlich auf den enthaltenen staatlichen Zuschüssen für ein Forschungsprojekt (T€ 87; Vorjahr: T€ 80) sowie Zuschüssen der Agentur für Arbeit (T€ 37; Vorjahr: T€ 0).

Personalbereich

Im durchschnittlichen Personalbestand ist mit insgesamt 154 Mitarbeitenden gegenüber dem Vorjahr (insgesamt 137 Mitarbeitende) ein Anstieg zu verzeichnen. Zum Abschlussstichtag waren insgesamt 164 Personen beschäftigt, davon waren 122 Personen TVöD-Beschäftigte, 18 Nachwuchskräfte und 14 Beamtinnen und Beamte. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten beträgt 37 Jahre, der Frauenanteil an allen Beschäftigten lag bei 27 %.



Die Löhne und Gehälter enthalten Beamtenbezüge von T€ 745 (Vorjahr: T€ 703) sowie das aufgrund des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) gezahlte Entgelt für die Beschäftigten in Höhe von T€ 6.243 (Vorjahr: T€ 5.229) und die Zuführung personalbezogener Rückstellungen von insgesamt T€ 98 (Vorjahr: T€ 84).

An Sozialabgaben fielen für die Tarifbeschäftigten T€ 1.246 (Vorjahr: T€ 1.020) an. Zudem wurden T€ 513 (Vorjahr: T€ 429) an die Zusatzversorgungskasse entrichtet. Für die Beamten wurden Versorgungsumlagen in Höhe von T€ 232 (Vorjahr: T€ 215) und Beihilfen gezahlt.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Personalaufwand nach Rückstellungen um insgesamt 18,2 % planmäßig erhöht.

Für das Wirtschaftsjahr 2020 werden tarifliche Entgelt- und Besoldungserhöhungen für die Beschäftigten und Beamten der hannIT erwartet.

Risikobericht

Durch die breit gefächerte, vornehmlich hoheitlich geprägte Geschäftstätigkeit der hannIT ergeben sich verschiedene Risiken. Die zielorientierte Steuerung elementarer Risiken ist eine grundlegende Voraussetzung für die zuverlässige Aufgabenerfüllung und den langfristigen Erfolg der AöR.

Das betriebliche Risikomanagement berücksichtigt daher wechselseitige Abhängigkeiten zwischen Prozessen und Unternehmensbereichen sowie Auswirkungen bei Ausfällen von Prozessen, die Kritikalität jedes Prozesses für das Gesamtunternehmen und die benötigten Wiederanlaufzeiten. Das Risikofrüherkennungssystem der hannIT soll bereits im Vorfeld Schäden für das Unternehmen vermeiden und vornehmlich einen störungsfreien Geschäftsbetrieb, eine planmäßige Entwicklung der Servicebereiche und eine nachhaltige Leistungsfähigkeit der AöR sicherstellen.

Der Verwaltungsrat hat 2017 auf der Grundlage eines vom Arbeitskreis „Informationssicherheitsverbund“ erarbeiteten Konzepts einen mehrstufigen Katalog mit Maßnahmen der Informationssicherheit beschlossen, der von den Trägern und auf vertraglicher Grundlage auch von Dritten verbindlich umgesetzt werden soll. Dadurch sollen die Gefährdungen begrenzt werden, die in der vernetzten technischen Infrastruktur von Informationssicherheitsvorfällen bei einem Beteiligten auch auf andere Beteiligte ausgehen. Die zweite Stufe der Umsetzung ist zum Ende des Berichtsjahres umzusetzen gewesen, eine weitere Stufe folgt 2020. Als Ergebnis der ersten Stufe haben sich Mängel im Berichtswesen der Träger gezeigt. Die Prozesse zur Überwachung der Umsetzung durch den Verwaltungsrat sollen weiter verbessert werden.

Um eine ganzheitliche Sicht auf die Bearbeitung der Risiken im Bereich der Informationssicherheit effektiv umzusetzen und durch ein umfassendes Informationssicherheitsmanagementssystem (ISMS) mit den dazugehörigen Richtlinien, Maßnahmen, Prozessen und Werkzeugen alle Aspekte auf gleichermaßen hohem Niveau zu bearbeiten, ist im Berichtsjahr ein Projekt zur Zertifizierung nach ISO 27001 auf der Grundlage von IT-Grundschutz fortgesetzt worden. In diesem Rahmen werden die Anmietung von Rechenzentrumsflächen und der Umzug beider Rechenzentrumstandorte in 2020 und 2021 geplant. Der Projektabschluss ist für das Jahr 2021 geplant.

Die effektive satzungsgemäße Aufgabenerfüllung der AöR ist mit einem beträchtlichen Einsatz personeller Ressourcen verbunden. Unter Umständen werden daher Anpassungen im Stellenplan notwendig. Angesichts der erkennbaren Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung sind künftig Einschränkungen bei der Erreichung der hohen



Entwicklungsziele nicht auszuschließen. 2019 sind insgesamt 27 Eintritte zu verzeichnen gewesen (17,5 % des durchschnittlichen Personalbestands), darunter sind 3 Einstellungen nach § 16i SGB II, ein Stellenbesetzungsverfahren blieb ohne Ergebnis. Es ist daher für hannIT erforderlich, in die unternehmens- spezifische Ausbildung zu investieren und die Karriere qualifizierter Nachwuchskräfte individuell und perspektivisch zu fördern. Zum Abschlussstichtag bestanden 11 Ausbildungsverhältnisse für Fachinformatik, in 4 Fällen wurden duale Studierende der Wirtschaftsinformatik beschäftigt, in 3 Fällen Studierende der Verwaltungsinformatik und in 12 Fällen wurde nebenberufliche Studienförderung gewährt.

Zudem gilt es, Fach- und Führungskräfte nachhaltig an das Unternehmen zu binden und die Attraktivität der hannIT als Arbeitgeber zu stärken. Die gegenüber dem Vorjahr auf niedrigem Niveau angestiegene Fluktuationsquote von 7,1 % (gemessen am durchschnittlichen Personalbestand; entspr. 11 Abgänge) erhöht den notwendigen Aufwand für die Personalgewinnung zusätzlich. Um den Herausforderungen zu begegnen und die benötigten personellen Ressourcen langfristig zur Verfügung stellen zu können, ist für 2020 die gezielte Weiterentwicklung des Personalentwicklungskonzeptes geplant.

Mit Beginn des Jahres 2016 hat hannIT das Personalmanagement, das bis dato teilweise noch von der Region Hannover erledigt wurde, komplett übernommen. Lediglich die Entgeltabrechnung wird weiterhin von der Region Hannover durchgeführt. Durch die Übernahme hat sich in diesem Bereich eine spürbar verbesserte Steuerungsfähigkeit ergeben, gleichzeitig ergeben sich für diesen zentralen Unterstützungsbereich neue Personalausfallrisiken. Zur Bewältigung des personellen Wachstums wurde die Personalkapazität im Bereich Human Resources im Berichtsjahr erweitert, insbesondere für den Bereich der Personalentwicklung.

Trotz der zum Großteil langjährigen gefestigten Kundenbeziehungen ist festzustellen, dass vereinzelt bis zum Vertragsabschluss bzw. Konsens über die zu erbringenden Leistungen viel Zeit vergeht. Infolgedessen können Umsatz und Betriebsergebnis hinter den Planungen zurückbleiben und von vorhergehenden oder nachfolgenden Perioden deutlich abweichen. Auch im Geschäft mit den Trägern steht hannIT im Wettbewerb mit anderen Datenzentralen und IT- Dienstleistern, Vertragskündigungen bzw. ausbleibende Verlängerungen sind möglich. Das im Zuge der strategischen Neuausrichtung erwartete Mehrgeschäft mit den Partnerkommunen kann hinter den Planungen zurückbleiben oder erst verzögert realisiert werden, während die Umstrukturierungsaufwendungen das Ergebnis belasten.

Darüber hinaus gibt es Vertragsgestaltungen, bei denen hannIT die Einführung neuer Produkte oder Produkterweiterungen vorfinanziert, die Erlöse hingegen erst über einen längeren Zeitraum realisiert werden. Aufgrund der vielerorts weiterhin angespannten finanziellen Situation im kommunalen Umfeld können Ausfallrisiken nicht vollständig ausgeschlossen werden. Ferner könnte dies zu einer allgemeinen Investitionszurückhaltung sowie einem Rückgang der Nachfrage an Dienstleistungen einschließlich verringerter Auftragsvolumina, -verzögerungen und -stornierungen führen.

Zur Minimierung von Forderungsausfällen und Überwachung der vornehmlich periodisch wiederkehrenden Einnahmen verfügt hannIT über ein etabliertes Debitorenmanagement. Ein wichtiges Ziel ist es, eine Mindestliquidität sicherzustellen, um die Zahlungsfähigkeit der AöR stets zu gewährleisten. Im Bedarfsfall kann eine bestehende Kreditlinie in Anspruch genommen werden. Da die Volatilität der Liquidität aufgrund des in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegenen Umsatzniveaus und des ausgeweiteten Handelsgeschäfts mit einer erforderlichen Vorfinanzierung spürbar erhöht hat, ist der Vorstand vom Verwaltungsrat nach dem Berichtsstichtag ermächtigt worden, die Kreditlinie auf etwa 10 % des Umsatzes auszuweiten.



Die Auswirkungen des Onlinezugangsgesetzes (OZG), des Digitalisierungsprogramms des IT-Planungsrats und des im Berichtszeitraum in Kraft getretenen Niedersächsischen Gesetzes über digitale Verwaltung und Informationssicherheit (NDIG) für das Geschäftsmodell der kommunalen Datenzentralen sind weiterhin noch nicht umfassend absehbar. Sollten sich aus den weiteren Konkretisierungen Empfehlungen oder Vorgaben für bestimmte Fachverfahren oder deren Betreiber ergeben oder die technischen oder sonstigen Anforderungen für den Betrieb für hannIT nicht umsetzbar sein, so könnten sich daraus für hannIT Sonderabschreibungen, zusätzliche Migrationsaufwände oder der Verlust von Umsatzanteilen ergeben. Andererseits ist auch Neugeschäft im Bereich des E-Governments vorstellbar, wenn ein Betrieb durch hannIT technisch möglich und zulässig ist und ausreichende Kapazitäten bestehen.

Die strategische Fokussierung auf die Trägerkommunen führt bei diesen zu einer hohen Erwartungshaltung an die Leistungsfähigkeit für die aktuell geplanten zentralen Digitalisierungsprojekte. Falls für die hohe Zahl dieser Projekte nicht in kurzer Frist die erforderlichen insbesondere personellen Ressourcen bereitgestellt werden können, könnten die Kundenbeziehungen nachhaltig belastet werden, bis hin zum Verlust von bestehenden Serviceverträgen und entsprechenden Auswirkungen auf Umsatz und Ergebnis.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, die nach dem Berichtsstichtag weite Teile des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft erheblich eingeschränkt hat, sind aktuell noch nicht umfassend absehbar. Kurzfristig haben sich durch die Anforderungen der Krisenbewältigung zusätzliche Umsätze insbesondere im Handelsbereich ergeben, um Krisenstäbe arbeitsfähig zu machen und die Möglichkeiten für Telearbeit, Videokonferenzen und dgl. ausweiten zu können. Gleichzeitig ist bereits absehbar, dass sich geplante Projekte aufgrund von Terminverschiebungen verzögern und entsprechende Umsätze zunächst ausbleiben. Entwicklungsbeeinträchtigende und bestandsgefährdende Risiken werden für den Betrieb derzeit nicht gesehen.

Prognosebericht

Die deutsche Volkswirtschaft war im Jahr 2019 weiter von einer abgeschwächten Dynamik mit weiter rückläufigem Wachstum gekennzeichnet. So wuchs das Bruttoinlandsprodukt im Berichtsjahr um 0,6 % nach 1,5 % im Vorjahr. Die Konsumausgaben aller staatlichen Ebenen wuchsen preisbereinigt gegenüber dem Vorjahr deutlich um 2,6 %. Die Gemeinden in Deutschland erwirtschafteten einen Finanzierungsüberschuss von € 5,6 Milliarden nach € 9,8 Milliarden im Vorjahr.

Die Informations- und Kommunikationsbranche verzeichnete erneut ein weniger dynamisches aber immer noch überdurchschnittliches Wachstum von 2,9 % der Wertschöpfung, nur übertroffen vom Baugewerbe. Für die öffentlichen Dienstleister, Erziehung und Gesundheit betrug das Wachstum 1,6 % und legte damit gegenüber dem Vorjahr leicht zu. Nach Angaben des Branchenverbands BITKOM wuchs das Marktvolumen für IT-Services im Jahr 2019 um 2,4 % gegenüber dem Vorjahr, der Gesamtmarkt der Informations- und Telekommunikationstechnologie verzeichnete ein Wachstum von 2,9 %.

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung hat auf der Grundlage des Onlinezugangsgesetzes, des Programms „Digitale Verwaltung Niedersachsen“ (DVN) und des im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Niedersächsischen Gesetzes über digitale Verwaltung und Informationssicherheit sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in Form von Umsetzungsprojekten in Kommunalverwaltungen spürbar an Schwung gewonnen.

hannIT hat sich zu einem kompetenten kommunalen Dienstleistungsunternehmen entwickelt. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen wird von einer mittelfristig positiven



Geschäftsentwicklung ausgegangen. Um die Trägerkommunen im Rahmen der beschlossenen Unternehmensstrategie künftig als zukunftsorientierter und nachhaltiger IT-Dienstleister bei der Umsetzung ihrer Strategien zur Digitalisierung der Kommunalverwaltungen umfassend unterstützen zu können, ist es erforderlich, den begonnenen tiefgreifenden Veränderungsprozess der hannIT konsequent fortzuführen.

Der vom Verwaltungsrat beschlossene Wirtschaftsplan 2020 weist bei Erträgen in Höhe von T€ 25.435 einen Jahresfehlbetrag von T€ 876 aus. Die Umsetzung der neu gefassten strategischen Ausrichtung und das interne Veränderungsprojekt der hannIT treffen aktuell mit spürbaren Veränderungen des regulatorischen Umfelds (z. B. OZG und NDIG) und einem deutlich gewachsenen Bedarf an IT-Dienstleistungen im öffentlichen Sektor zusammen. Daraus ergibt sich eine wachsende Nachfrage der Träger nach neuen und erweiterten Services, die sich bereits aktuell und auch mittelfristig absehbar in steigenden Erlösen niederschlägt.

Auch die Erweiterung des Trägerkreises um vier Trägerkommunen führt mittelfristig zu weiterer Nachfrage. Insbesondere der notwendige Aufbau von stark erweiterten Beratungskompetenzen, die stark angestiegene Nachfrage nach IT-Infrastruktur- und weiteren Services sowie die Schaffung von Kapazitäten zur Ermöglichung von Innovation und Entwicklung neuer digitaler Services erfordern eine fortgeführte Ausweitung der Personalressourcen. Dies führt zu einem überproportionalen Anstieg der Personalaufwendungen, dessen Kompensation erst mittelfristig geplant ist. Die mittelfristige Planung bis 2023 zeigt eine positive Ergebnisentwicklung, die ab 2023 wiederum zu Jahresüberschüssen führt. Die Umsatzzuwächse können demnach die Steigerungen insbesondere der Personal- und Materialaufwendungen kompensieren. Die Zuverlässigkeit der Planung hängt dabei von verschiedenen Faktoren ab. Insbesondere das Ausbleiben erwarteter Umsätze oder eine Verzögerung bei der Erlösrealisierung können sich nachteilig auf das Betriebsergebnis und die Liquidität des Unternehmens auswirken. Die im März einsetzende sogenannte „Corona-Krise“ machen die Verschiebung von geplanten Projekten, die oft eine Vorlaufzeit von einem Jahr und mehr haben, derzeit wahrscheinlich.

Der umfangreiche Arbeitsprozess zur Überprüfung der strategischen Ausrichtung und einer strategischen Partnerschaft mit einem Großteil der Trägerkommunen führt zu sichtbaren Auswirkungen auf die Erlössituation. Die Nachfrage der Trägerkommunen nach IT-Leistungen der hannIT ist aktuell in allen Servicebereichen sehr stark wachsend. Das gilt sowohl für die IT- Infrastrukturservices als auch die Fachverfahren. Auch im Bereich des Verkaufs von Hard- und Software sowie der Vermietung von Hardware ist eine starke Nachfrage spürbar. Es ist zu erwarten, dass sich diese positive Entwicklung fortsetzen wird, wenn es gelingt, die benötigten personellen und organisatorischen Kapazitäten schnell genug bereitzustellen und den Erwartungen der Träger auf der Grundlage der strategischen Partnerschaft gerecht zu werden.

Inhalt der Partnerschaft sind die gemeinschaftliche Entwicklung standardisierter skalierbarer Angebote für die wesentlichen Aufgaben der Kommunen und gleichzeitig die Einbindung der hannIT als bevorzugter IT-Dienstleister. Parallel wird die hannIT künftig stärker als bisher proaktiv Vertriebsaktivitäten zur Versorgung der Träger mit bestmöglichen Lösungen im derzeitigen Marktumfeld entwickeln, die Trägerbedarfe für bessere Beschaffungs- und Wartungskonditionen bündeln und den Bedarf an Consultingleistungen bedienen.

Künftig ergeben sich aus der engeren Abstimmung mit den Bedarfen der Partnerkommunen und den neu zu entwickelnden Leistungsbereichen vielfältige Wachstumsimpulse für die hannIT. In der Vergangenheit hat die hannIT eher passiv und nicht ausreichend ganzheitlich und lösungsorientiert auf Anfragen von Kunden reagiert. Im Berichtsjahr wurde ein aktives Portfoliomanagement gestartet, um die derzeit angebotenen Softwarelösungen besser auf die Bedarfe der Träger abzustimmen und gezielt Schwerpunkte zu setzen. Um hier



mittelfristig marktgerechter zu agieren und entsprechend Nachfrage zu realisieren ist die Fortführung des umfassenden Kulturwandels und der Umstrukturierung der hannIT notwendig, um eine noch stärker kundenorientierte Organisation zu werden. Die vorhandene gute Servicequalität der derzeitigen Services muss dabei mindestens erhalten bleiben, um die vorhandenen Kundenbeziehungen nicht zu gefährden. Der Veränderungsprozess soll daher genügend Spielraum für die Weiterentwicklung bieten, um die Zielsetzungen zu erreichen.

Zum Jahresbeginn 2018 wurde die Unternehmensorganisation im Rahmen des internen Veränderungsprojekts „Refit for Growth“ nach einem umfassenden Beteiligungsprozess für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter grundlegend neu strukturiert.

Im Berichtsjahr hat sich die neue Struktur weiter etabliert. Ein wesentlicher Baustein der neuen Struktur ist die Bündelung der IT-Servicebereiche in Kompetenzcentern. In den Kompetenzcentern werden künftig Teile der dargestellten zusätzlichen Aufgaben im Bereich Vertrieb, Produktentwicklung und Beratung von der neu geschaffenen Rolle des/der Kompetenzcenter-Manager*in übernommen. Dazu kommen die administrativen Aufgaben des Vertragsmanagements einschließlich der Vor- und Nachkalkulationen und der Ressourcensteuerung für die jeweiligen Services. Dadurch werden gleichzeitig die Servicemanager*innen von diesen Aufgaben entlastet und können sich auf die Steuerung des operativen Betriebs der Services und die Betreuung der Anwenderinnen und Anwender fokussieren.

Der Servicekatalog wurde mit Blick auf die Kundenperspektive gestrafft und die Zuordnung der IT-Services zu den Kompetenzcentern nach funktionalen Kriterien überprüft. Die technischen Infrastruktur-Services wurden erstmalig umfassend im Servicekatalog abgebildet.

Die Kernprozesse des IT-Service-Managements werden im Rahmen des Veränderungsprojekts mit Blick auf verbesserte Dokumentation und Qualitätssteuerung weiterentwickelt. Da auch die internen Abhängigkeiten zwischen den Infrastruktur-Services und den Fachverfahren in Form von IT-Services mit definierten Leistungsparametern bearbeitet werden, ergibt sich eine einheitliche Steuerung der Leistungskette.

Durch die neue Organisationsstruktur soll künftig mehr Raum für Innovationsprozesse gegeben sein. Auch die Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit „ihren“ Kunden sollen zukünftig so mehr und besser ausgetauscht und wo möglich zum Nutzen des Unternehmens stärker zusammengebracht, die Abläufe stärker prozessorientiert ausgerichtet werden. Beabsichtigt ist damit auch, eine insgesamt höhere Produktivität zu erreichen. Die Vielzahl an gleichzeitig laufenden internen und Auftragsprojekten wird künftig als Portfolio aktiv gesteuert. Gleichzeitig wird der Reifegrad des Projektmanagements durch ein Einführungsprojekt mit Unterstützung durch ein externes Beratungsunternehmen unternehmenseinheitlich weiterentwickelt. Dadurch sollen die Steuerung insbesondere der knappen personellen Ressourcen im Verhältnis zum operativen Servicebetrieb verbessert, die Projektqualität verbessert und der Projekterfolg nachhaltig erleichtert werden. Für das Jahr 2020 ist die Besetzung von zentralen Projektmanagerpositionen vorgesehen, die die unternehmensweit relevanten sogenannten Fokusprojekte steuern werden. Gleichzeitig sollen sie die weiteren Projektleitungen bei der Anwendung der Projektmanagementmethodik unterstützen.

Die Digitalisierung der Verwaltungen ist in allen Kommunen ein zunehmend wichtiges Thema.

Der wirtschaftliche Nutzen, den hannIT für ihre Kunden erbringt, gewinnt zunehmend an Bedeutung. IT trägt vermehrt zu einer wirtschaftlichen Erbringung von Geschäftsprozessen bei oder ermöglicht diese erst.



Die Onlineservices für die Bürgerinnen und Bürger sind für eine medienbruchfreie Gestaltung der Geschäftsprozesse zentral, werden aber auch zunehmend zu einem eigenständigen Ziel der Digitalisierung.

Zentral ist dabei eine ausreichende IT- und Datensicherheit. Aus dem Lagebericht des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik 2019 wird deutlich, dass die Qualität der Cyber-Angriffe weiter gestiegen und die Bedrohungslage anhaltend hoch ist. Er macht aber auch deutlich, dass diese Cyber-Angriffe erfolgreich abgewehrt werden können, wenn IT- Sicherheitsmaßnahmen konsequent umgesetzt werden. Insgesamt haben Ransomware-Angriffe wie Emotet, aber auch unabhängig von Emotet, zugenommen und neben zahlreichen Produktionsausfällen in der Wirtschaft zu teils erheblichen Beeinträchtigungen in Einrichtungen des Gemeinwesens geführt. So waren mehrere Krankenhäuser sowie kommunale Einrichtungen wie etwa Stadtverwaltungen in Deutschland von solchen Angriffen betroffen.

Die Sicherheit der eingesetzten Informationstechnik ist notwendige Vorbedingung für das Gelingen der Digitalisierung in Deutschland geworden. Das Niedersächsische Gesetz über digitale Verwaltung und Informationssicherheit verlangt die Einhaltung einer angemessenen Informationssicherheit und eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung der getroffenen Maßnahmen und damit letztlich die Einrichtung eines Informationssicherheitsmanagementsystems. Eine Verordnungsermächtigung für konkrete Sicherheitsmaßnahmen enthält auch das Onlinezugangsgesetz. Es ist davon auszugehen, dass die regulatorischen Sicherheitsanforderungen an kommunale IT-Services auch in Zukunft weiter steigen werden. hannIT beteiligt sich angesichts dieser Entwicklung und der Wettbewerbssituation weiter aktiv an entsprechenden Arbeitsgemeinschaften und Netzwerken und führt die Ausrichtung der internen Prozesse nach IT- Sicherheitsaspekten verstärkt fort. Das begonnene Projekt zur Zertifizierung des eigenen Informationssicherheitsmanagementsystems bis 2021 ist Ausdruck dieser Bemühungen.

Die Auswirkungen der Neuerungen durch das Steueränderungsgesetz 2015 hinsichtlich der bislang nicht der Umsatzbesteuerung unterliegenden hoheitlichen EDV-/IT-Leistungen im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit sind aktuell immer noch nicht abschließend prognostizierbar. Um die bisher für hannIT geltende Umsatzsteuersystematik bis auf Weiteres beibehalten zu können, hat hannIT 2016 eine Erklärung gemäß § 27 Abs. 22 Satz 3 UStG beim zuständigen Finanzamt abgegeben (optiert). Nach dem Berichtsstichtag deutet sich eine mögliche Verlängerung der Übergangsfrist um weitere zwei Jahre an. In Zusammenarbeit mit der Unternehmensberatung Mazars sowie der Steuerkanzlei bbt werden die Optionen mit Blick auf die künftige Umsatzsteuerbarkeit überprüft.



2.7 Klimaschutzagentur Hildesheim-Peine gGmbH

Stammkapital: 25.000 €



Beteiligungsverhältnisse: bis 31.12.2018
50 % Landkreis Peine

Handelsregister: Amtsgericht Hildesheim, HRB 204502

Gründungsjahr: 2015

Auflösung: 2018

Die Geschäftsanteile des Landkreises Peine sind zum 01.01.2019 an den Landkreis Hildesheim veräußert worden. Die gemeinsame Gesellschaft ist daher aufgelöst.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft verfolgte ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (§ 52 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, 8 und 16 AO). Zweck der Gesellschaft war die Aufklärungs- bzw. Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Umwelt- bzw. des Klimaschutzes in der Region. Der Gesellschaftszweck wurde verwirklicht vor allem durch die Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Aufklärungsmaßnahmen, die einen nachhaltigen Beitrag zum Umweltschutz und dem damit verbundenen Klimaschutz leisteten. Die Gesellschaft befasste sich mit Öffentlichkeitsarbeit und sonstigen Maßnahmen die einen Beitrag zum Umweltschutz und dem damit verbundenen Klimaschutz leisteten. Sie informierte über den Klimaschutz und sensibilisierte die Bürgerinnen und Bürger dafür. Außerdem initiierte sie Klimaprojekte, unterstützte wissenschaftliche Veranstaltungen und förderte die praktische Umsetzung der Klimakonzepte der Landkreise Hildesheim und Peine.

Gesellschafter:

Gesellschafter der Klimaschutzagentur waren die Landkreise Peine und Hildesheim zu jeweils 50 %.

Besetzung der Organe:

Ob und wie Organe in der Klimaschutzagentur Hildesheim gGmbH ab 01.01.2019 besetzt sind, ist entbehrlich.

Interessenwahrung:

Der Landkreis Peine wird seit 2019 in der Gesellschafterversammlung nicht mehr vertreten.



Beteiligungen des Unternehmens:

Keine.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erledigung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens wird hinlänglich verfolgt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Die gemeinsame Klimaschutzagentur mit dem Landkreis Hildesheim wurde im Jahre 2019 rückwirkend zum 01.01.2019 aufgelöst.

Auf die Darstellung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2018 wird daher verzichtet.

Im Rahmen der Auflösung der Gesellschaft sind Geschäftsanteile des Landkreises für 12.500 € an den Landkreis Hildesheim veräußert worden. Aus den nicht verbrauchten Zuschüssen des Landkreises Peine waren 53.362,38 € zu erstatten. Die Zahlungen sind am 15.07.2019 eingegangen.



3. Nachrichtlich

3.1 Peiner Entsorgungsgesellschaft mbH

www.peg-peine.de



Stammkapital: 97.500 €

Beteiligungsverhältnisse: 100 % A+B

Handelsregister: Amtsgericht Hildesheim, HRB 101460

Gründungsjahr: 2001

Gegenstand des Unternehmens:

Als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe Landkreis Peine – Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts – versteht sich als Bindeglied zwischen Abfallerzeuger und Abfallverwerter. Sie deckt die Wertschöpfungskette im Bereich Abfallberatung, Erfassung, Transport und Behandlung ab und ist etablierter Lieferant der weiterverarbeitenden Industrie für Recyclingrohstoffe. Der Containerdienst der PEG entsorgt Gewerbeabfälle aus dem Landkreis Peine. Die PEG betreibt drei Abfallbehandlungsanlagen, die fortlaufend optimiert und erweitert werden sollen. Die PEG bewirbt sich darüber hinaus für kommunale Aufträge wie Winterdienst und Sperrmüllsammlung und liefert durch das Altholzrecycling einen erheblichen Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz.

Besetzung der Organe:

a) Als Geschäftsführer sind bestellt:

Herr Olaf Eckardt
Herr Marcus Frerichs (seit dem 20.03.2020)

b) Mitglieder des Aufsichtsrates

Herr Matthias Möhle (Vorsitzender, Kreistagsabgeordneter)
Herr Stephan Nitsch (stellv. Vorsitzender, Kreistagsabgeordneter)
Herr Franz Einhaus (Landrat)
Herr Carsten Heuer (Kreistagsabgeordneter)
Herr Hartmut Marotz (Kreistagsabgeordneter)
Frau Doris Meyermann (Kreistagsabgeordnete)
Frau Ingola Nicolmann (Vertreterin der Bediensteten)
Herr Uwe Semper (Kreistagsabgeordneter)
Herr Oliver Westphal (Kreistagsabgeordneter)
Herr Malte Cavalli (Kreistagsabgeordneter, Grundmandat)
Herr Karl-Heinrich Belte (Kreistagsabgeordneter, Grundmandat)

**Interessenwahrung:**

Der Landkreis Peine wird durch den Landrat und die dem Aufsichtsrat angehörenden Kreistagsabgeordneten vertreten.

Beteiligungen des Unternehmens:

Keine.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erledigung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens wird seit Jahren hinlänglich und in unveränderter Weise verfolgt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Die Gesamtleistung des Unternehmens hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 457 T€ auf 10.340 T€ erhöht. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens war während der gesamten Zeit bis zum Abschluss der Prüfung im September 2020 gegeben.

Die Umsatzerlöse sind dabei um 434 T€ gestiegen. Hauptgrund hierfür waren gestiegene Absatzmengen für Altholz und Abfall zur Verwertung. Im Bereich Abfall erhöhten sich zudem die Preise.

Die sonstigen betrieblichen Erträge bewegen sich im üblichen Schwankungsbereich.

Die Materialaufwendungen sind als Folge der neuen Gewerbeabfallverordnung gestiegen. Es sind daher höhere Aufwendungen für Vorsortierung entstanden. Zudem sind die Preise für die energetische Verwertung gestiegen. Demgegenüber sind jedoch Aufwendungen für die Altholzrecyclinganlage und die Müllumschlaghalle sowie für Transport und Umschlagmengen gesunken.

Die Personalaufwendungen sind als Folge des Anstiegs der durchschnittlich Beschäftigten um 5 auf 45 Mitarbeiter und der Tarifsteigerungen gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Die Abschreibungen sind vor allem aufgrund der vollen Auswirkung der Investitionen gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind als Folge der Neuberechnung von Personalaufwendungen der Gesellschafterin A+B und externer Beratungskosten zur Digitalisierung gestiegen.

Aus den Jahresabschlüssen der letzten Jahre ist zu entnehmen, dass seit 2014 jährlich Jahresüberschüsse ausgewiesen werden konnten. Die finanzielle Situation hat sich somit stabilisiert und ist nicht mehr als kritisch einzustufen. Die PEG ist in die Lage gekommen, Rücklagen zu bilden, die auf das Eigenkapital angerechnet werden.



Bilanz zum 31.12.2019

Aktiva	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.266,00	4.362,00
II. Sachanlagen	1.071.405,54	1.066.334,92
 B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	173.021,85	190.885,96
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.787.904,70	1.600.797,65
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	881.282,51	1.333.811,05
 C. Rechnungsabgrenzungsposten	645,00	0,00
	<u>3.917.525,60</u>	<u>4.196.191,58</u>
 Passiva	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	97.500,00	97.500,00
II. Kapitalrücklage	582.490,67	582.490,67
III. Gewinn-/Verlustvortrag	512.203,26	250.571,35
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	74.558,35	261.631,91
 B. Rückstellungen	189.421,16	339.348,97
 C. Verbindlichkeiten	2.461.352,16	2.664.648,68
	<u>3.917.525,60</u>	<u>4.196.191,58</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2019**

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
1. Umsatzerlöse	10.165.048,80	9.731.414,97
2. Sonstige betriebliche Erträge	175.078,04	151.654,90
3. Materialaufwand	7.165.616,36	6.987.409,40
4. Personalaufwand	2.054.447,09	1.761.700,40
5. Abschreibungen	404.599,49	373.819,47
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	574.981,71	348.420,86
7. Zinserträge	749,75	1.260,18
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.755,79	10.294,16
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	38.923,80	130.494,05
10. Ergebnis nach Steuern	84.552,35	272.191,71
11. Sonstige Steuern	9.994,00	10.559,80
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	74.558,35	261.631,91



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

Peiner Entsorgungsgesellschaft mbH

GEGENSTAND DER GESELLSCHAFT

Die Peiner Entsorgungsgesellschaft mbH (PEG) versteht sich als Bindeglied zwischen Abfallerzeuger und Abfallverwerter. Sie deckt die Wertschöpfungskette im Bereich Abfallberatung, Erfassung, Transport und Behandlung ab und ist etablierter Lieferant der weiterverarbeitenden Industrie für Recyclingrohstoffe.

Der Containerdienst der PEG entsorgt Gewerbeabfälle aus dem Landkreis Peine. Die PEG betreibt drei Abfallbehandlungsanlagen, die fortlaufend optimiert und erweitert werden.

1. Altholzrecyclinganlage
2. Kanalballempresse für Altpapier und Altkunststoffe
3. Zwischenlager für andere Abfälle

PEG bewirbt sich darüber hinaus für kommunale Aufträge wie Winterdienst und Sperrmüllsammlung.

PEG liefert durch das - auch umsatzseitig - stark im Vordergrund stehende Altholzrecycling einen erheblichen Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz.

PEG ist seit dem 1. Januar 2014 100%-ige Tochtergesellschaft der Abfallwirtschaft- und Beschäftigungsbetriebe Landkreis Peine – Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts –, Peine (kurz: A+B).

DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS UND DER LAGE

Die Gesamtleistung des Unternehmens hat sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 457 auf T€ 10.340 erhöht. Die Umsatzerlöse sind dabei um T€ 434 gestiegen. Die sonstigen betrieblichen Erträge tragen mit T€ 175 zum Ergebnis bei.

Die Zunahme der Umsatzerlöse ist zum einen auf die Durchsetzung eines höheren Preisniveaus bei den Lieferanten der Abfälle zurückzuführen. Zum anderen führten die gestiegenen Mengendurchsätze der Umsatzträger Altholz und Abfall zur Verwertung zu deutlichen Umsatzsteigerungen im Vergleich zum Vorjahr.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren lagen bei T€ 1.779 und sind damit um T€ 182 gesunken. Die gesunkenen Aufwendungen für Handelswaren (T€ 102) und den Materialeinkauf (T€ 124) sind dabei prägend und spiegeln den branchenspezifischen monetären Wertverlust bei den Wertstoffen wider. Diesen Umstand konnte man auch aktiv für die Senkung der Vergütungen bei den Altholzlieferanten nutzen.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen haben sich dagegen um T€ 360 auf T€ 5.387 erhöht. Der größte Anteil ist den gestiegenen Aufwendungen für die Entsorgung



von gemischten Abfällen zur Verwertung (AzV) zuzuordnen (+ T€ 551). Hier machen sich die Aufwendungen für die Vorsortierung von Gewerbeabfällen aufgrund der neuen Gewerbeabfallverordnung sowie die erhöhten Preise für die energetische Verwertung bemerkbar.

Weitere erhebliche Kostensteigerungen ergaben sich bei den Fremdinstandhaltungen LKW (T€ 44), den Mautgebühren (T€ 29) und den Leasingkosten für Arbeitsmaschinen (T€ 20). Der relativ alte LKW-Bestand ist dafür ebenso verantwortlich wie die Erneuerung des Geräteparks. Bei den Fremdfrachten konnten T€ 54 eingespart werden.

Die Personalaufwendungen liegen mit T€ 2.054 um T€ 293 über dem Niveau des Vorjahres. Die Erhöhung der Kosten in diesem Bereich ist der Gewinnung neuer Mitarbeiter geschuldet. 10 Mitarbeiter sind eingestellt worden, 4 haben die PEG verlassen. Im Geschäftsjahr 2019 wurden durchschnittlich 45 (Vorjahr 40) Mitarbeiter beschäftigt. Weiterhin sind Löhne und Gehälter marktgerecht angepasst worden.

Zum 31. Dezember 2019 wurden 47 Arbeitnehmer beschäftigt.

Die Abschreibungen sind vor allem aufgrund der ganzjährigen Auswirkung der Investitionen aus 2018 von T€ 374 auf T€ 405 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um T€ 227 auf T€ 575 gestiegen. Die gestiegenen Rechtsanwalts- und Beratungskosten (T€ 44) stehen insbesondere im Zusammenhang mit dem Erwerb der Recyclingbetrieb Hanusa GmbH. Weiterhin sind in 2019 die von A+B weiterbelasteten Aufwendungen gestiegen (+T€ 58). Erhöht haben sich zudem die Aufwendungen für Werbung (T€ 9), für Wasser (T€ 5) und die Fortbildung der Mitarbeiter (T€ 3).

Als finanzieller Leistungsindikator zur Unternehmenssteuerung dient der Jahresüberschuss im Erfolgsplan. Im Vergleich zum Wirtschaftsplan wurden die Umsatzerlöse um rund T€ 91 übertroffen und die übrigen betrieblichen Erträge um moderate T€ 15, während die betrieblichen Aufwendungen mit T€ 360 deutlich über dem Planansatz lagen. Nach Verrechnung des Zinsergebnisses und der Steuern ergibt sich ein um T€ 270 unter der Planung liegender Jahresüberschuss von T€ 75.

Zur Vermögens- und Finanzlage ist anzumerken, dass sich bei einer um T€ 279 gesunkenen Bilanzsumme die Eigenkapitalquote aufgrund des Jahresüberschusses von T€ 75 auf 32,3 % (Vorjahr 28,4 %) erhöhte. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet.

Die PEG hat im Berichtsjahr wieder in höherem Maße in Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert. Bei Zugängen von T€ 420, Abschreibungen von T€ 405 sowie Netto-Abgängen von T€ 11 erhöhte sich das Anlagevermögen um T€ 4 auf T€ 1.075.

RISIKO- UND CHANCENBERICHT

Die Lage auf dem Abfallwirtschaftssektor ist durch das Spannungsfeld zwischen kommunaler und privater Abfallwirtschaft geprägt. Die Verortung der PEG ergibt sich aus deren gesellschaftsrechtlichen Zuordnung zur öffentlich-rechtlichen Entsorgungskörperschaft A+B. Daraus resultiert für die PEG ein nicht immer einfacher



Spagat in der Erfüllung ihrer Aufgaben auf beiden Seiten dieses Spannungsfeldes. Dies bietet Chancen in der Zusammenarbeit mit dem kommunalen Entsorger aber auch Risiken in der durch öffentliche Einflussnahme mitunter eingeschränkten wirtschaftlichen Optimierung operativer Arbeitsfelder.

Die weitere Umsetzung der Neuregelung der Gewerbeabfallverordnung hat zu neuen Formen der Zusammenarbeit mit benachbarten Entsorgungsunternehmen im Bereich Sortierung geführt, ein weiterer Ausbau der eigenen Behandlungskapazitäten für Abfälle wird aber erforderlich sein.

Die in 2019 kontinuierlich umgesetzten Einschränkungen des außereuropäischen Sekundärrohstoffimports werden weiter starken Einfluss auf die Verwertungswege und die damit verbundenen Kosten haben.

Mit der Errichtung der neuen Lagerfläche für Altholz, der Inbetriebnahme eines zweiten Schredders und des Baus eines neuen, 4.000 m³ fassenden Löschwasserrückhaltebeckens sowie der Erfüllung weiterer Anforderungen des Brandschutzkonzepts sind die Grundlagen für weitere Standortoptimierungen gelegt worden.

Der Altholzmarkt ist durch Unterkapazitäten auf der Verwerterseite gekennzeichnet. PEG kann durch die strategischen Partnerschaften mit der Holzwerkstoffindustrie die Mengen weiterhin gut absetzen. Trotz weiterhin hoher Konkurrenzdichte im Einzugsbereich der PEG kann der erforderliche Input ausreichend beschafft und das Preisniveau konkurrenzfähig gestaltet werden.

Bestandsgefährdende Risiken werden zurzeit nicht gesehen.

PROGNOSEBERICHT

Bedingt durch die Corona-Pandemie wurde bis zum 31. Juli 2020 Kurzarbeit im Bereich der Verwaltung mit dem Betriebsrat vereinbart. Die gewerblichen Mitarbeiter wurden zeitweise als Fahrer, Müllwerker und Helfer an A+B verliehen. Den Verwaltungsmitarbeitern wurde die Möglichkeit gegeben, Vollzeit im Home-Office zu arbeiten.

Der am 19. Dezember 2018 beschlossene Wirtschaftsplan 2020 schließt bei einem Gesamtumsatz von 10,5 Mio € mit einem Jahresüberschuss von T€ 386. Durch die Coronabedingten Maßnahmen seit März 2020 sind erhebliche Umsatzeinbrüche, insbesondere in den Monaten April und Mai, entstanden und weiter zu erwarten. Eine Erholung ist nur sehr zaghaf abzusehen. Der Zulauf im Input schwankt noch erheblich.

Für das Jahr 2020 kann aufgrund der anhaltenden Pandemiesituation keine gesicherte Prognose abgegeben werden. Nach Beginn der Ausgangsbeschränkungen Mitte März 2020 war ein erheblicher Umsatzrückgang bei den gewerblichen Abfällen zu verzeichnen. Eine Erholung gelingt nur langsam und hängt vom weiteren Verlauf der Pandemie ab. Nach derzeitigem Stand wird für 2020 mit einem positiven aber deutlich unter Plan liegendem Ergebnis gerechnet.

Steigende Preise beim Abfall zur Verwertung und weiter sinkende Vergütungen im Bereich Altpapier und Altholz können aufgrund des allgemeinen Markttrends angemessen an die Lieferanten weitergegeben werden.



Der durch den rückwirkend zum 1. Januar 2020 vollzogene Zukauf der Recyclingbetriebs Hanusa GmbH prognostizierte, hochgerechnete zusätzliche Umsatz bei PEG soll ab 01.07.2020 für das zweite Halbjahr 2020 ca. 0,1 Mio. € betragen.



3.2 wito consulting gmbH

www.wito-gmbh.de



Stammkapital: 25.000 €

Beteiligungsverhältnisse: 100 % Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft mbH

Handelsregister: Amtsgericht Hildesheim, HRB 201431

Gründungsjahr: 2008

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind Service- und Beratungsdienstleistungen im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Landkreises Peine. Dazu zählen insbesondere das Management und die Umsetzung von Kommunalen Projekten.

Besetzung der Organe:

Als Geschäftsführer ist bestellt:

Herr Matthias Adamski

Alleiniger Gesellschafter ist die wito gmbh; in der Gesellschafterversammlung wird sie durch ihren Geschäftsführer Matthias Adamski vertreten.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag – wie auch schon zum Vorjahresbilanzstichtag – einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag aus und ist damit bilanziell überschuldet.

Aufgrund dieses Sachverhalts hat die alleinige Gesellschafterin, die Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft Landkreis Peine mbH, Ilsede, unter dem Datum vom 15. Dezember 2015 eine sogenannte harte Patronatserklärung abgegeben, nach der sie die Gesellschaft so mit finanziellen Mitteln ausstatten wird, dass sie in der Lage sein wird, alle ihre gegenwärtigen und zukünftigen Verpflichtungen zu begleichen.

Die Einstellung der operativen Arbeit des Unternehmens zum 31.12.16 war folgerichtig.

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation befindet sich die Gesellschaft in Liquidation.

Eine Endbilanz wird zum Abschluss des Liquidationszeitraumes gefertigt. Daher liegt bisher lediglich die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für 2018 vor.



Bilanzdaten

Bilanz zum 31.12.2018

Aktiva	31.12.2018	31.12.2017
	€	€
A. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.329,32	11.931,63
II. Guthaben bei Kreditinstituten	36.792,17	33.537,52
B. nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	91.582,04	88.332,79
	131.703,53	133.801,94
Passiva	31.12.2018	31.12.2017
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Verlustvortrag	-113.332,79	-113.129,02
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-3.249,25	-203,77
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	91.582,04	88.332,79
B. Rückstellungen	2.200,00	0,00
C. Verbindlichkeiten	129.503,53	133.801,94
	131.703,53	133.801,94

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2018

	31.12.2018	31.12.2017
	€	€
1. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	1.155,00
2. Personalaufwand	162,05	122,37
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.087,20	1.236,40
4. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-3.249,25	-203,77



Platz für Notizen: